KURDISTAN REPORT

Für ein freies Kurdistan in einem demokratischen Mittleren Osten



Nr. 172 März/April 2014 3,– €

Kurdistan Report | Ausgabe 172 März/April 2014

Nur im Internet | www.kurdistanreport.de



Der Wahlkampf für die Kommunalwahlen am 30. März bestimmt gerade den Alltag in Nordkurdistan und der Türkei.



»Die Freiheit des Vorsitzenden ist unsere Freiheit« Mit dieser Forderung protestierten Hunderttausende zum 15. Jahrestag der Festnahme Abdullah Öcalans.



Auch in den Kantonen der Demokratischen Autonomie Rojavas demonstrierten Tausende Menschen am 15. Februar für die Freiheit Öcalans.

Lieber Leserinnen und Leser,

das diesjährige Newroz-Fest und damit auch der erste Jahrestag der historischen Erklärung Abdullah Öcalans nähern sich. Eine Zwischenbilanz des sogenannten Lösungsprozesses aus diesem Anlass dürfte wohl eher nüchtern ausfallen. Das spürte auch die BDP-Delegation bei ihrem Besuch auf Imralı Mitte Februar. »Das 16. Gespräch mit ihm war ganz anders als die 15 Gespräche zuvor«, erklärte die BDP-Fraktionsvorsitzende Pervin Buldan nach dem Besuch bei Öcalan. Er habe dabei die AKP mit deutlichen Worten gemahnt, den Prozess ernsthaft anzugehen, und gleichzeitig praktische Vorschläge gemacht, um den derzeitigen Stillstand zu überwinden. Eine Reaktion der Regierung blieb bislang aus.

In der Zwischenzeit wird die politische Tagesordnung in der Türkei von einem anderen Thema, dem Machtkampf zwischen Fethullah Gülen und Recep Tayyip Erdoğan, bestimmt. Der Lösungsprozess ist in den Hintergrund gerückt. Auf Anfragen erklären türkische Regierungsverantwortliche, jetzt stünden außerdem erst einmal die Wahlen an. Danach könne man weitersehen.

Besagte Kommunalwahlen finden am 30. März in der Türkei und Nordkurdistan statt. Der Wahlkampf in Nordkurdistan ist schon in vollem Gange und Umfragen zeigen, dass die Zustimmung für die BDP dort deutlich anwachsen dürfte. Eine aus den Kommunalwahlen gestärkt hervorgehende BDP wird den Druck auf die AKP im Lösungsprozess weiter erhöhen können. Vielleicht auch deshalb erklärte die BDP-Kovorsitzende und Bürgermeisterkandidatin für Amed (Diyarbakır), Gültan Kışanak, die Wahlen zu einem Referendum über die Demokratische Autonomie.

Diese hat in Rojava indessen bereits klarere Konturen gewonnen. Mit einem Anfang des Jahres von einem Übergangsrat verabschiedeten Gesellschaftsvertrag wurde Rojava in drei Kantone (Cizîre, Efrîn und Kobanê) aufgeteilt, die mittlerweile über eine eigene »demokratisch-autonome Verwaltung« verfügen und in denen die Vorbereitungen für allgemeine Wahlen bereits begonnen haben. Während in der Schweiz die Verhandlungen auf der Syrien-Friedenskonferenz, zu der die KurdInnen erst gar nicht eingeladen worden waren, ergebnislos blieben, hat in Rojava die kurdische Bevölkerung gemeinsam mit den dort lebenden AraberInnen und christlichen Gruppen ihr Schicksal selbst in die Hand genommen und den Grundstein für eine demokratische Zukunft gelegt.

Gelingt es, die Revolution in Rojava (»Westen«) zu verteidigen, wird dies zwangsläufig auch positiv auf den Prozess in Nordkurdistan ausstrahlen. Auch für die Verantwortlichen in Teheran wird es sich in Zukunft dadurch deutlich schwerer gestalten, ihre Unterdrückungspolitik gegenüber den KurdInnen in Rojhilat (»Osten«) aufrechtzuerhalten. Und selbst in Südkurdistan fürchten allen voran Barzanî und die PDK die Revolution in Rojava. Denn auch sie wissen, dass ein demokratisches und fortschrittliches Projekt die Posten der kurdischen Oligarchie ins Wanken bringen wird. Doch während sich die Herrschenden in der Region vor dieser Revolution fürchten, ist sie für die Völker des Mittleren Ostens derzeit vielleicht der größte Hoffnungsschimmer.

Ihre Redaktion

Aktuelle Bewertung

Der »Prozess« hat positive Entwicklungen mit sich gebracht ...

Zübeyir Aydar, Exekutivratsmitglied der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans KCK

In den letzten zwei Monaten hat es in Syrien und der Türkei wichtige Entwicklungen gegeben, was sowohl die kurdische als auch andere politische Fragen angeht.

Der sogenannte Lösungsprozess hat sein erstes Jahr hinter sich. Er begann, als in den letzten Monaten des Jahres 2012 Gespräche mit Herrn Abdullah Öcalan geführt wurden. Anfang 2013 kam dies an die Öffentlichkeit. Dieser »Lösungsprozess«, »Imralı-Prozess« oder »Prozess für eine friedliche und demokratische Lösung der kurdischen Frage«, wie er von kurdischer Seite bezeichnet wird, hält weiter an. Wenn wir einen Blick auf das vergangene Jahr werfen, werden wir sehen, dass in dieser Zeit viel diskutiert wurde und auch einige wichtige Schritte – wenn auch vor allem von kurdischer Seite – getätigt worden sind. Will man ein Zwischenfazit aus diesem Prozess ziehen, muss man sich fragen, wo wir nun stehen, wie weit wir gekommen sind und wohin wir noch gehen werden. Ich werde versuchen, diese Fragen aus der Sicht der kurdischen Seite zu beantworten.



ANF

Die Vorwände der AKP

Man muss direkt zu Anfang sagen, dass der Prozess nicht in gewünschter Form voranschreitet. Grund dafür ist, dass die AKP-Regierung ihre Verpflichtungen nicht einhält. Wenn sie eingehalten hätte, was sie bei den Gesprächen in Imralı zugesagt hatte, wären die Sicherheits-, Justiz- und Verfassungsfragen des Prozesses, anders gesagt die erste und zweite Stufe des Lösungsprozesses, bereits abgeschlossen worden. Aktuell wären wir in der sogenannten Normalisierungsphase und es gäbe kein Zurück mehr. Leider hat sich trotz allen Drucks, der auf die Regierung erzeugt wurde, auf rechtlicher wie auf der Verfassungsebene bisher nichts getan. Die verkündeten Lösungspakete wurden alle einseitig von der Regierung geschnürt und haben eher den Charakter, dass sie die Auswirkungen der Frage zu lindern versuchen. Die Ursachen der Frage werden darin nicht berührt. Und außerdem hat es noch kein Inhalt der Pakete als Gesetzesentwurf ins Parlament geschafft. Was wir daraus schließen können, ist, dass die AKP viel über die Probleme redet, aber nur wenig lösungsorientiert arbeitet. Und immer noch versucht sie die kurdische Seite hinzuhalten. Sie hätte 2013 alle notwendigen Schritte durchführen können. Es gab keine Hindernisse dafür, weder standen irgendwelche Wahlen an, noch gab es dagegen eine ernstzunehmende Opposition. Selbst die nationale und internationale Öffentlichkeit waren dazu bereit. Doch von der AKP kam nichts.

Die kurdische Seite hat ihre Anforderungen an den Prozess erfüllt. Sie hat die Gefangenen, die sie in ihrer Hand hatte, freigelassen. Sie hat den Waffenstillstand erklärt. Sie hat ihre Guerillakräfte vom Territorium der Türkei zurückgezogen, die in bewaffnete Auseinandersetzungen hätten geraten können. Trotz aller Provokationen, wie der Morde von Paris im Januar 2013, wie der Ermordung dreier kurdischer Demonstranten

bei einem friedlichen Protest gegen den weiteren Ausbau türkischer Militärstationen in Gever (Hakkari), wie der Tatsache, dass immer noch kurdische Politiker und Politikerinnen inhaftiert sind und weitere festgenommen werden, hat die kurdische Seite weiter mit Geduld an diesem Prozess festgehalten. Wenn wir also heute noch davon reden können, dass dieser Prozess fortgeführt wird, so hat das viel mit der Haltung und den einseitigen Schritten der kurdischen Seite zu tun. Aber das bedeutet auch nicht, dass die Situation endlos lange so aufrechterhalten werden kann.

Ich möchte nicht sagen, dass dieser Prozess nichts gebracht hat oder keinerlei Bedeutung besitzt. Neben all dem oben Gesagten hat der Prozess auch positive Entwicklungen mit sich gebracht. Es ist vor allem die türkische und kurdische Gesellschaft, die durch diesen Prozess ein wenig aufatmen kann. Denn seit einem Jahr hält ein Waffenstillstand an und in dieser Zeit ist kein Mensch bei einer bewaffneten Auseinandersetzung ums Leben gekommen. Durch die Diskussionen, die in derselben Zeit geführt wurden, hat sich auch für eine breitere Öffentlichkeit herausgestellt, dass eine Lösung der kurdischen Frage nicht unmöglich ist. Dieselbe Öffentlichkeit hat auch verstanden, dass Herr Öcalan der Ansprechpartner der kurdischen Bewegung ist und dass diese Bewegung gewillt ist, ihren Beitrag für den Frieden zu leisten. Das kann ebenfalls als eine Errungenschaft des Prozesses bezeichnet werden.

Für eine Lösung bedarf es der Ernsthaftigkeit

Ich habe versucht zu beschreiben, weshalb der Prozess in seiner jetzigen Form nicht fortgeführt werden kann. Nun stehen wir vor den Kommunalwahlen. Nach dem 30. März wird die Lage nochmals neu bewertet werden. Das hat die kurdische Seite erklärt. Ob der Prozess dann weiterlaufen wird oder nicht, hängt davon ab, ob die Regierung Schritte in die richtige Richtung unternehmen wird oder eben nicht. In einer seiner letzten Erklärungen gab Herr Öcalan bekannt, dass er im April die Lage neu bewerten werde, und falls die Regierung ihre Haltung zum Prozess bis dahin nicht verändere, könne er leider keinen Beitrag mehr leisten. Die Forderung der kurdischen Seite lautet deshalb, dass die türkische Regierung mit Ernsthaftigkeit für eine Lösung zu arbeiten, die rechtliche Grundlage für die Weiterführung des Prozesses zu schaffen und darauf aufbauend durch weitreichende politische Verhandlungen der Lösung den Weg zu ebnen habe.

Außerdem hat sich gezeigt, dass der Prozess allein in zweiseitigen Gesprächen nicht förderlich geführt werden kann. Wessen es bedarf, ist eine dritte unparteiische Gruppe, die den Prozess kritisch begleitet und, wenn es sein muss, zwischen beiden Seiten vermittelt. Die kurdische Seite fordert die Einberufung einer solchen Gruppe vehement ein.

Was sich über dieses Jahr immer wieder gezeigt hat, ist, dass die kurdische Seite ernsthaft an einer friedlichen und demokratischen Lösung interessiert ist. Dies hat sie in diesem Zeitraum gleich mehrfach unter Beweis gestellt. Ihre Haltung zum Prozess lautet deshalb: Ja zu einer friedlichen und demokratischen Lösung und Nein zu Hinhaltetaktiken und fehlender Ernsthaftigkeit.

Korruptionsaffäre in der Türkei: eine AKP-Gülen-Koproduktion

Während der Lösungsprozess anhält, hat seit dem 17. Dezember ein anderes politisches Thema die Schlagzeilen der Türkei besetzt: der Machtkampf zwischen der AKP und der Gülen-Gemeinde. Eigentlich begannen die Auseinandersetzungen zwischen beiden Gruppen bereits früher. Am 17. Dezember haben sie allerdings ein höheres Niveau erreicht, als Gülen-nahe Polizisten und Staatsanwälte eine Operation wegen einer Korruptionsaffäre in regierungsnahen Kreisen initiierten. Von der Operation betroffen waren selbst Kinder von Ministern der AKP-Regierung. Zuvor waren AKP und Gülen lange Zeit Bündnispartner gewesen. Die ausgebrochenen Auseinandersetzungen zwischen ihnen tragen den Charakter eines Machtkampfes.

Das bedeutet nicht, dass es keine Korruption in der Türkei gibt. Sicherlich gibt es die und die AKP steckt da höchstwahrscheinlich auch knietief mit drin. Allerdings gab es diese Korruption auch schon vor dem 17. Dezember und die Mitglieder der Gülen-Gemeinde hatten davon auch zuvor schon Kenntnis. Damals waren sie allerdings Bündnispartner und deshalb wurde das Thema gemeinschaftlich verschwiegen. Als das Bündnis dann auseinanderbrach, kam auch die schmutzige Wäsche zum Vorschein.

Aus unserer Sicht gibt es weder auf Seiten der AKP noch auf Seiten der Gülen-Gemeinde etwas zu verteidigen. Bei den Auseinandersetzungen zwischen beiden Parteien handelt es sich nicht um einen Kampf für Demokratie oder Rechtschaffenheit. Es ist ein gnadenloser Machtkampf, der zwischen ihnen ausgebrochen ist. Keine der Parteien ist demokratisch gesinnt. Ihre Vergangenheit stellt das offen zur Schau. Wenn sie nicht dazu gezwungen werden, machen sie auch keine Schritte in Richtung Demokratie. Deswegen haben wir aus Sicht der Kurden auch keinen Drang, uns hinter eine der beiden Seiten zu stellen. Wir haben unsere eigene Tagesordnung und diese lautet: die demokratische Lösung der kurdischen Frage und die Demokratisierung der Türkei mit den Demokratiekräften des

Landes. Klar, wir führen Gespräche und Verhandlungen mit der AKP. Das bedeutet aber nicht, dass wir in einem Bündnis mit ihr stehen. Nun stehen die Kommunalwahlen an und unsere größte Konkurrentin ist dabei die AKP. Unser politischer Kampf mit der AKP hält also an und das wird er auch in Zukunft.

In Rojava ist der dritte Weg erfolgreich

In dieser Phase gab es in Rojava, also in den kurdischen Siedlungsgebieten Syriens, wichtige Entwicklungen. Die Aufstände und Auseinandersetzungen in Syrien kommen in ihr drittes Jahr. Die Kurden haben in diesem Konflikt von Anfang an die Position einer dritten Partei eingenommen. Man kann zu Recht die Frage stellen, weshalb. Der Grund ist folgender: Das Baath-Regime hat die kurdische Bevölkerung seit Jahrzehnten unterdrückt, verleugnet und einer Assimilationspolitik unterworfen. Der Widerstand richtet sich deshalb gegen das Regime. Doch die Opposition hat gegenüber den Kurden auch denselben Weg der Verleugnung eingeschlagen. Aus diesem Grund war es auch offensichtlich, dass mit einer solchen Opposition keine gemeinsame Position gefunden werden konnte. Die Kurden haben sich von Anfang an an diesem Aufstand beteiligt. Ihre Politik bestand darin, ihre Siedlungsgebiete zu befreien, zu verteidigen und ihre Rechte zu erringen. Sie haben versucht, sich weitestgehend von den bewaffneten Auseinandersetzungen fernzuhalten. Dennoch kam es von Zeit zu Zeit zu Konfrontationen – mal mit den Regimekräften, mal mit den Oppositionskräften.

Zum großen Angriff auf die Kurden riefen am 16. Juli 2013 die islamistischen Al-Qaida-Gruppen in Syrien (Islamischer Staat in Irak und Levante, Al-Nusra-Front). Seither kommt es immer wieder zu Auseinandersetzungen zwischen diesen und weiteren islamistischen Gruppen auf der einen und den Kurden auf der anderen Seite. Es stellt sich auch hier die Frage, weshalb die Islamisten nicht gegen die Regimekräfte, sondern gegen die Kurden in den Krieg ziehen und so viele Verluste in Kauf nehmen.

Es ist bekannt, dass vor den Volksaufständen in Syrien die Beziehungen zwischen dem Baath-Regime und der Türkei äußerst eng waren. Erdoğan und Assad trafen sich gemeinsam mit ihren Familien, gingen sogar an den Stränden der Türkei gemeinsam in Urlaub. Damals bildeten beide Regime eine antikurdische Koalition. Dass das Regime in Damaskus auch damals diktatorisch war und seine eigene Bevölkerung folterte und unterdrückte, interessierte Erdoğan nicht. Als dann die Aufstände begannen, spekulierte die AKP-Regierung genauso wie viele andere Regierungen dieser Welt darauf, dass Assad bald gestürzt werden würde. »Assad wird gestürzt – seine Nachfolger sollen gute Beziehungen zu uns haben« – das war die Logik, mit der die Verantwortlichen in Ankara handelten.



Die Bevölkerung von Rojava nimmt ihre legitime Verteidigung selbst in die Hand. Foto: ÖP

Und natürlich gab es da auch die Angst vor den Kurden. So bemühte sich die AKP mit allen Mitteln darum, dass für die Kurden in Syrien nicht so etwas wie im Irak entsteht. »Im Irak haben wir falsch gehandelt und die Kurden haben einen Status erlangt. Derselbe Fehler soll uns in Syrien nicht unterlaufen«, dachten sich die Verantwortlichen. Deshalb haben sie sofort die Oppositionellen aus Syrien in Istanbul zusammengetrommelt und ihnen jegliche Unterstützung zugesagt. Gleichzeitig haben sie auch die antikurdische Haltung der syrischen Opposition geformt.

Die Türkei unterstützt Al-Qaida

Natürlich sind die Dinge dann nicht so gelaufen, wie sie es sich gewünscht hatten. Das Assad-Regime hat sich halten können und die Auseinandersetzungen zogen sich in die Länge. In der Zwischenzeit fingen die Kurden an, ihre Gebiete in Rojava zu befreien, was für Panik in Ankara sorgte. Daraufhin begann die türkische Regierung damit, die bewaffnete syrische Opposition noch umfangreicher zu unterstützen – darunter auch die Al-Qaida-Anhänger. Sie hat ihre Grenzen für diese Gruppen geöffnet. Dschihadisten aus aller Welt sammelten sich in der Türkei und drangen über die Grenze nach Syrien ein. Hierfür haben sie Waffen, logistische Unterstützung und Lager von der Türkei erhalten. Im Gegenzug starteten die Gruppen dann Angriffe auf die Kurden in Syrien. Internationale Beobachter bestätigen, hinter den Angriffen der Al-Qaida-Gruppen in Rojava, die am 16. Juli begannen, steckt die Türkei. So lag beispielsweise beim Angriff auf Serê Kaniyê (Ras al-Ain) der Stützpunkt der Islamisten auf der türkischen Seite der Grenze. Die verletzten islamistischen Kämpfer wurden beispielsweise in der Türkei behandelt.

Auch wenn die offiziellen Stimmen aus der Türkei solch eine Unterstützung stets geleugnet haben, beweisen uns die anhaltenden Angriffe die Zusammenarbeit zwischen Ankara und den bewaffneten Gruppen. Die Türkei hält alle Grenzübergänge geschlossen, die auf der anderen Seite von Kurden kontrolliert werden. In Nisêbîn (Nusaybin) gegenüber von Qamişlo (Al-Qamishli) wurde gar eine Grenzmauer errichtet. Die Grenzübergänge zu den von der Al-Qaida oder anderen islamistischen Gruppen besetzten Gebieten sind hingegen offen. Die Türkei hält an dieser Haltung fest. Als vor ein paar Wochen aufgrund der Differenzen zwischen der AKP und Gülen ein mit Waffen beladener LKW auf dem Weg nach Syrien durchsucht wurde, ist der Öffentlichkeit abermals die Zusammenarbeit mit den Islamisten vor Augen geführt worden.

Als dann herauskam, dass der LKW dem türkischen Geheimdienst MIT gehörte, und das Büro des Ministerpräsidenten und der örtliche Gouverneur sich einschalteten, verließ der Staatsanwalt schleunigst den Ort des Geschehens. Es habe dort keine Garantie mehr für die Unversehrtheit seiner Person gegeben, gab er später an. Nach dem Vorfall wurde dann nicht nur der Staatsanwalt strafversetzt, sondern auch der Kommandant der Gendarmerie, der die Inspektion des LKWs durchführen ließ, sowie die Polizisten, die den Staatsanwalt vor Ort schützen sollten. Infolge dieser Meldung diskutierten die internationalen Medien auf der einen Seite die türkische Unterstützung für islamistische Gruppen in Syrien, und auf der anderen Seite bestätigten in verschiedenen Meldungen die Islamisten selbst diese Unterstützung.

Die türkische Grenze ist der Korridor der Islamisten

Die britische Tageszeitung »The Times« berichtete, dass für islamistische Kämpfer in Syrien vermeintliche Hilfsorganisationen als Vermittler fungierten. Diese Organisationen seien eigentlich Tarnorganisationen der Islamisten. In der Nachricht heißt es: »Im vergangenen Juni sind im Norden des Gebietes Azaz am Grenzübergang Bab Al-Salama mehr als zwanzig Menschen mit Westen einer bekannten lokalen Hilfsorganisation bekleidet in einem Bus über die türkische Grenze eingereist. Sie wurden vor den anderen Menschen, die warteten, von den türkischen Offiziellen über die Grenze gelassen. Sobald sie syrischen Boden unter den Füßen hatten, haben sie ihre Westen ausgezogen und ›Takbir‹[1] gerufen.« Aus dem Artikel geht außerdem hervor, dass westliche Geheimdienste die Rolle von Hilfsorganisationen, die als Tarnorganisationen für Islamisten dienen, entlarvt hätten. Die Islamisten würden mit Billigfluglinien nach Adana, Antakya und Dîlok (Antep) fliegen, um von dort aus mit Hilfe der islamischen Hilfsorganisationen nach Syrien einzureisen. Der CHP-Vorsitzende der türkischen Grenzprovinz Hatay, Servet Mullaoğlu, erklärte gegenüber der Zeitung: »Die Regierung der Türkei sorgt für die finanzielle Unterstützung, die Unterkunft und den reibungslosen Grenzübertritt der Islamisten.«

Hunderte LKWs aus der Türkei in den letzten drei Jahren nach Syrien

Im Zuge der Diskussionen, die um den mit Waffen beladenen LKW losbrachen, äußerte sich der Kolumnist Abdülkadir Selvi in der regierungsnahen Tageszeitung Yeni Şafak am 22. Januar: »Weshalb deckt ein Staat seine eigenen Operationen auf? Haben sie etwas mit Genf II zu tun? Wir haben nach Antworten auf diese Fragen gesucht. Im April 2011 haben MIT, Generalstab und Außenministerium in der Syrienfrage eine gemeinsame Arbeit durchgeführt. Dabei wurde beschlossen, innerhalb Syriens gewisse Zonen einzurichten, in denen den

1 »*Allahu akbar* sagen« (http://de.wikipedia.org/wiki/Takb%C4%ABr)

Flüchtlingen geholfen werde. So sollten die Flüchtlingsströme in die Türkei unterbunden werden. Im Rahmen dessen sind seit April 2011 hunderte LKWs aus der Türkei nach Syrien gekommen, 200 Mio. Dollar wurden aufgewendet. Die Frage, die sich uns stellt, ist, weshalb es vor den Operationen des 17. Dezembers keine Probleme mit den LKWs gab und weshalb die Probleme jetzt auftreten. Was ich jetzt sage, ist keine Frage, sondern meine Befürchtung: Wenn die Türkei nicht ihr nah gesinnte Gruppen in Syrien weiter unterstützt und so ihre Vorkehrungen trifft, könnte es sein, dass in zwei Jahren unser Militär gezwungen sein wird, in Syrien einzumarschieren.« Wenn diese Aussagen kein Eingeständnis sind ...

Doch trotz der Angriffe, trotz aller Bedrohungen und trotz des Embargos verteidigen die Kurden erfolgreich ihre Gebiete und schaffen aus eigener Kraft ihre Selbstverwaltungsstrukturen. Eine Menge internationaler Journalisten bestätigt, dass Rojava derzeit das sicherste und ruhigste Gebiet in Syrien ist. Zuletzt hat die Bevölkerung Rojavas die autonome Verwaltung in ihren drei Kantonen ausgerufen. Und diese Verwaltung besteht nicht allein aus den dort lebenden Kurdinnen und Kurden, die örtlichen Araber, Suryoyo und Armenier nehmen da ebenfalls ihren Platz ein. Dasselbe gilt auch für die Vertreter der verschiedenen Religionsgruppen in Rojava, die Frauenorganisationen und unabhängige Persönlichkeiten. Die gesamte Vielfalt der in Rojava lebenden Gesellschaft nimmt auf der Basis des demokratischen Gesellschaftsvertrags ihren Platz in den demokratisch-autonomen Kantonen ein.

Ohne Beteiligung der Kurden und der demokratischen Opposition keine Lösung bei Genf II

Wenn wir von der Situation in Syrien sprechen, müssen wir auch einige Worte zu der unter UN-Schirmherrschaft am 22. Januar im schweizerischen Montreux begonnenen Genf-II-Konferenz sagen. An ihr nahmen eine Delegation des syrischen Regimes und einige oppositionelle Gruppen teil. Allerdings wurden aufgrund des Drucks der Türkei die Vertreter aus Rojava nicht zu den Gesprächen eingeladen. Ich wiederhole an dieser Stelle eine Feststellung, die bereits von anderer Seite zahlreich geäußert worden ist: Es fällt äußerst schwer anzunehmen, dass ohne die Einladung der Vertreter der Kurden und der Vertreter der Nationalen Koordination für einen demokratischen Wandel (Heyet El-Tensîq) irgendeine Lösung auf solch einer Konferenz gefunden werden kann.

Ziel der Genfer Konferenz war es, eine Übergangsregierung auf die Beine zu stellen. Aber die Parteien, die an den Gesprächen teilnahmen, hatten überhaupt nicht die Kraft dazu, eine solche Regierung ins Leben zu rufen. Zudem akzeptieren Teile der bewaffneten Opposition und die Islamisten überhaupt nicht die Vertreter der politischen Opposition. Deswegen hätten die bewaffneten Auseinandersetzungen vermutlich selbst dann kein Ende genommen, wenn es gar zu einer Übereinkunft in Montreux/Genf gekommen wäre. Nach dem, was uns über die Medien erreicht hat, gab es keinen wirklichen Lösungswillen auf der Konferenz. In Syrien wird ein komplexer Krieg geführt. Selbst die regionalen und internationalen Mächte haben längst die Kontrolle über diesen Krieg verloren. Deshalb haben sie mit dieser Konferenz in der Schweiz lediglich versucht, wieder die Kontrolle zu gewinnen. Allerdings scheint mit Genf II nichts Handfestes erreicht worden zu sein. Die Konferenz kann als Fiasko bewertet werden. Über die Situation der Kurden wurde kein Wort verloren. Über diejenigen Kurden hingegen, die in den Reihen der Opposition an der Konferenz teilgenommen haben, versuchte die Opposition, die Errungenschaften in Rojava für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. Solange die Syrische Nationalkoalition ihre Haltung und ihre Politik gegenüber den Kurden nicht ändert, wird sie keine Bedeutung für die Kurden haben.

Was für ein Syrien?

Nun mag sich bei all diesen Entwicklungen die Frage stellen, was in nächster Zeit für Syrien angestrebt werden sollte. Ich versuche nun die kurdische Sicht zu schildern: Zunächst müssen alle bewaffneten Auseinandersetzungen gestoppt und alle politischen Gefangenen freigelassen werden. Wenn sich der Notstand beruhigt hat, müssen die Bedingungen für die Rückkehr aller Flüchtlinge geschaffen werden. Anschließend sollten aus ausnahmslos allen relevanten Teilen der Gesellschaft eine provisorische Regierung und ein Parlament einberufen werden. Diese sollten eine vorläufige Verfassung verabschieden. In Syrien müssen gemeinsam mit den Kurden alle Volksgruppen verfassungsrechtlich anerkannt werden. Ein auf Damaskus zentriertes Syrien ist von nun an nicht mehr möglich. Syrien braucht von nun an ein föderales System, das alle Volks- und Religionsgruppen berücksichtigt.

Die Vorboten eines solchen Syriens sehen wir derzeit im Norden des Landes, in Rojava. Die Forderungen nach einem demokratischen Syrien sehen wir derzeit dort umgesetzt. Es entwickelt sich ein pluralistisches und partizipatorisches System, das so ziemlich das Gegenteil des Baath-Regimes darstellt. Wenn dieses System anerkannt wird, wird das die Forderungen nach Demokratie im gesamten Syrien stärken. Und es wird einen wichtigen Beitrag zur Suche nach Frieden und Demokratie im gesamten Mittleren Osten leisten. ♦

Der Öcalan-Moment

Erklärung der Internationalen Initiative »Freiheit für Abdullah Öcalan – Frieden in Kurdistan« zum 15. Jahrestag der Festnahme Abdullah Öcalans

In jeder größeren Stadt in Europa sind die Plakate dieser Tage unübersehbar. In riesigen Lettern porträtieren sie Nelson Mandela mit drei Worten: »Revolutionär, Gefangener, Präsident«. Hinter ihnen sehen wir Mandela mit einer in die Höhe gereckten Faust.

Hollywood verdichtet die Geschichte einer Revolution auf eine Erzählung von 141 Minuten. Im wirklichen Leben dauern die Kämpfe länger, zu lange, unerträglich lang. Mandela war 27 Jahre im Gefängnis, der Kampf gegen die Apartheid für politische Gleichheit währte Jahrzehnte.

Auch die Kurden kämpfen seit Dekaden für Freiheit, und ihr Anführer ist noch immer im Gefängnis. Vor 15 Jahren, am 15. Februar 1999, wurde Abdullah Öcalan illegal aus Kenia verschleppt. Seither ist er unter unaussprechlichen Bedingungen auf der Insel Imralı inhaftiert. Er hält mehrere »Europarekorde« als Gefangener mit der längsten Isolationshaft (mehr als 10 Jahre) und der längsten Kontaktsperre mit seinen Anwälten (seit mehr als 2,5 Jahren).

Doch genau wie in Südafrika musste die türkische Regierung letztlich anerkennen, dass Öcalan ein wahrhafter, respektierter politischer Führer seines Volkes ist. Innerer und äußerer Druck zwangen die Regierung, Gespräche mit ihm aufzunehmen. Diese Gespräche finden nun schon seit geraumer Zeit statt.

Öcalans mutige Newroz-Deklaration im März 2013 hat die Bedingungen für Politik in der Türkei, vielleicht gar für den gesamten Mittleren Osten verändert. Ohne den Fokus auf »Terror« musste sich die Türkei plötzlich auf ihre eigenen demokratischen Defizite konzentrieren. Die Gezi-Proteste, Korruptionsvorwürfe und das Aufdecken geheimer Netzwerke in Polizei und Justiz, welche die Türkei in den letzten 12 Monaten erschütterten, sind alle Ergebnis dieser neuen Situation.

Gleichzeitig schreckt die Regierung vor jeglicher ernsthaften Verpflichtung zurück. Keine Gesetzesänderungen, kein schriftliches Abkommen, keine Beobachtung des Dialogs durch irgendjemanden. Sie möchte die volle Kontrolle über jeden einzelnen Aspekt des Geschehens behalten.

Doch dies ist offenbar illusorisch. Die Kontrolle ist ihr bereits seit langem entglitten. Die türkische Außenpolitik liegt in Scherben. Die Kurden lassen sich nicht länger kontrollieren, weder in der Türkei noch anderswo. Die Bevölkerung in der Türkei hat autoritäres Gebaren satt. Selbst frühere Verbündete wenden sich gegen Erdoğan.

Inmitten des Chaos im Mittleren Osten zeigen die Kurden in Rojava (Syrisch-Kurdistan), wie eine mögliche Lösung aussehen kann. Indem sie bewaffnete Konflikte vermeiden und die »demokratische Autonomie« mit Respekt für alle ethnischen Gruppen und religiösen Minderheiten aufbauen, präsentieren sie eine Alternative zu nationalistischen und islamistischen Staatsmodellen.



»Mit der Freiheit des Vorsitzenden in ein neues Leben« – Mit diesem Plakat rief die Partei für Frieden und Demokratie BDP die Bevölkerung in Amed zur Teilnahme an der Plattform für die Freiheit des Vorsitzenden Abdullah Öcalan auf. Mit dieser Plakatinitiative machte die BDP auf den 15. Jahrestag der Festnahme Öcalans am 15. Februar 1999 in Kenia aufmerksam. Einen Tag waren die Plakate auf den Stellwänden zu sehen, dann wurden sie von Zivilpolizisten abgerissen. Foto: DIHA

Ihr Modell ist nicht aus dem Nichts entstanden. Öcalan propagiert seit vielen Jahren eine multiethnische, dezentrale demokratische Selbstverwaltung und straft damit alle Lügen, die ihm immer noch eine separatistische Agenda unterstellen. Wie Nelson Mandela in Südafrika baut er in Wirklichkeit Brücken des Friedens zwischen den Völkern des Mittleren Ostens.

Die europäischen Staaten dagegen ignorieren diese inspirierenden Entwicklungen und setzen stattdessen ihre Repression gegen kurdische Politiker fort. Statt die wirklich demokratischen Parteien und Bewegungen zu unterstützen, verfolgen sie kurzsichtige Agenden.

Europa sollte sein Gewicht dafür einsetzen, Demokratie sowohl in der Türkei als auch in Rojava zu fördern – doch vor allem in Europa selbst.

Das bedeutet: Die Verbote gegen kurdische Organisationen und Politiker aufheben. Die PKK von der Liste streichen. Humanitäre und politische Unterstützung für Rojava.

Solange all dies nicht geschieht, sind alle Forderungen nach »Demokratie in der Türkei« nicht nur unglaubwürdig, sondern in höchstem Maße heuchlerisch.

Die Apartheid konnte nicht ewig Bestand haben, und auch für die Kurden wendet sich das Blatt zusehends. Die Tage der lächerlichen Verleugnung der bloßen Existenz von Kurden sind vorbei. Die Kurden machen überall Fortschritte und wurden in mehreren Ländern zu bedeutenden politischen Mitspielern. Glücklicherweise besitzen sie mit Öcalan einen vorausblickenden, fortschrittlichen und umsichtigen Führer, der nicht zulässt, dass die Kurden Islamisten vom Schlage Hisbollah, al-Qaida und al-Nusra oder den Kräften des Status quo zum Opfer fallen.

Die Gespräche zwischen Abdullah Öcalan, der PKK und der türkischen Regierung dauern nun mehrere Jahre. Wirkliche Verhandlungen jedoch kann es nicht geben, solange Öcalan im Gefängnis ist. Berühmt ist Mandelas Zitat: »Nur freie Menschen können verhandeln. Gefangene können keine Verträge abschließen.«

1990 erlebte die Welt den »Mandela-Moment«, als Nelson Mandela ohne Bedingungen aus dem Gefängnis entlassen wurde.

Die Türkei und die Welt sollten sich langsam für den »Öcalan-Moment« bereit machen.

Köln, 14. Februar 2014 ♦

Die Kommunalwahlen und der Aufbau der demokratisch-autonomen Selbstverwaltung

Sie werden uns den Status zugestehen müssen …

Gültan Kışanak und Fırat Anlı, die beiden BDP-KandidatInnen für Amed (Diyarbakır), im Gespräch mit Veysi Sarisözen und Oğuz Ender Birinci, Özgür Gündem 18.02.2014

Zunächst einmal möchten wir das Gespräch mit einem Dankeschön beginnen. Wir sind nun seit ein paar Tagen in Amed. Selbstverständlich haben die Wahlen für Amed einen besonderen Wert. Der gesamte Mittlere Osten beobachtet die Entwicklungen in der Stadt. Und die BDP als große Wahlfavoritin hier verfolgt nun seit geraumer Zeit unter Schlagwörtern wie »Demokratische Autonomie« und »Selbstverwaltung« eine zu den übrigen Parteien alternative politische Linie. Einer der unserer Meinung nach wichtigsten Punkte aus Ihrem Wahlprogramm ist das Versprechen, eine kommunale Verwaltungsstruktur mit Rede- und Entscheidungsbefugnis für die Bevölkerung zu schaffen. Unsere Frage ist deshalb folgende: Wie soll dieses neue Verwaltungsverständnis, dieser Mechanismus realisiert werden? Sie haben das Wort.

Kışanak: Ich möchte mit einigen Vorbemerkungen beginnen. Zunächst einmal steht das Ziel des Aufbaus einer Selbstverwaltung seit einiger Zeit ganz oben auf der Tagesordnung der KurdInnen. Davor hatten sie zunächst einmal einen Kampf um die Anerkennung ihrer Identität geführt. Diesen Kampf haben sie gewonnen. Denn heute kann im gesamten Mittleren Osten und vor allem in der Türkei niemand mehr die KurdInnen politisch übergehen und ihre Identität verleugnen. Allerdings ist dieser De-facto-Zustand noch nicht in eine rechtliche Form gegossen worden.

Nun verfügen die KurdInnen als ein Volk auch über das Recht, über sich selbst zu entscheiden. Die Schlagworte, die Sie eben nannten, wie »Demokratische Autonomie« oder »Selbstverwaltung« bringen die Forderung nach diesem Recht zum Ausdruck. Wir glauben, dass aus Sicht des kurdischen Volkes die Bedingungen für eine Selbstverwaltung gereift sind. Wir können die Demokratische Autonomie in Nordkurdistan aufbauen, selbst wenn der Staat sie nicht rechtlich anerkennen

will. Ein Grund, weshalb wir so überzeugt sind von der Umsetzbarkeit dieses Ziels, ist die Tatsache, dass wir uns gemeinsam mit allen verschiedenen Identitäten aus dieser Region im Sinne des Aufbaus einer demokratischen Nation organisieren. Ein weiterer Umstand, der uns optimistisch stimmt bei der Umsetzung unseres Vorhabens, sind selbstverständlich auch die Entwicklungen in Rojava.

Kann man die Entwicklungen in Rojava auch als Ergebnis der Erfahrungen betrachten, die durch den Widerstand in Nordkurdistan gesammelt worden sind?

Selbstverständlich. Der Widerstand in den verschiedenen Teilen Kurdistans bestärkt sich auch gegenseitig. Die Perspektiven von Herrn Öcalan haben ebenfalls großen Einfluss auf die Organisierung der Bevölkerung in Rojava. Und in Rojava sind große Errungenschaften verzeichnet worden, was wiederum den Widerstandsgeist der Bevölkerung in Nordkurdistan stärkt.

Aus der Sicht des Staates betrachtet, führt er gegenwärtig Gespräche mit Herrn Öcalan. Und eben Herr Öcalan repräsentiert die kurdische Bevölkerung. Diese wiederum fordert ihre Anerkennung als Volk, also einen Status. Wenn also diese Gespräche und gewisse Verhandlungen geführt werden, so denken wir, dass der Staat schlussendlich auch diese Bevölkerung wird anerkennen müssen. Natürlich stellt es ein Problem dar, dass er diesen Prozess in die Länge zieht und nicht die gewünschten Schritte zum notwendigen Zeitpunkt unternimmt. Aber letztendlich wird kein Weg daran vorbeiführen, dass sie der Bevölkerung ihren Status zugestehen müssen.

Aus all den genannten Gründen haben wir diese Wahlen auch zum Startpunkt für den Aufbau der Selbstverwaltung erklärt. Es beginnt die Phase, in der wir den Status für das kurdische Volk über die Stärkung der kommunalen Autonomie erlangen werden. Das ist zugleich eine wichtige Etappe für die Demokratieentwicklung und sie wird überaus wichtige Ergebnisse mit sich bringen.

Wir möchten dieselbe Frage auch an Herrn Anlı stellen.

Anlı: Für die KurdInnen ist unser Projekt eigentlich nichts Fremdes. Denn auch vor rund 150 Jahren war Kurdistan ein autonomes Gebiet. Nun gibt es in Südkurdistan eine Föderation, die fast schon einen vom Zentralstaat unabhängigen Charakter hat. In Rojava hat die Bevölkerung sogar entgegen dem Willen der internationalen Mächte und der Anrainerstaaten ihre Autonomie errichtet. Die objektiven Bedingungen sind also gut. Und aus subjektiver Sicht sind wir gut vorbereitet.

Ein anderer Punkt ist, dass nicht nur die KurdInnen darüber diskutieren, dass das zentralistische und monistische Staatsverständnis eigentlich seit Langem selbst zur Problemquelle geworden ist. Dass der Nationalstaat nicht weiter laufen wird, ist vielen klar geworden. Die Suche nach Alternativen bekommt Rückenwind. Und die KurdInnen haben bei dieser Suche die Vorreiterrolle übernommen. Das Modell, das wir vorschlagen, setzen wir bereits heute teilweise um. Einige Stadtteilräte arbeiten bereits, auch andere Rätestrukturen wurden geschaffen. Die sogenannten KCK-Operationen hatten genau das zum Ziel, diese geschaffenen Strukturen zu zerschlagen.

Heute wird in Amed, aber auch in Städten wie Êlih (Batman), Riha (Urfa) oder Wan (Van) wieder verstärkt darüber diskutiert, wie wir diese Strukturen stärken können. So soll beispielsweise in jeder Stadtverwaltung ein Stadtrat geschaffen werden. Das ist sozusagen unser kommunales Parlament, in dem die Menschen aus Dorf und Stadt zusammenkommen und über alle Angelegenheiten ihres Ortes diskutieren sollen. Diese Stadträte sollen zu der Instanz werden, in der die Diskussionen geführt und die wichtigsten Entscheidungen getroffen werden, die die gesamte Stadt angehen. Dann sollen in allen Stadtteilen Stadtteilräte entstehen, in denen auf alle Fälle jedwede Dynamik dieser Stadt ihren Platz findet. So gibt es beispielsweise im Stadtzentrum von Amed 54, in der ganzen Provinz sogar 950 Stadtviertel. Wir wollen also in 950 Stadtvierteln Räte aufbauen. Und die Delegierten aus diesen 950 Räten kommen im Stadtrat zusammen. Außerdem auch die VertreterInnen der Frauenräte, der Jugendräte, der Kinderräte, der Behindertenräte und weiterer Räte, die je nach Bedürfnis und Interesse gegründet werden können. Im Stadtrat treffen also alle sich in Form von Räten organisierten Strukturen zusammen.

Ist das nicht auch zugleich eine konföderale Struktur?

Genau das ist es. Wir haben nun auch das Glück, dass Amed gesetzlich den Status einer Großstadt hat und deshalb der Stadtrat auch die gesamte Provinz umfasst. Es gibt also auch keine rechtlichen Probleme.

Ein weiterer Pfeiler unseres Modells sind die zivilgesellschaftlichen Organisationen. Dazu gehören beispielsweise Berufsverbände wie die RechtsanwältInnenkammern, ÄrztInnenkammern oder die Industrie- und Handelskammer, aber auch andere demokratische Massenorganisationen. Diese Vereinigungen sind einerseits Teil des Stadtrats, andererseits unterstützen sie die Arbeit der Stadtverwaltung, die zu ihrem spezifischen Fachgebiet gehört.

Eines der am wenigsten diskutierten Themen und deshalb derzeit auch größter Schwachpunkt unseres Modells ist die Ökonomie. Kurdistan verfügt über keine eigenen wirtschaftlichen Strukturen, über die es selbst entscheiden kann. Mit dem neuen Gesetz über den Status der Großstädte hat sich das nun ein wenig verändert. Die Stadtverwaltung kann nun gewisse Entwicklungsprojekte durchführen, sie kann landwirtschaftliche Projekte oder Projekte im Kampf gegen die Armut unterstützen. Die Stadtverwaltungen verfügen nun über ein größeres Budget und dadurch auch über einen größeren Handlungsspielraum in diesem Bereich. Wir wollen das nutzen, um die Arbeitslosigkeit in der Region zu bekämpfen. Zugleich wollen wir die monopolistischen Wirtschaftsstrukturen, die die Region brutal ausbeuten, angreifen. Es soll keine billigen Arbeitskräfte mehr geben. Wir wollen Tausende Hektar ungenutzter landwirtschaftlicher Flächen wieder nutzen lassen, die fast ausgestorbene Tierzucht wiederbeleben, eine gesellschaftliche und solidarische Wirtschaft ins Leben rufen.

In allen Umfragen, aber auch nach unseren Beobachtungen, wird die BDP deutlich Stimmen hinzugewinnen. Können Sie uns die Gründe dafür erklären?

Kışanak: Das stimmt. Die Stimmenzahl der BDP wird in Kurdistan in die Höhe schnellen. Ich denke, dass wir vielerorts für Überraschungen sorgen werden. Was die Gründe dafür angeht, denke ich, dass der Hauptgrund eben die Frage des Status ist. Die KurdInnen haben nun die politische Bühne betreten und sind nicht länger bloß ein Objekt, über das andere entscheiden, sondern zu einem politischen Subjekt geworden, das über sein eigenes Schicksal bestimmen will. Deswegen hat ihr Anspruch, sich selbst verwalten zu wollen, auch an Stärke gewonnen. Und mit diesen Wahlen wird diese Forderung, sich als Volksgruppe selbst zu verwalten und die eigene Autonomie zu errichten, beginnen, sich zu erfüllen.

Selbstverständlich hat der von Herrn Öcalan begonnene Prozess einen wichtigen Beitrag hierzu geleistet. Das lässt sich so denken: Dieser Prozess hat begonnen, weil das kurdische Volk gut organisiert ist. Ansonsten hätte der Staat nicht den Dialog gesucht. Mit dem Dialog wurde Abdullah Öcalan als Ansprechpartner in dieser Frage anerkannt. Das und die Lösungsperspektive Öcalans wiederum haben die politische Position dieses Volkes gestärkt. Mit der historischen Erklärung letztes Jahr zum Newroz-Fest hat sich der politische Aktionsraum der kurdischen politischen Bewegung enorm vergrößert. Öcalans Aufruf war an die Völker dieser Region gerichtet. Er forderte sie auf, miteinander und alle mit ihrer eigenen Identität eine gemeinsame demokratische Zukunft zu errichten. Und die KurdInnen sind dafür die VorreiterInnen.

Anlı: Die nächste Stufe unseres Projekts stellt die Zusammenarbeit von Nachbarstädten und -provinzen dar. So wird beispielsweise die Bevölkerung von Êlih sagen: »Wir möchten mit Amed zusammenarbeiten und Projekte entwickeln.« Ich bin davon überzeugt, dass bald auch die Diskussionen über die Gesetzesgrundlage für eine solche Zusammenarbeit von Provinzen beginnen werden. So werden erst zwei, dann mehrere Provinzen gemeinsam arbeiten, und in Zukunft werden Regionalräte entstehen, in denen die Delegierten der verschiedenen Provinzen zusammenkommen. So wird unser Projekt der Selbstverwaltung sich weiterentwickeln und über Grenzen hinweggehen. ♦



Gültan Kışanak und Fırat Anlı nach einem Besuch bei kranken Gefangenen vor dem Gefängnis in Amed. Foto: DIHA

Was plant die Gülen-Bewegung? Was wird die AKP unternehmen?

Auf dem Weg zu neuen Allianzen

Ismet Kayhan, Journalist

Während die Korruptions- und Bestechungsaffäre die politische Tagesordnung der Türkei bestimmt, verschärft sich der Streit zwischen der Fethullah-Gülen-Bewegung und der Regierungspartei AKP (Adalet ve Kalkınma Partisi, dt.: Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung).

Die ersten Widersprüche in der Allianz zwischen der Organisation Fethullah Gülens und der Regierung Recep Tayyip Erdoğans zeigten sich nach dem Entern der Mavi Marmara durch die Israelis. Doch der wahre Grund für den bisher beispiellosen Streit in der Öffentlichkeit zwischen AKP und Gülen-Bewegung ist der Machtkampf.

Die zunehmende Stärke der Gülen-Bewegung von der türkischen Außenpolitik bis zur Justiz und im sozialen Bereich und der Versuch, die Macht allein zu übernehmen, bewegte Erdoğan dazu, einen Feldzug gegen Privatschulen zu führen, die eine wichtige Rolle spielen in der gemeinschaftlichen Organisation der Gülen-Gemeinde.

Der Bildungssektor gehört zu den Hauptfaktoren für die Verbreitung der Gülen-Ideologie. Nicht nur Privatschulen, sondern auch Işık-Häuser (Lichthäuser), Studentenwohnheime, Universitäten … Es ist eine starke Organisation, die fast jeden in das geistige Klima der Gemeinde miteinbezieht. Sie breitet sich über den Bildungssektor bis zur gesellschaftlichen Grunddynamik aus, das heißt, sie streckt ihre Hände bis zu den Familien aus. In dieser Hinsicht sind die Privatschulen die Kapillaren der Gülen-Bewegung.

Die Verhaftung Başbuğs und die Forderung nach Waffenruhe

Die Verhaftung des ehemaligen türkischen Generalstabschefs Ilker Başbuğ war eine Aktion der Gülen-Bewegung. Wie auch weitere Gerichtsverfahren, zum Beispiel die »KCK«-Verfahren (Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans) oder das »Balyoz«-Verfahren (türk.: Vorschlaghammer; Name eines Putschplanes der türkischen Streitkräfte). Doch die Verhaftung Başbuğs störte die AKP-Regierung erheblich. Daraufhin bot der Ministerpräsident der Gülen-Bewegung gewissermaßen eine »Waffenruhe« an. Aber das akzeptierte diese nicht und ließ sogar Anzeichen für weitere Operationen erkennen. So war auch die Einvernahme des Geheimdienstchefs Hakan Fidan ein direkter Angriff auf Erdoğan.

Die Gülen-Bewegung bezeichnet sich als eine transnationale religiöse und soziale Bewegung. Das entspricht nicht den Tatsachen, sie ist eine »private« Organisation innerhalb des Staates und handelt wie eine politische Partei. Demnach handelt es sich bei ihr um eine globale politische Partei mit Ideologie und politischer Strategie und sie pflegt internationale Beziehungen.

Tatsächlich hat sich herausgestellt, dass diese Organisation hinter den Putschversuchen in einigen Staaten Zentralasiens steckt. Die russische Administration stufte sie zu Beginn der 2000er Jahre als eine von der CIA in Zentralasien organisierte Bewegung ein. So hat Russland sie schon damals aus ihrem eigenen Hinterhof verwiesen.

Kurdistan wurde Gülen überlassen

Es ist eigentlich ein Machtkampf um die Regierung und somit den Staat. Die AKP-Regierung und die Türkischen Streitkräfte (TSK) haben Nordkurdistan Gülen überlassen. In den letzten Jahren wurde die kurdische Freiheitsbewegung im sozialen, politischen und kulturellen Bereich mit dessen Bewegung konfrontiert. Die erzielte in Kurdistan allerdings keine Erfolge. Trotz der Unterstützung durch AKP, TSK und den tiefen Staat konnte sie sich in Kurdistan nicht wie geplant organisieren. Und eben deshalb wurde ein schmutziger Krieg wie in den 90er Jahren gestartet. Daraufhin wurden Tausende kurdische Politiker verhaftet.

Das Verlangen Fethullah Gülens nach mehr Einfluss in der Regierung führte zur Auflösung der Allianz zwischen Gülen und Erdoğan. So wurde er zum Hauptkontrahenten des türkischen Ministerpräsidenten. Er beanspruchte den MIT (Nationaler Nachrichtendienst) und alle seine Niederlassungen in Nordkurdistan unter der Führung seiner Bewegung.

Im Wesentlichen verfügt die Gülen-Gemeinde im Moment über größeren Einfluss als Kemalisten, Nationalisten und AKP-Regierung. Sie ist die am besten organisierte Kraft im Staat. Seit den 70er Jahren formiert sie sich in Bürokratie, Polizei, Justiz, Bildungswesen und Armee.

Auf dem Weg zu neuen Allianzen

Ob sich der Konflikt zwischen Gülen und AKP-Regierung anderweitig auf die KCK-, Balyoz-, Ergenekon-Verfahren auswirken wird, ist noch unklar. Doch während sich eine Allianz auflöst, werden definitiv neue geschmiedet. Aus dieser Perspektive betrachtet will die AKP-Regierung zu einer Art »Normalisierung« übergehen. Tatsächlich demonstriert die Aufnahme von Nationalisten in den Justizapparat anstelle der Gülen-Anhänger die neue Allianz der AKP mit den Nationalisten. Sie weist auf eine »besondere« Konzeption Erdoğans im Hinblick auf die Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP) in der kommenden Periode hin.

Die Situation in den KCK-Verfahren hängt vom Verlauf des »Lösungsprozesses« ab. Beim Ergenekon-Verfahren trifft das jedoch nicht ganz zu. Wenn es eines Tages um eine allgemeine Amnestie geht, werden beide Verfahren wahrscheinlich gleich behandelt, um die gesellschaftliche Reaktion zu neutralisieren.

Nach den Morden in Paris tauchten neue Dokumente auf, die zeigten, dass die Formel nicht aufgeht, dass die AKP nach einer Lösung *[der Kurden- und Demokratiefrage]* verlange, die Gülen-Bewegung dies aber verhindern wolle. Im Falle der Kurden stimmen AKP-Regierung und Gülen-Bewegung in vielen Aspekten offensichtlich überein. Die Annäherungsweise von Erdoğan und Gülen gegenüber den Sozialisten, Aleviten und Kurden ähnelt sich in vielen Punkten. Sie verfolgen eine klassisch rechte, faschistische Linie.



Am 30. März wird in der Türkei gewählt. Schon jetzt ist der Wahlkampf in der heißen Phase. In Nordkurdistan will die BDP ihren Stimmenanteil auch in den Gebieten ausbauen, die noch bei den letzten Wahlen Hochburgen der AKP waren. Foto: DIHA

Die Ansicht, das Kurdenproblem könne ohne Erdoğan nicht gelöst werden, ist nicht richtig. Es war die kurdische Bewegung, die Erdoğan an den gemeinsamen Tisch einlud. Auch wenn statt der AKP-Regierung MHP oder Fethullah Gülen die Regierung übernehmen, sind sie gezwungen, sich mit der PKK und der kurdischen Bewegung an einen Tisch zu setzen.

Es ist nicht mehr möglich, dass dieser Machtkampf mit einem »Frieden« endet. Vielleicht kommt es zu einem »Waffenstillstand«. Doch eine Allianz in der Art wird es nie wieder geben.

Gemeinde sammelt Kraft

Wir befinden uns in einem Prozess, in dem die Karten in der Türkei neu verteilt werden. Man sieht, dass Erdoğan keinen Schritt zurückweichen wird. Er wird den Gülen-Einfluss in Bürokratie, Polizei und Bildungssektor begrenzen. Sodass die Gülen-Bewegung binnen Kurzem mit der Justiz konfrontiert sein wird. Es werden nacheinander der AKP-Regierung nahestehende Organisationen Strafanzeige stellen. Die Medien, unter Erdoğans Kontrolle, haben angefangen, Fethullah Gülen statt »Hodscha Efendi« (geistlicher Gelehrter) »Schreckensherrscher« zu titulieren.

Aber was hat die Gülen-Bewegung vor?

Die seit dreißig Jahren im Staat organisierte Bewegung hat mittlerweile erheblich »Kraft« gesammelt. Teilweise wird sie zurückstecken. Sie wird sich jedoch zum Ziel setzen, im Stillen und Tiefen zu agieren. Sie wird ihre Taktik ändern und neue Allianzen bilden. Mit der Unterstützung der Vereinigten Staaten wird sie ihre internationalen Verbindungen einsetzen.

Wer wird die Administration von der AKP übernehmen?

Die momentane Lage wird sowohl auf die Präsidentschaftswahl als auch auf die Führung der AKP Einfluss nehmen. Erdoğan hat keine andere Möglichkeit, als in den Cankaya-Palast *[Präsidentensitz]* zu wechseln. Der Kampf geht hauptsächlich darum, wer als nächster die AKP-Regierung präsentieren wird. Die Gülen-Bewegung und die USA wollen Abdullah Gül an der AKP-Spitze. Erdoğan will sowohl in Cankaya als auch die AKP regieren. Aus diesem Grund will er die Partei einer »harmlosen« oder ihm »loyalen« Figur überlassen.

Diese innere Auseinandersetzung würde nicht zu einer Demokratisierung der Türkei führen. Durch einen neoliberalen Angriff stärkt die AKP ihre Autorität und macht den Alltag konservativer. Die Demokratisierung des Landes hängt hauptsächlich von der Entwicklung der sozialen Opposition und dem Kampf der Linken, Aleviten und kurdischen Bewegung ab.

Gülen-Bewegung ging aus Krisen immer gestärkt hervor

Wird es dieses Mal auch so sein?

Mit dem »12.-September-Putsch« (1980) wuchs die Stärke Gülens. Während der Regierungszeit Özals wurden andere Gemeinschaften entmachtet, doch die Anhängerschaft Fethullah Gülens schwoll an. Die Äußerung Kenan Evrens »Wahre Religion ist saubere Religion, kein Fundamentalismus« führte dazu, dass die Gülen-Gemeinde erhebliche Veränderungen vornahm.

Obwohl Gülen von den TSK verfolgt wird, lobte er sie: »Wenn die Armee nicht rechtzeitig eingegriffen hätte, bliebe der ganzen Nation keine andere Wahl, als zu weinen.«

In der Putschperiode wuchs die Gülen-Bewegung mit ihren Schulen im Ausland und ihren Privatschulen und Kollegs im Land weiter.

Der Tod Turgut Özals und der nach ihm gewählte Präsident Demirel veränderten das Gleichgewicht noch einmal. Die Führung der Partei des Rechten Weges (DYP) durch Tansu Çiller und insbesondere deren enge Beziehung zu Gülen waren Anzeichen für eine neue Ära. Çiller verlangte Gülens Unterstützung für den »Gesetzentwurf für den Kampf gegen den Terror« und diese Besprechung wurde mit dem Einverständnis beider Seiten veröffentlicht.

Auch während der Phase des 28. Februar *[1997; der »postmoderne« Putsch stürzte die Regierung Erbakan]* unterstützte die Gülen-Bewegung die Armee. Während diese sich gegen Erbakan und andere religiöse Gemeinschaften wandte, drückte sie bei Gülen ein Auge zu. Auch nach dem 28.-Februar-Verfahren erstarkte die Gemeinde.

Doch dieses Mal scheint der Kampf richtig ernst. Die Liquidation oder wenigstens die Beschränkung der Gülen-Bewegung hängt davon ab, wie sich der türkische Staat dem Kurden- und Alevitenproblem annähert. Wenn der Staat eine Demokratisierung erzielt, ist die Eingrenzung der Gülen-Bewegung möglich. ♦

Der Zusammenbruch des Bündnisses zwischen der AKP und Fethullah Gülen

Keine Unterschiede zwischen Erdoğan und Gülen im Hinblick auf die kurdische Frage

Ferda Çetin, Journalist, 28.01.2014

Die Herrschaft der AKP-Regierung wurde in Kooperation mit der Fethullah-Gülen-Bewegung ausgeübt. Dieses Bündnis, bestehend aus einer politischen Partei und einer religiösen Organisation, ist durch ein am 7. Februar 2012 eröffnetes Untersuchungsverfahren zerbrochen.

Die Untersuchung richtete sich gegen die auf Anweisung des Ministerpräsidenten Erdoğan geführten Gespräche zwischen der Regierung und der PKK. In diesem Zusammenhang leitete die Staatsanwaltschaft in Istanbul ein Untersuchungsverfahren gegen den Leiter des türkischen Geheimdienstes MIT, Hakan Fidan, ein. Der türkische Ministerpräsident stellte sich vehement gegen dieses Verfahren und brachte ein neues Gesetz im Parlament durch, wonach Untersuchungsverfahren gegen Leiter des Geheimdienstes lediglich mit Zustimmung des Ministerpräsidenten eingeleitet werden dürfen.

Das Untersuchungsverfahren gegen den MIT war eigentlich ein Verfahren gegen Erdoğan und die Regierung. Wären die Untersuchungen fortgesetzt worden, hätte es ein gerichtliches Verfahren gegeben und Hakan Fidan sowie die Regierung wären unter der Anschuldigung, Kontakte mit der PKK aufgebaut zu haben, angeklagt worden. Die Regierung wäre höchstwahrscheinlich gefallen.

Ein solches Untersuchungsverfahren kann unter den in der Türkei herrschenden Bedingungen nicht mit den Klischees »Unabhängigkeit der Justiz« oder »Hoheit der Justiz« erklärt werden. So wurde es ja auch von der Regierung als »Putschversuch« gewertet. Kritik gegen diese Untersuchungen kam als Erstes von dem politischen Repräsentanten der kurdischen Bevölkerung Abdullah Öcalan. Er erklärte, dass dieses Verfahren ein Resultat des von ihm erstmals so benannten »parallelen Staates« sei und einen Putschversuch darstelle, welcher darauf abziele, den zwischen der Regierung und der PKK geführten »Lösungsprozess« der kurdischen Frage zu vereiteln.

Doch wer hatte dieses kühne Untersuchungsverfahren eingeleitet?

Jeder, vom Bürger auf der Straße bis hin zum Journalisten, von den politischen Parteien bis hin zur Wirtschaft, weiß, woher der Entschluss zur Einleitung dieses Untersuchungsverfahrens kam: von der Fethullah-Gülen-Bewegung.

Die AKP-Regierung, welche im Parlament über die Mehrheit verfügt, hat also daraufhin das Sondergesetz verabschiedet, welches mögliche Untersuchungsverfahren gegen den Leiter des Geheimdienstes unterbindet.

Erdoğan und seine Regierung haben die Einleitung des Untersuchungsverfahrens als »Intrige eines Freundes« gewertet und eine Gegenoffensive gestartet.

Die erste Offensive richtete sich gegen die Nachhilfeschulen. Die AKP-Regierung beschloss die Schließung von privaten Nachhilfeschulen. Die Fethullah-Gülen-Bewegung und ihre Medien haben versucht, dies mit einer Gegenkampagne zu verhindern, doch die Regierung hat ihren Beschluss nicht geändert.

Warum waren die privaten Nachhilfeschulen so wichtig?

Nach Angaben des türkischen Bildungsministeriums gibt es in der Türkei 3690 private Nachhilfeeinrichtungen, von denen 917 der Gülen-Bewegung angehören.

Die Gülen-Bewegung bietet erfolgreichen Schülern kostenlosen Zutritt zu diesen Schulen. Hier werden zunächst das Türkentum und dann die islamistische Ideologie sowie die Philosophie Gülens vermittelt. So entwickeln sich die ersten Schritte von der Kindheit zur Jugend ganz im Sinne der zur Gülen-Bewegung gehörenden Lehrer. Die Schüler, die nach dem Unterricht in den Nachhilfeschulen die Aufnahmeprüfungen für Privatschulen und Universitäten absolvieren, erzielen im Vergleich zu anderen Schülern überdurchschnittliche Ergebnisse.

Nach diesen Prüfungen wartet auf diese Jugendlichen die zweite Etappe der Gülen-Ausbildung. Denn die Gülen-Bewegung vergibt an diese Schüler Stipendien und bietet ihnen Unterkünfte. Sie verfügt in der gesamten Türkei über 5 Universitäten, 210 Privatschulen und 500 Studentenwohnheime. Da die staatlichen studentischen Unterkünfte nicht den Bedarf aller Studenten abdecken, werden die Wohnheime der Gülen-Bewegung aufgrund der günstigeren Bedingungen von den Schülern vorgezogen.

So schließt sich der Kreis. Die in den Nachhilfeeinrichtungen geförderten Schüler schließen die Aufnahmeprüfungen für die Universität erfolgreich ab und haben die Möglichkeit, in verschiedenen Fachbereichen zu studieren. So hat die Gülen-Bewegung für die Beamten, welche später in den verschiedenen staatlichen Ämtern arbeiten werden, eine systematische, periodische und organisatorische Struktur geschaffen.

Die daraus hervorgegangenen Beamten, Lehrer, Richter, Staatsanwälte, Sicherheitsbeamten und zu ähnlichen Berufsfeldern gehörenden tausende staatlichen Mitarbeiter sind in erster Linie der Gülen-Bewegung verbunden. Sie richten sich nach deren Ideologie und deren politischen Vorgaben. Dieser systematische Aufbau ist der Grund dafür, dass diese Struktur als »paralleler Staat« bezeichnet wird.

Die AKP-Regierung und Erdoğan haben beschlossen, dieses System zu zerstören. Jegliche Friedens- und Einigungsbestrebungen von Gülen sind ergebnislos geblieben.

Daraufhin hat Gülen die ihm verbundenen Polizeichefs und Staatsanwälte in Bewegung gesetzt. Am 17. Dezember 2013 wurden wegen Korruptionsverdachts zeitgleich Razzien durchgeführt, welche auch Minister und deren Kinder betrafen.

Bei den Razzien, die auch die Kinder des Innenministers Muammer Güler, des Wirtschaftsministers Zafer Çağlayan und des Umweltministers Erdoğan Bayraktar betrafen, fanden die Polizisten und Staatsanwälte große Mengen Geld und fragwürdige, heikle Dokumente. Bei dem Minister für EU-Angelegenheiten, Egemen Bağış, wurden Dokumente gefunden, die belegen, dass er von Arbeitgeberkreisen hohe Geldsummen und »Geschenke« bekommen hat.

Es zeigte sich, dass die Untersuchungen das Resultat einer monatelangen geheimen und sorgfältigen Vorarbeit waren.

Auch wenn Regierungssprecher sowie Ministerpräsident Erdoğan dies vom ersten Tag an als Putschversuch gewertet haben, reichten die Bemühungen nicht aus, die auch die eigenen Minister betreffende Korruption zu vertuschen und den offensichtlichen Sumpf, in dem sich die Regierung befindet, zu verdecken.

Während sich der Großteil der Untersuchungsverfahren in Istanbul abspielte, bestätigt die Tatsache, dass der Gouverneur von Istanbul und der Innenminister keine Kenntnis davon hatten, dass der parallele Staat, also die Gülen-Bewegung, dahintersteht. Gülen plante durch Aufdeckung dieser offensichtlichen Korruption in den Staatsstrukturen eine Schwächung der Regierung. Auf diese Weise wollte er sich die Unterstützung der Öffentlichkeit sichern und die Regierung als Strafe für die Schließung der Nachhilfeeinrichtungen zum Sturz bringen.

Auch wenn es zunächst so scheint, als ob Gülen die erste Runde für sich entschieden hat, haben Erdoğan und seine Regierung angefangen – ohne irgendwelche Erklärungen für die offensichtliche Korruption abzugeben – die parallelen Strukturen von Gülen offenzulegen und die Politik zur Auflösung dieser Strukturen voranzutreiben. Zunächst wurden die Staatsan-

wälte auf Posten mit niedrigerer Verantwortung versetzt, dann wurden die Arbeitsbereiche hunderter Polizeichefs gewechselt. Die Richter, die sich mit kritischen Fällen beschäftigten, wurden ebenfalls ausgetauscht. Darüber hinaus wurden zahlreiche der Gülen-Bewegung nahestehende Gouverneure ihrer Ämter enthoben.

Während die offensive Politik der Regierung gegen die Gülen-Bewegung rasch voranschreitet, versucht diese, die ihr zugehörigen Strukturen zu schützen. Gülen, der offen von den USA unterstützt wird und in Pennsylvania lebt, hat die Hoffnung, dass diese Offensive nach einiger Zeit ein Ende findet. Daher ist sein primäres Ziel, diese Phase in finanzieller Hinsicht, vor allem in Hinblick auf die ihm zugehörige Asya Bank, mit möglichst geringem Schaden abzuschließen.

Gülen hatte die Arbeitgeber, die nicht in den liberalen Arbeitgeberverbänden, dem Industrie- und Arbeitgeberverband TÜSIAD und dem Unabhängigen Arbeitgeberverband MÜSIAD – Letzterem gehören islamische Arbeitgeberkreise an –, organisiert waren, im Arbeitgeberverband TUSKON, Konföderation der Industrie- und Arbeitgeberverbände, vereint. Daher betreffen die politischen Maßnahmen der Regierung, wie Steuerprüfungen und strengere Kontrollmechanismen für Unternehmen, die schwächste Seite Gülens. So übt die Regierung genau in diesem Bereich Druck aus.

Im Endeffekt geht es gegen eine tatkräftige parallele Organisierung im Staate, die sich seit unzähligen Jahren unter dem Deckmantel der Religion etabliert hat. Nachdem die Auseinandersetzung mit der AKP unausweichlich wurde, hat Fethullah Gülen sein religiöses Gewand abgeworfen und seine politische Identität, seine Affinität zu Geld- und Finanzangelegenheiten und seine aktive Rolle hierin offenbart.

Ein Detail, das in der Auseinandersetzung zwischen diesen beiden Kräften nicht außer Acht gelassen werden darf: Es gibt keinerlei Unterschiede zwischen Erdoğan und Gülen im Hinblick auf ihre Einstellung zur kurdischen Frage, zu den grundlegenden Rechten und Freiheiten der kurdischen Bevölkerung und zur in Kurdistan angewandten Assimilationspolitik. Man kann sogar sagen, dass diese »strategische Allianz« durch die gleiche Haltung den Kurden und Kurdistan gegenüber den jahrelangen Zusammenhalt zwischen ihnen gesichert hat. ♦

Rojava-Statement von Joaquim Arrufat Ibáñez, CUP (Kandidatur der Volkseinheit), Mitglied im Regionalparlament von Katalonien:

»In Katalonien beobachten wir mit großer Aufmerksamkeit den traurigen Krieg in Syrien, aber vor allem die Selbstverteidigung der Kurden in Rojava. Wir wissen, dass die militärische Verteidigung der Sicherheit und Freiheit der kurdischen Gebiete eine wichtige Aufgabe ist und dass es viele Verletzte gibt. Alle unsere Hoffnungen sind auf den Aufbau der Demokratischen Autonomie im syrischen Kurdistan und die Ausarbeitung und Verabschiedung der neuen demokratischen Verfassung gerichtet, die wir mit Bewunderung und Freude verfolgt haben. Es sind unbestreitbare Erfolge des kurdischen Volkes, die Schulbildung auf Kurdisch, die Einrichtung von Volksversammlungen, der Kampf von Frauen in der politischen, sozialen Arbeit und in der militärischen Verteidigung der Freiheit. Deshalb bereiten wir uns auf einen Besuch verschiedener politischer Parteien Kataloniens zum kommenden Newroz in Rojava vor.«

Rojava-Statement von Dr. Jürg Meyer, Grossrat, Kanton Basel, Schweiz: Für Selbstverwaltung und Toleranz

»Mit Erschütterung verfolgen wir bei uns in der Schweiz die Nachrichten aus Syrien. Denn die ganze Bevölkerung Syriens leidet unermesslich unter der Situation des Bürgerkrieges. Da erfüllt es mich mit Hoffnung, wenn in den autonomen kurdischen Kantonen Strukturen der Selbstverwaltung aufgebaut werden. Besonders wichtig ist es, wenn in diesen Kantonen unterschiedliche Kulturen, Religionen und Völker ihren Platz finden und friedlich miteinander zusammenleben. Ebenso wichtig ist, dass feudale und patriarchale Gesellschaftsstrukturen abgebaut werden. Unter den Bedingungen der weltweiten Globalisierung wächst überall die Vielfalt der Menschen und ihrer Kulturen, die im gleichen Lebensraum zusammenleben. Da braucht es auf allen Ebenen des politischen Lebens Kulturen des Vermittelns und des Ausgleichens. Nicht akzeptierbar ist es, wenn aus irgendeiner heiligen Schrift, sei es Koran oder Bibel, absolute Regeln abgeleitet werden, die von vornherein für alle Menschen gelten müssen. Im ständigen Dialog muss erarbeitet werden, was für uns alle verbindlich sein soll. Dies bildet eine wichtige Konsequenz aus dem Respekt vor allen Menschen, der in allen Religionen seinen Ausdruck findet.«

Inmitten des Bürgerkriegs blüht in Syrien also doch die Hoffnung auf eine demokratische Zukunft

Aus der Kraft der eigenen Bevölkerung – die Revolution in Rojava schreitet voran

Mako Qoçgirî

»Hey, ihr Kurden. Heute ist der Tag, um für eure Würde einzustehen. Erhebt euch und geht alle auf die Straßen. Lasst uns unsere Freiheit erringen!« Angestachelt durch Worte wie diese begann in der Nacht vom 18. auf den 19. Juli 2012 ein Volksaufstand in Kobanî, der den Grundstein für die Revolution in Rojava legte. Die Bevölkerung besetzte zunächst die Felder, die ihnen das Regime vor Jahren aus der Hand gerissen hatte. Als die Militärkräfte des Regimes ausrücken wollten, um den Aufstand zu zerschlagen, merkten sie, dass ihr Vorhaben hoffnungslos war. Denn die Bevölkerung hatte sie bereits umstellt und weitere Verwaltungsgebäude des Staates eingenommen. So beschlossen die Männer des Regimes, die Stadt zu verlassen oder ihren Posten niederzulegen und als Zivilisten in der Stadt ihr Leben fortzuführen.

Damals waren viele unsicher, ob sich die Revolution gegen die Übermacht des Baath-Regimes und gegen eine vom Westen unterstützte bewaffnete Opposition in Syrien behaupten kann. Denn auch wenn beide Seiten sich einen erbitterten Krieg lieferten, waren sie sich doch über die Zukunft Syriens insoweit einig, als dass sie die dort lebenden Kurdinnen und Kurden auch in Zukunft nicht anerkennen wollen. Und auch die von der Türkei und den arabischen Staaten unterstützten Dschihadisten und Al-Qaida-Kämpfer, die sich später auch in den Syrienkrieg einmischten, sollten diesbezüglich keine andere Haltung einnehmen.

Doch heute, fast zwei Jahre nach dem ersten Aufbegehren der Bevölkerung in Kobanî, lebt die Revolution in Rojava weiter. Und nicht nur das, sie hat mit der Aufteilung der Region in drei Kantone und der Ausrufung der »demokratisch-autonomen Verwaltung« in diesen Kantonen deutlichere Konturen gewonnen. In Cizîre, Afrîn und Kobanî, so die Namen der drei Kantone, wurden 101-köpfige Übergangsräte einberufen, Ministerien ins Leben gerufen und mit der Vorbereitung von Wahlen begonnen. Und das mitten im andauernden Bürgerkrieg, während die Angriffe islamistischer Kämpfer auf Rojava anhalten und die internationalen Mächte in der Schweiz mit dem Regime und der Opposition, aber ohne die Beteiligung der KurdInnen, über die Zukunft des Landes verhandeln.

Ein demokratisches Syrien mit der Bevölkerung Syriens erschaffen

Die KurdInnen hatten sich vor den sogenannten Genf-II-Verhandlungen über die Zukunft Syriens intensiv darum bemüht, mit einer eigenen Delegation ebenfalls an dem Verhandlungstisch sitzen zu können. Ihnen ging es darum, die

kurdische Frage mit auf die Tagesordnung bei den Friedensverhandlungen zu setzen und auf eine Anerkennung der Errungenschaften der Rojava-Revolution hinzuwirken. Doch allen voran die Türkei stellte sich quer und mit Unterstützung der USA gelang es ihr, eine kurdische Vertretung am Verhandlungstisch zu unterbinden. »Wenn die Kurden an den Tisch wollen, so sollen sie sich gefälligst in die Reihen der syrischen Opposition begeben«, lautete die Losung. Gleichzeitig beharrte die Opposition auf der Nichtanerkennung der KurdInnen in Syrien, was die Sinnfreiheit solch eines Vorschlags vor Augen führt. Dennoch nahmen einzelne kurdische Vertreter aus dem Kurdischen Nationalrat (ENKS) – ein mittlerweile bröckelnder Zusammenschluss kurdischer Parteien, die unter dem Einfluss der südkurdischen PDK stehen – in den Reihen der syrischen Opposition an der Delegation teil. Sie setzten weiterhin auf die Hoffnung, dass, wenn Assad doch gestürzt und sich auf eine Übergangsregierung geeinigt werden sollte, sie auch einen Stück vom Kuchen ergattern könnten.

Das Regime, die Opposition, aber auch die internationalen Mächte können, wenn es heute in ihrem Interesse ist, dir ihre Unterstützung zusagen und morgen, wenn sich das Mächteverhältnis ändert, wieder ihre Ansichten widerrufen. Wir bauen deshalb allein auf die Unterstützung der Bevölkerung. Gemeinsam mit ihr und ihrer Kraft wollen wir unsere Zukunft selbst gestalten.

Verhandlungen in der Schweiz ohne handfeste Ergebnisse

Die VertreterInnen der Partei der Demokratischen Union (PYD) erklärten, dass diese kurdischen Vertreter in den Reihen der syrischen Opposition nicht die Stimme Rojavas repräsentieren könnten. Ohnehin seien Verhandlungen über die Zukunft Syriens ohne die Einbeziehung aller relevanten politischen Kräfte und Teile der Bevölkerung dieses Landes zum Scheitern verurteilt, erklärte der PYD-Kovorsitzende Salih Muslim. Denn nicht nur die KurdInnen wurden nicht an den Verhandlungstisch eingeladen, sondern auch die VertreterInnen der ChristInnen in Syrien, aber auch die sogenannte »innere Opposition«, die Koalition für einen Demokratischen Wandel, war anscheinend nicht gewünscht. Die internationalen Mächte suchten sich also für die Konferenz die ihnen genehme Opposition aus und übergingen alle anderen. Das Ergebnis scheint das gewesen zu sein, was Muslim vorhergesagt hat. In beiden Runden der Friedensgespräche im schweizerischen Montreux und Genf kam nichts Handfestes raus; die Kämpfe gehen weiter.

Auch wenn eine eigenständige kurdische Beteiligung bei den Verhandlungen in der Schweiz zu einem strategischen Fortschritt für die Rojava-Revolution hätte führen können, betonten die PolitikerInnen aus Rojava immer wieder, dass keine Beteiligung auch kein Beinbruch wäre. Aldar Xelîl, Mitglied der Volksräte Westkurdistans, ist fest davon überzeugt, dass die Unterstützung durch die Bevölkerung den einzigen Garanten für den Erfolg der Revolution darstellt. »Das Regime, die Opposition, aber auch die internationalen Mächte können, wenn es heute in ihrem Interesse ist, dir ihre Unterstützung zusagen und morgen, wenn sich das Mächteverhältnis ändert, wieder ihre Ansichten widerrufen. Wir bauen deshalb allein auf die Unterstützung der Bevölkerung. Gemeinsam mit ihr und ihrer Kraft wollen wir unsere Zukunft selbst gestalten«, so Xelîl. Und die Unterstützung der Bevölkerung für die Rojava-Revolution ist groß. Auch wenn die kurdische Freiheitsbewegung in Syrien Vorreiterin dieser Revolution ist, so wurde der Aufbau der demokratisch-autonomen Selbstverwaltung gemeinsam mit allen Volks- und Religionsgruppen aus Rojava entwickelt und ausgerufen. Der am 6. Januar 2014 in der westkurdischen Stadt Amudê verabschiedete Gesellschaftsvertrag soll die in Rojava lebenden KurdInnen, AraberInnen, AssyrerInnen, ChaldäerInnen, AramäerInnen, ArmenierInnen, TurkmenInnen und TschetschenInnen vereinen. Ein pluralistisches und demokratisches System soll in den drei Kantonen Cizîre, Afrîn und Kobanî aufgebaut werden.

Hoffnung auf demokratische Zukunft

»Die demokratisch-autonome Verwaltung ist Teil eines nicht zentralistisch organisierten zukünftigen Syriens und dessen Vorbild. Ein föderales System ist das passendste Modell für Syrien und das Verhältnis zwischen der autonomen Verwaltung und der Zentralregierung Syriens wird auf dieser Grundlage strukturiert«, heißt es in Artikel 12 des Gesellschaftsvertrages. Daraus wird deutlich, dass dieser Schritt keineswegs, wie böse Zungen gern behaupten, einer Aufspaltung Syriens den Weg bereiten soll. Ganz im Gegenteil, in Rojava wird ein Gesellschaftsmodell geschaffen, welches die Hoffnungen dafür nährt, dass ein demokratischer Wandel für Syrien doch möglich ist. Dass die Demokratische Autonomie nicht allein auf die mehrheitlich kurdischen Regionen in Rojava beschränkt sein soll, wird in Artikel 7 des Gesellschaftsvertrags erklärt. Darin heißt

Rojava-Statement von Dr. Joost Jongerden, Dozent für Entwicklungssoziologie und -anthropologie an der Universität Wageningen, Niederlande:

»Kürzlich proklamierten kurdische politische Parteien und zivilgesellschaftliche Organisationen im syrischen Rojava die ›Demokratische Autonomie‹. Demokratische Autonomie verweist auf die Praxis, mit der die Menschen ihre notwendigen und gewünschten Lebensumstände durch direktes Engagement und Zusammenarbeit untereinander erschaffen. Das Gegenstück zur Demokratischen Autonomie ist der Demokratische Konföderalismus, der als ein Selbstverwaltungssystem von unten nach oben charakterisiert werden kann. Ich halte das Konzept der Demokratischen Autonomie und des Demokratischen Konföderalismus aus verschiedenen Gründen für wichtig. Erstens bezieht es sich nicht auf den Staat als gesellschaftlichen Grundpfeiler, sondern auf die Bevölkerung. Es regeneriert gewissermaßen die alte Sozialismusidee als Entwicklung einer staatsfreien Gesellschaft auf der Grundlage von gemeinsamer Willensbildung und Gemeineigentum. Zweitens tritt es der Politik ethnischer, religiöser oder kultureller Assimilation entgegen, da Demokratische Autonomie und Demokratischer Konföderalismus auf der Vorstellung fußen, dass die Menschen das Recht haben, selbst über ihnen wichtige Belange zu entscheiden. Als solches erscheint es als eine vielversprechende Antwort, um dem Prozess ethnischer und sektiererischer Zersplitterung und Konflikte zu begegnen. Das spiegelt sich auch im beabsichtigten Kantonalsystem in Rojava wider. Natürlich wird Demokratische Autonomie nicht allein durch eine Ankündigung zum Leben erweckt, sie muss umgesetzt werden. Es ist ein Prozess des praktischen Lernens, allerdings in einem ziemlich feindlichen kriegerischen Umfeld. Es ist also eine große Herausforderung, nicht nur für die Menschen in Rojava, sondern ebenso für all diejenigen auf der Welt, die glauben, dass eine andere, bessere Welt möglich ist.«

es: »Alle Städte und Regionen in Syrien, die den Gesellschaftsvertrag akzeptieren, haben das Recht, Teil der demokratisch-autonomen Verwaltungen zu sein.«

Inmitten des Bürgerkriegs blüht in Syrien also doch die Hoffnung auf eine demokratische Zukunft. Und diese Hoffnung wird nicht durch die von den internationalen Mächten bestimmte »Syrien-Friedenskonferenz« in der Schweiz genährt, sondern von den Menschen aus Syrien selbst. Dass genau diese Region, die derzeit einzige demokratische Insel in Syrien, nicht die internationale Anerkennung der Regional- und Weltmächte bekommt, offenbart, was alle eigentlich schon wissen: Den Mächten, die ihre Finger im syrischen Bürgerkrieg haben, geht es nicht um die Demokratisierung des Landes, sondern lediglich darum, wie sie ein zukünftiges Syrien erschaffen können, dass bestmöglich ihren eigenen Interessen dient. Während all diese Mächte also ihren eigenen Kampf in Syrien führen, muss die Bevölkerung ebenfalls ihren eigenen Kampf, den Kampf um Demokratie, führen. Die Ausrufung der demokratisch-autonomen Verwaltung in Rojava und der Gesellschaftsvertag stellen für diesen Kampf wichtige Errungenschaften dar. Deshalb schließe ich mit der Übersetzung eines Ausschnitts aus der Präambel des Gesellschaftsvertrags:

»Gegen die Ungleichbehandlung der Religionen, Sprachen, des Glaubens und der Geschlechter; für den Aufbau der Gerechtigkeit, Freiheit und Demokratie in einer gerechten und ökologischen Gesellschaft; für das Erlangen eines pluralistischen, eigenständigen und gemeinsamen Lebens mit allen Teilen einer demokratischen Gesellschaft und ihrem politisch-moralischen Selbstverständnis; für den Respekt gegenüber den Frauenrechten und die Verwurzelung von Kinderrechten; für die Selbstverteidigung; für die Freiheit und den Respekt des Glaubens, erkennen wir als Kurden, Araber, Suryoyos (Assyrer, Chaldäer und Aramäer), Turkmenen und Tschetschenen diesen Vertrag an.

Die Regionen der demokratisch-autonomen Verwaltung akzeptieren weder das nationalstaatliche, militaristische und religiöse Staatsverständnis, noch akzeptieren sie die Zentralverwaltung oder Zentralmacht.

Die Regionen der demokratisch-autonomen Verwaltung sind offen für die Beteiligung aller ethnischen, gesellschaftlichen, kulturellen und nationalen Gruppen mittels ihrer Vereinigungen, sowie der darauf aufbauenden Verständigung, der Demokratie und des Pluralismus. Die Regionen der demokratisch-autonomen Verwaltung respektieren den nationalen und internationalen Frieden, die Menschenrechte. Sie erkennen die Grenzen Syriens an. […]« ♦

Mako Qoçgirî ist Mitarbeiter von Civaka Azad – Kurdisches Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit e. V.

Frauen aus Rojava:

Wir haben unsere Ketten gesprengt

Jinda Zekioğlu, ANF, Amed 15.02.2014

Wir haben mit einer sechsköpfigen Frauendelegation aus Rojava, die bei den Frauen-Institutionen in Amed (Diyarbakır) zu Besuch war, über die Folgen der Ausrufung der Demokratischen Autonomie auf den Frauenbefreiungskampf gesprochen sowie über das Leben der einzelnen Frauen vor und nach der Revolution. Die Frauen aus dem Kanton Cizîri waren in Amed mit einer Vielzahl zivilgesellschaftlicher Organisationen zusammengekommen und hatten über verschiedene Projekte diskutiert. Necah, Axin, Sadia, Jînda, Nora und Mona ... Sie erzählten ANF von der vielversprechenden Zukunft der kurdischen Frauenbewegung in Rojava, ihrem mühsamen Kampf und über die vielen Opfer, die gebracht werden mussten ...

Wir eröffnen unser Gespräch mit der 51-jährigen **Necah Husein Amên**. Sie beginnt über ihr Leben vor der Revolution in Qamişlo (Al-Qamishli) zu erzählen.

Kehren wir etwas zurück. Dein Leben wurde förmlich zweigeteilt. Wie erinnerst Du Dich an Dein erstes Leben?

Necah Husein Amên: Innerhalb der Familie war Gewalt sehr verbreitet. Wie überall. Ich bin mir sicher, dass es das immer noch gibt. Die Frau war früher im Haus gefangen. Ihr Leben bestand aus Hausarbeit. So konnte sie der Gewalt nicht entfliehen. Ihr Leben hatte keine Sicherheit. Wir Frauen leisteten leise Widerstand, wir waren sehr wenige. Was wir taten, das war, von der Gewalt, die wir sehen konnten, zu berichten und Auswege zu finden. Es gab viele solcher Frauen. Unsere Zahl stieg mit der Zunahme der Gewalt. Es gibt nun viel mehr Frauen, die sich gegen diese Gewalt wehren. Uns das ist unsere Quelle der Hoffnung.

Und hast Du nach der Revolution nun alle Deine Ziele umsetzen können?

Wir haben sehr viel getan. Wichtige Schritte im Vergleich mit einer großen Zahl von Ländern auf der Welt. Aber das reicht uns nicht. Wir haben Organisationen aufgebaut, in denen sind wir als Frauen zusammengekommen. Mit der Organisierung haben wir unsere eigene Stärke zum Ausdruck gebracht. Weil wir in diesem Kampf unseren Platz einnehmen und einen Beitrag dazu geleistet haben, sind wir sehr stolz. Das ist eine Revolution der Frauen! Das sollten sie nicht vergessen. Wir müssen das der ganzen Welt verkünden.

Für die 28-jährige **Axin Hasan** entfaltet sich die Revolution sowohl in ihrem Inneren als auch in ihrem Lebensraum.

Was gibt Dir in persönlicher und sozialer Hinsicht die Entschlossenheit, diesen Kampf zu führen?

Axin Hasan: Mein eigenes Leben! Vor der Revolution gab es mich nicht. Ich kann nicht sagen, dass ich überhaupt existiert habe. Ich war verheiratet. Ich konnte mich nicht trennen. Ich habe zwei Kinder. Ich hatte nicht ein Recht. Vor der Revolution gab es so etwas wie Frauenrechte überhaupt nicht. Ich bin acht Jahre lang mit meinem Ehemann verheiratet geblieben. Er hat weder etwas von mir, noch habe ich etwas von ihm, vom Leben oder überhaupt etwas verstanden. Wir waren uns gegen-

seitig sehr fern. Ich konnte mich von ihm nicht trennen. Ich hatte weder eine Sicherheit noch einen materiellen Rückhalt. Meine Familie fühlte sich nicht verantwortlich für mich. Der Staat erkannte mich nicht an. Ich habe alles für meine Kinder ertragen.

Wie hat sich Dein Bewusstsein verändert? Wie haben sich Deine und die Bestimmung Rojavas geändert?

Ich habe Frauen aus der Frauenorganisierung kennengelernt. Sie sahen sehr stark aus. Ich habe ihnen zugehört. Später habe auch ich in der Frauenarbeit meinen Platz eingenommen; habe meine gestohlene Identität, meine Heimat und Kultur neu kennengelernt. Mein Leben hat sich in dieser Zeit verändert. Ich habe durch diesen Kampf Kraft bekommen. Ich habe meine Kinder zu mir genommen und mich von meinem Mann getrennt. Nun lebe ich getrennt. Krieg, Widerstand ... Diese Begriffe bestimmen unser Haus, unser Inneres und unser Land. Ich habe meine Menschlichkeit, mein Leben als Frau neu verstanden.

Die 40-jährige **Nora Xelil** ist eine derjenigen, die sich die Zeit heute – nach der Revolution – niemals hätte erträumen können.

Ohne Zweifel war es für Dich nicht leicht, heute hier so stehen zu können. Kannst Du sagen »Wir haben von diese Tagen vollständig losgelassen«?

Nora Xelil: Auch früher hatte es einen Kampf der Frauen gegeben. Doch wir sagen Revolution. Eine Revolution kann nicht so einfach passieren. Wir haben einen hohen Preis zahlen müssen. Das kurdische Volk ist eines, das in jedem Winkel der Geschichte Widerstand geleistet hat. Nehmt das Leben so, wie es ist, beugt euch ... Wir haben so ein Schicksal nicht hingenommen. Das werden wir niemals.

Du hast Geschichte geschrieben, Du bist Zeugin der Geschichte. Was hast Du in den letzten Jahren erlebt?

Wir wussten eigentlich nicht so viel vom Frauenkampf. Doch wir haben es zusammen mit diesem Prozess gelernt. Der Krieg und die Revolution wurden zu einem Teil unseres Lebens. Nun haben wir unsere eigenen Institutionen aufgebaut. Wir haben uns dieser Sache noch mehr angenommen. Wir kennen unsere Rolle, unsere Mission. Über alles, was wir in die Praxis umsetzen wollen, denken wir nach, diskutieren und recherchieren wir. Wir haben Kontakt zu allen kurdischen Fraueninstitutionen auf der Welt, beraten uns mit ihnen und bekommen so wichtige Impulse. Im Moment sind 75 % der Frauen in Rojava organisiert. In jedem Bereich des Kampfes arbeiten sie. Sie erleben ein Erwachen. Vielleicht hat sie eine Waffe getragen oder ein Gesetz geschrieben. Das spielt keine Rolle! Der Kampf der Frauen in Rojava ist ein Kampf des kurdischen Volkes. Vielleicht sind die Frauen mit ihrer Kraft, die sie nach der Revolution gefunden haben, ein Beispiel für hunderte Frauen, für Gesellschaften und Frauen, die auf der Welt unter ähnlicher Unterdrückung leiden. Wir haben unsere Ketten gesprengt.

Rojava-Statement von Jonan Lekue, Sortu – Internationale Abteilung:

»Ich begrüße, im Namen der baskischen Linkspartei Sortu, die Bildung neuer Selbstverwaltungsstrukturen in Rojava. Die kurdische Bewegung zeigt uns allen die Möglichkeiten basisdemokratischer Institutionen auf dem Weg zur Anerkennung ziviler, politischer, sozialer und kultureller Rechte aller in der Region lebenden Menschen.

Es ist ein riesiger Schritt in Richtung einer friedlichen Lösung des Konfliktes in Syrien sowie ein Vorbild für das Zusammenleben unterschiedlicher Religionen, Kulturen und Glaubensrichtungen.

Besonders bemerkenswert an dem Aufbau dieser neuen Strukturen sind die führende Position der Frauen und ihr starkes Engagement.

Die Entwicklung ist ein Hoffnungsschimmer im Mittleren Osten. Deshalb verurteilt die Partei Sortu das Embargo von Ländern, Regierungen und Gruppen gegen Rojava und fordert die Beteiligung der Vertreterinnen und Vertreter Rojavas in allen Gesprächen, Dialogen oder Verhandlungen um die Zukunft des Mittleren Ostens.«

Jînda Şêxmûs ist 26 Jahre alt. Sie hat zwei Kinder. Die Quelle des Leuchtens in ihren Augen ist das Feuer des Widerstandes.

Wenn Du an früher denkst, wie fühlst Du Dich?

Jînda Şêxmûs: Sehr stark! Ich will hoffen, dass wir diese dunklen Tage hinter uns gelassen haben. Es war sehr schwer. In jeder Hinsicht schwer. Ich hatte zwei Kinder, ihr Aufziehen und der Krieg waren mein persönliches Erwachen. Es war alles sehr schwer. Wir Jugendliche haben in der Revolution Rojavas unsere Rolle gespielt und unsere Mission erfüllt. Rojava ist eine Region mit einer unglaublichen Vielfalt. Ihre Quellen sind sehr reich. Es gibt viele Jugendliche. Es gibt so viel zu tun. Es gibt nun keine Zeit mehr, die unnütz vergeudet werden kann. Wenn die Kooperativen aufgebaut sind, können

die Frauen ihren Lebensunterhalt nun selbst verdienen. Ein Großteil der Bevölkerung, die während des Krieges migrierte, war Männer. Die meisten, die ihr Leben als KämpferInnen verloren, waren Männer. Aus diesem Grund gibt es eine große junge weibliche Bevölkerung. Deshalb wollen wir neue Projekte starten. So werden wir unserer Freiheit, die wir unter so schwierigen Bedingungen erkämpft haben, würdig sein.

Sadie Abdullah ist 38 Jahre alt und Englischlehrerin. Sie ist Teil des Gesetzgebenden Rates in Cizîre und bereitet die Gesetzentwürfe vor.

Eine der wichtigsten Errungenschaften der kurdischen Freiheitsbewegung hast Du eins zu eins erlebt. Infolge dieser Errungenschaft wird nun über Gesetze diskutiert. Du trägst eine große Verantwortung, oder?

Sadia Abdullah: Sicher! Wie bereits zuvor in der Geschichte haben die KurdInnen einen Freiheitskampf geführt. Dieser Kampf dauert an. Mit dieser Verantwortung Gesetze zu erarbeiten ist sehr schwer. Wir hätten uns das nicht mal erträumt und nun schreiben wir es mit unseren eigenen Händen. Es ist eine aufregende und wichtige Aufgabe.

Welche Errungenschaften gibt es heute? Kannst Du kurz etwas über die Räteverwaltung erzählen?

Vor der Revolution hatte die Frau kein Recht auf Worte und Entscheidungen. Nun sind wir berechtigt zu sprechen und Entscheidungen zu fällen. Wir sind in jedem Bereich einflussreich. Im Moment haben wir eine Übergangsregierung. Bald wird es Wahlen geben. Wir haben eine 40-prozentige Frauenquote festgelegt. Doch es wird daran gearbeitet, sie auf 50, 60 Prozent anzuheben. Wir benutzen das System einer Doppelspitze. Zum Beispiel ist der Kovorsitzende in Cizîre ein Christ. Wir versuchen, auf alle Anforderungen Antworten zu finden.

Mona Abdulselam ist 43 Jahre alt und Sprecherin des Frauenvereins »Sara«.

Welche Mission hat der Frauenverein »Sara« in der Revolution von Rojava?

Mona Abdulselam: Wir waren Frauen, die sich gegen Gewalt zusammengeschlossen hatten. Vor der Revolution haben wir solche Arbeit gemacht. Unser Kampf für die eigene Identität, nicht nur für das Kurdischsein, sondern auch gleichzeitig der Kampf für die freie Frau, war angesichts zweier Herausforderungen, konzentriert in einer, noch schwerer und härter. Wir möchten als Frauenverein Sara während des Krieges und danach Gewalt gegen Frauen verhindern und für die Freiheit der Frau als Individuum kämpfen. Weil ich bereits zuvor gearbeitet hatte, konnte ich das Haus problemlos verlassen, doch im Allgemeinen konnten die Frauen nicht so leicht raus. Sie konnten sich selbst nicht artikulieren. Sie konnten sich an keine Institution wenden, wenn sie Opfer von Gewalt wurden. Kurz gesagt: Sie wurden ignoriert!

In welchem Umfang reichen die festgelegten Gesetze und Rechte aus?

Erstens schreiben die Frauen nun Gesetze. Das ist ein wichtiger Erfolg. Es gibt viele Frauen, die in den Fraueneinrichtungen arbeiten. Diese Organisationen und politischen Gebilde spielen eine einflussreiche Rolle im Hinblick auf die Errungenschaften der Freiheiten der Frau. Die Frauen sind nun in einem gewissen Maße im Bewusstsein der Völker. Wenn ihnen etwas zustößt, wissen sie, an wen sie sich wenden können. Sie wissen, wie sie sich organisieren können, wie sie dieses System verändern können.

»Wir ignorieren nicht die Familie, wir wollen die Gleichheit der Frau«

Beim Treffen der beiden Schwesterorganisationen, des Frauenvereins »Ceren« und des Frauenvereins »Sara«, ging es vor allem um einen Austausch von Ideen. Diese sechs Frauen aus Rojava diskutierten, welche Projekte sie für einen wirksamen Frauenkampf in Rojava in Angriff nehmen werden, wie sie die Menschen zur Teilnahme bewegen wollen und wie die Organisierung vonstattengehen soll; ihre persönlichen und gesellschaftlichen Erfahrungen teilen sie mit den Frauen in Amed.

Ihr habt ein Frauen- und Familienministerium gegründet. Dieser Name birgt die Gefahr, dass dadurch der Frau keine Rolle außerhalb der Familie zugestanden wird. Nach konservativem islamischem Verständnis wird deshalb in vielen Staaten dieses Ministerium dazu missbraucht, die Rechte der Frauen unter den »Familienangelegenheiten« zu subsumieren. Haltet Ihr deshalb einen solchen Namen für das Ministerium für richtig?

Sadia Abdullah: Zunächst möchte ich anmerken, dass wir mit den bisherigen Gesprächen hier in Amed sehr zufrieden sind. Wir haben viele Gespräche geführt. Wir haben uns alles notiert. Wir haben den Praxiserfahrungen zugehört und werden, wenn wir nach Qamişlo zurückgekehrt sind, auf der

Rojava-Statement von Jürgen Klute (DIE LINKE. im Europaparlament):

»Das, was die Kurden in Syrien in den vergangenen Jahren unter widrigsten Bedingungen aufgebaut haben, verdient mehr als Respekt. Während der Westen in den letzten Jahren keinerlei Interesse an einer Demokratisierung Syriens gezeigt hat, und anstelle einer Unterstützung der demokratischen syrischen Opposition alleine auf das gewaltsame Auswechseln des Führungsregimes spekuliert hat, haben die syrischen Kurden ihr Schicksal selbst in die Hand genommen. Das kurdische Autonomieprojekt von Rojava ist heute eine große Chance für die Demokratisierung Syriens. Denn Demokratie lebt davon, dass es nicht alleine ein einziges Machtzentrum gibt, sondern dass unterschiedliche, eigenständige gesellschaftliche Gruppen Kompromisse schließen und gemeinsame Interessen suchen.

Der Westen, und die EU im Besonderen, sollte die Kurden in Syrien deshalb nicht länger links liegen lassen, sondern darum werben, dass sie den Neuaufbau Syriens unterstützen. Nach meiner Einschätzung ist Rojava im Nahen Osten eine moderne demokratische Keimzelle, die zu wertvoll ist, als dass man ihr Unterstützung und Anerkennung verweigern kann.«

Rojava-Statement von Andrej Hunko, Mitglied des Deutschen Bundestags (Fraktion DIE LINKE) und der Parlamentarischen Versammlung des Europarats:

»Der Aufbau von Selbstverwaltungsstrukturen im kurdisch geprägten Teil Syriens ist ein wichtiger Versuch auf der Suche nach einer Friedenslösung für das Land, in dem vor allem die militärische Logik dominiert. Es ist besonders begrüßenswert, dass die Strukturen in diesen Gebieten viel Wert auf den demokratischen Charakter legen. Nur auf diesem Weg wird es möglich sein, die Interessen der verschiedenen Volksgruppen zu respektieren und dauerhaft bewaffnete Konflikte zu vermeiden. Mitten im Krieg lässt mich dieses demokratische Experiment Hoffnung schöpfen, dass sich trotz der verhärteten Fronten eine friedliche und demokratische Lösung für den Konflikt in Syrien finden lässt.«

Basis dessen unsere Arbeit fortsetzen. Der einzige Grund, warum sich Frauen der Gewalt beugen, ist ein wirtschaftlicher! Weil sie über keine ökonomische Freiheit verfügen, können sie ihre Ehe nicht auflösen. Wenn sie eine Arbeit für ihren eigenen Lebensunterhalt hätten, würde keine Frau sich der Gewalt beugen. In Rojava ist die Frau meistens die Begründerin der Familie, diejenige, die sie zusammenhält. Früher wurde das sehr stark missbraucht. Es ist immer noch so. Wir wollen den Begriff der Familie nicht ignorieren, sondern wir wollen, dass Frau und Mann in der Familie gleichberechtigt sind. Es heißt Familienministerium, um die Frau im Bereich von Wirtschaft und Beschäftigung sowie im Sinne sozialer Sicherheit zu stärken.

Auch in der Türkei hieß das Ministerium Frauen- und Familienministerium. Später wurde die Phrase »Frau« gestrichen. Nun wird nur die Familie geschützt. Habt Ihr nicht die Sorge, dass dies auch Euch passieren könnte? Habt Ihr es gesetzlich abgesichert?

Unsere Gesetze sind klar. Auf allen Vorstandsebenen sind Frauen vertreten. In unserem Rat sind 40 % Frauen. Wir werden dieses Verhältnis auf mindestens 50 % anheben. So kann das Gesetz nicht zum Nutzen von irgendjemand geändert werden. Frauen werden diesen Schritt in den notwendigen Gremien verhindern. Doch trotzdem gibt es in diesem Bereich Kritik an uns. Wir nehmen sie ernst.

Vielerorts in der Welt sind Frauen mit religiöser Begründung Gewalt ausgesetzt. In Rojava gab es noch vor Monaten das Fatwa »Die Frauen und der Besitz von Kurden sind halal«.[1] Was plant Ihr, um religiös begründete Gewalt zu verhindern?

Mona Abdulselam: Die unter religiösem Deckmantel verübten Ehrenmorde können nicht mit Religion begründet werden. Wir planen eine spezielle Erarbeitung dieser Phänomene in unseren Gesetzen unter dem Dach geschlechterspezifischer Diskriminierung. Die Religion soll als Mittel benutzt werden, um die Frau zu ermorden. Von radikalen Islamisten gibt es in den letzten Jahren eine Angriffspolitik gegen die kurdischen Frauen. Fatwas sind ein Beispiel dafür. Wir leisten dagegen Widerstand. Es ist nicht möglich, dass wir Seite an Seite mit Denkmustern stehen, die das Recht auf Leben missachten. ♦

Quelle: http://firatnews.biz/news/kadin/rojavali-kadinlar-zincirlerimizi-kirdik.htm

1 Für die islamistischen Gotteskrieger sind im Krieg in Rojava nach «islamischer Rechtsauskunft« (»Fatwa«) Übergriffe «nach islamischem Recht erlaubt« (»halal«).



Die Verteidigungskräfte von Rojava – YPG/YPJ

... ausschließlich zum Schutz der Bevölkerung agieren ...

Michael Knapp, Kurdistan-Solidaritätskomitee Berlin

Wir erleben in den letzten Jahren, Monaten und Wochen rasende Veränderungen in der Region Rojava. Ein basisdemokratisches Rätesystem etabliert sich immer weiter. Die sich permanent erweiternde gesellschaftliche Organisierung, die Ausrufung der Autonomie und die Wahlen, die im Mai anstehen, zeigen die Dynamik in der Region. Viele Menschen blickten am 19. Juli 2012 staunend nach Syrien, nach Rojava, als eine Stadt nach der anderen die Revolution ausrief und die Bevölkerung zusammen mit den Volksverteidigungseinheiten (YPG) das Assad-Regime aus vielen Orten Rojavas – soweit möglich – friedlich vertrieb. Es warf die Frage auf: Woher kommt auf einmal diese Massenorganisierung?

Dazu muss man wissen, dass diese Verteidigungseinheiten nicht aus dem Nichts entstanden sind, sondern auf einer Entwicklung aufbauen, die 2004 mit dem Massaker von Qamişlo (al-Qamishli) begonnen hatte. Der Boden für die kurdische Freiheitsbewegung in der Region war allerdings schon weit früher bereitet worden, als die PKK mit ihrer Mahsum-Korkmaz-Akademie in der Bekaa-Ebene vertreten war und viele AktivistInnen aus dieser Bewegung, allen voran auch Abdul-

lah Öcalan, die Region bereisten und mit der Bevölkerung in Kontakt traten und einen bleibenden Eindruck hinterließen, sodass, als wir uns im Oktober 2013 eine Woche mit einer Delegation in Rojava aufhielten, viele Familien, bei denen wir wohnten, noch diesen prägenden Einfluss und erste Begegnungen mit der PKK und ihrer Befreiungsideologie in Erinnerung hatten. In den letzten dreißig Jahren schlossen sich viele syrische Kurdinnen und Kurden der PKK an und kämpften in anderen Regionen Kurdistans.

Die ideelle Verbindung mit der PKK und ihrer Ideologie prägte vor allem die von Ausgrenzung und Assimilierung durch den syrischen Staat betroffene kurdische Bevölkerung Rojavas. Dies gilt insbesondere für die durch die Frauenbefreiungsideologie besonders angesprochenen Frauen.

2004, nach einem Fußballspiel und Übergriffen baathistischer Fans auf KurdInnen, kam es zu einem spontanen Aufstand, der vom syrischen Staat mit massiver Gewalt niedergeschlagen wurde. Pro Asyl spricht in einer Erklärung von mindestens 70 Toten und 300 Verletzten.[1]

Spätestens ab diesem Zeitpunkt war vielen KurdInnen klar geworden, dass klandestine Selbstverteidigungskomitees eine unabdingbare Notwendigkeit darstellen. So wurde damit begonnen, illegale Einheiten aufzubauen, die in der Lage waren, Vergeltungsaktionen auf Angriffe des Assad-Regimes durchzuführen. Vergeltungsaktionen dieser Einheiten fanden schon lange vor den Aufständen in Syrien unter anderem in ar-Raqqa und Heleb (Aleppo) statt.

Der Aufbau der YPG 2012

Nach dem Beginn der Aufstände wurde in den Widerstandskomitees in Rojava beschlossen, dass diese Einheiten, die sich schon lange vor den Aufständen heftige Kämpfe mit dem Regime geliefert hatten, nun offiziell als Yekiniyen Parastina Gel – als Volksverteidigungseinheiten – auftreten. Im Jahr 2012 kehrten nun auch viele AktivistInnen aus Rojava, die zuvor in der PKK oder der PJAK aktiv gewesen waren, nach Rojava zurück und unterstützten den Aufbau der YPG. Allen voran der 25 Jahre als Kommandant der kurdischen Guerilla tätige Xebat Dêrik, der einen besonders aktiven Beitrag zum Aufbau der YPG leistete. Er wurde durch ein Komplott, in das Agenten des türkischen Geheimdienstes MIT wie der syrische Kurde Abdullah Bedro verwickelt waren, ermordet. Dieser Mord machte schon das aktive »Interesse« der Türkei an der Lage in Rojava deutlich. Eine Organisierung des Widerstands unter Einfluss linker Ideen sollte um jeden Preis verhindert werden. Doch die Realität in Rojava ist eine andere.

1 http://www.proasyl.de/texte/mappe/2004/89/10.pdf

Bekanntlich ist Rojava eine multiethnische und multireligiöse Region. Um eine solche, besonders in Krisenzeiten, zu organisieren und zu verwalten, drängt sich ein System der Repräsentanz aller Identitäten und Bevölkerungsgruppen nahezu auf. Diese Idee musste nicht neu erfunden werden, sie ist in der kurdischen Region insbesondere in Nordkurdistan seit Ende der 90er Jahre präsent – der Demokratische Konföderalismus. So kamen zwei bedeutende Entwicklungsstränge zusammen, einerseits die Notwendigkeit der Organisierung und andererseits das Vorhandensein einer Gesellschaftstheorie und praktischer Erfahrungen damit in den anderen Teilen Kurdistans. Dies führte dazu, dass die YPG nach den Paradigmen des Demokratischen Konföderalismus, also unter anderem Basisdemokratie und Geschlechterbefreiung, Anfang 2012 gegründet wurden.

Die Revolution vom 19. Juli 2012

Mittlerweile beträgt die Stärke der YPG etwa 45 000 KämpferInnen (November 2013); dies ist allerdings die Konsequenz aus jahrzehntelanger Arbeit und dem erfolgreichen Kampf um Rojava seit dem ersten offenen Auftreten der Verteidigungseinheiten. Mit der Gründung der YPG wurden die ersten Camps und eine Akademie zur Ausbildung der Einheiten aufgebaut. Die Menschen strömten zu den YPG und natürlich begannen damit auch die ersten Angriffe. Der YPG-Kommandant Sipan Hemo erklärte dazu in einem Interview: »Die YPG haben ihre eigentliche Rolle in der Revolution am 19. Juli 2012 begonnen. (...) Sie spielten ihre Rolle bei der Befreiung der kurdischen Regionen. (…) Am 19. Juli wurden Kobanê (Ain al-Arab) und darauf Efrîn (Afrin) und Dêrik (Al-Malikiya) nach kurzen Kämpfen zwischen YPG und Regimekräften befreit und damit die Revolution vom 19. Juli ausgerufen.«[2] Damit waren die YPG eine regionale wie auch international bekannte Realität geworden und Angriffe, nicht nur vom Baath-Regime und islamistischen Banden, sondern vor allem von Kräften, die eine Revolution nicht wollten, nahmen zu. In Dêrik, so berichteten uns AugenzeugInnen des Tages der Befreiung, kam es zu heftigeren Auseinandersetzungen mit dem Regime, doch letztendlich zogen dessen Einheiten ab und die Selbstverwaltung und Organisierung der Region konnte beginnen.

Die YPG als Verteidigungskraft der gesamten Bevölkerung Rojavas

Ein anderer wichtiger Wendepunkt in der Geschichte der YPG waren der Widerstand und die Befreiung der strategisch besonders wichtigen Stadt Serê Kaniyê (Ras al-Ain) im Herbst

2 http://www.yeniozgurpolitika.org/index.php?rupel=nuce&id=27573
ÖP 20.01.2014

2012. Sipan Hemo erklärt die Entwicklungen dort folgendermaßen: »Eigentlich hätten die YPG den Banden[3] den Zutritt nach Serê Kaniyê verwehren können. (…) Aber zu dieser Zeit war das Regime noch dort. Wenn die YPG den Banden den Zugang verweigert hätten, wären die unsinnigen Anschuldigungen, dass wir mit dem Regime zusammenarbeiten würden, noch viel lauter vorgebracht worden. Deshalb haben sie ihnen den Zugang nach Serê Kaniyê nicht verweigert. Wir dachten, das Volk von Serê Kaniyê soll sich selbst verwalten, und die militärischen Kräfte sollten sich schließlich ja auch wieder zurückziehen. Aber diese Gruppen haben das nicht akzeptiert. Sie haben keine solche Herangehensweise. Sie meinen, ›das ist jetzt unser und wir bewegen uns dort so, wie wir es für richtig halten‹. Und so haben sie sich auch verhalten. Sie haben der kurdischen Bevölkerung sehr geschadet. Sie haben die arabische Bevölkerung unterdrückt, sie haben die Häuser der AssyrerInnen, SyrianerInnen und ArmenierInnen verwüstet und zerstört. Sie haben sehr schlimme Dinge getan. Schließlich kam der Punkt, der das Fass zum Überlaufen brachte: Sie haben den Unterhändler des Volksrats von Serê Kaniyê, Abid Xelîl, bei Verhandlungen ermordet.[4] Danach erklärten die YPG den Banden, die nach Serê Kaniyê kamen, den Krieg. Niemand konnte glauben, dass die YPG gegen die Banden bestehen, geschweige denn sie besiegen könnten.[5] (…) Der Widerstand der YPG war jedoch ein voller Erfolg.«

Mit diesem Kampf um Serê Kaniyê hatten die YPG großen Teilen der Bevölkerung Rojavas bewiesen, dass sie in der Lage wären, sie schützen zu können. Dabei spielte eine besondere Rolle, dass sie heilige Plätze aller Religionen befreiten und es als ihre Aufgabe sehen, die Sicherheit aller ethnischen und religiösen Gruppen der Region zu garantieren. In dieser Phase begannen insbesondere auch Mitglieder der SyrianerInnen und AssyrerInnen, den Verteidigungseinheiten beizutreten. Besonders in Qamişlo und Amûdê traten viele jugendliche Gruppen, die auch vorher in Europa durch ihre Protestaktionen gegen das Assad-Regime bekannt geworden waren, den YPG bei. Tausende meldeten sich freiwillig, zum Teil zunächst nur mit Steinen und Stöcken bewaffnet.

Der erste Kongress der YPG

Da der Zustrom aus allen Bevölkerungsteilen die YPG nun zu einer Organisation von vielen tausend Kämpferinnen und Kämpfern machte, wurde es notwendig, sich einen neuen organisatorischen Rahmen zu geben. Diese Konferenz fand am Jahreswechsel 2012/13 statt, und es wurde in einer Erklärung klargestellt, dass die YPG keiner Partei, sondern einzig und allein dem, die Bevölkerung von Rojava repräsentierenden Kurdischen Hohen Rat[6], unterstellt sind. Das ist besonders hervorzuheben, da zwar anfangs der Aufbau der YPG vor allem stark von der kurdischen Partei der Demokratischen Union (PYD) unterstützt wurde, ihnen mittlerweile jedoch Mitglieder vieler Parteien und gesellschaftlicher Gruppen angehören und nur eine absolute Minderheit bis jetzt nicht am Kurdischen Hohen Rat und den Verteidigungseinheiten teilnimmt. Dabei handelt es sich um in Rojava marginale, aber von der PDK Südkurdistans unterstützte Gruppen und Parteien, die darauf aus sind, Parteimilizen aufzubauen, was die kurdischen Räte aber nicht zulassen, um ein Ausweiten des Bürgerkriegs auf Rojava zu verhindern. Weiterhin wurde auf diesem Kongress die eigene Führung frei gewählt und die Befehlsstrukturen und das Kriegsrecht wurden formalisiert. Eine weitere Entscheidung war, neben den gemischten Einheiten der YPG die Yekîniyên Parastina Jinan – die Frauenverteidigungseinheiten – aufzubauen.

Die YPJ: »Die Frauenbataillone als Garantie der Revolution in Rojava«

Schon zu der Zeit, als die YPG noch im Untergrund agierten, traten ihnen viele Frauen bei. Als Frauen mit der Revolution vom 19. Juli in den Verteidigungskräften begannen, offen auf der Straße zu agieren, stellte für viele von ihnen die Teilnahme an den bewaffneten Kräften eine Möglichkeit dar, sich in den Schutz der Region und die Verteidigung und Eroberung insbesondere der Frauenrechte einzubringen. Tausende Frauen strömten in die YPG und so kam es zum Beschluss, eine eigenständige Frauenarmee, neben den gemischten Einheiten der YPG, zu bilden. Diese Frauenarmee kämpft gleichberechtigt mit den YPG und ist ihnen nicht untergeordnet.

Im Jahr 2013 etablierten sich die Fraueneinheiten so stark, dass nach Aussagen der Bataillonskommandantin der YPJ, Zozan Deniz, auf zehn Männer, die den YPG beitreten, zwanzig Frauen kommen. Für die Frauen ist der Beitritt eine persönliche und politische Entscheidung: »Die Frauen kommen häufig aus eigener Identifikation mit den Vorstellungen der YPJ. Sie sehen, dass sie in der Gesellschaft in deren Ist-Zustand nicht leben können. Insbesondere für Frauen ist die momentane Situation besonders schlimm. Denn die dschihadistischen Banden greifen besonders die Frauen an. In Tell Harran haben die Frauen das erlebt. Sie haben sie splitternackt ausgezogen und auf die Straßen geworfen. Es gab Vergewaltigungen. Die Frau-

3 islamistische Banden, manche Teil der »Freien Syrischen Armee« (FSA)

4 am 19.11.2012

5 Die islamistischen Banden wurden u. a. von der Türkei mit Kurzstreckenraketen unterstützt (siehe NRhZ vom 21.11.2012, http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=18449).

6 Der »Hohe Rat« ist eine Institution, welche die Spitze des Rätesystems darstellt und alle Bevölkerungsgruppen und Identitäten, auch per Quoten, repräsentieren soll.

en haben gesehen, was passieren wird, wenn sie sich nicht verteidigen. Sie werden ermordet, zerstückelt, vergewaltigt und ihre Körper verkauft. Das haben sie erlebt. Sie haben gesehen, dass nicht nur sie selbst in Gefahr sind, sondern die gesamte Gesellschaft. Während die Männer flohen, haben es die Frauen vorgezogen zu kämpfen. Von hier sind sehr viele Männer geflohen, aber die Frauen bleiben. Deswegen sagen wir, diejenigen, die Rojava retten werden, sind die Frauen!«[7]

Die Einheiten der YPJ kämpfen an allen Fronten und den entscheidendsten Positionen und in allen Waffengattungen, von leichten Waffen bis hin zu Panzerbataillonen.

Für viele Frauen stellt die Teilnahme an den YPJ nicht nur den Kampf zur Verteidigung von Rojava in den Mittelpunkt, sondern auch den Kampf gegen Feudalismus und Patriarchat in der kurdischen Gesellschaft. So lernen sie neben der militärischen Ausbildung auch Frauengeschichte und die Analyse des gesellschaftlichen Geschlechterverhältnisses. Diese Ausbildung, die je nach Kriegssituation zwischen zwanzig Tagen und drei Monaten dauert, geht dann täglich in den Einheiten weiter. Sowohl in den YPG als auch in den YPJ findet jeden Abend auch unter diesem Gesichtspunkt ein Tekmil, ein Zusammenkommen statt, bei dem Kritik und Selbstkritik geübt werden.

Die Generalkommandantin der YPJ, Axin Nucan, erklärt dazu: »Den Frauen wurde keine Möglichkeit zur Bereicherung ihres Lebens gelassen. Das Grundziel dieser Schulungen ist es, dass sich die Frauen selbst kennenlernen und in jedem Bereich ihres Lebens einen eigenen Willen und Selbstvertrauen entwickeln. (...) Der Vorsitzende Apo hat erklärt, dass ‚eine andere Welt möglich ist'. Das Schicksal, das uns die Männer auferlegt haben, kann nicht unser Schicksal sein. Wir sind eine Struktur, in der sich jede Frau, die uns beitritt, selbst ausdrücken kann. Und es erregt Aufmerksamkeit, dass unsere Struktur so anders ist. Die Bevölkerung empfindet große Liebe und großen Respekt uns gegenüber. Manche, die uns sehen, weinen vor Freude.«[8]

Die Biografie der ersten Gefallenen der YPJ ist typisch für die Biografien vieler Frauen. Axin Nucan berichtet von ihr: »Unsere erste Märtyrerin war die Freundin Bêrîvan. Hier leidet jede Frau. Die Freundin Bêrîvan hatte ein Kind. Sie hatte von ihrem Ehemann viel Unterdrückung erlebt. Sie hatte sehr gelitten. Sie war zwangsverheiratet worden. Aber sie akzeptierte es nicht, dort zu bleiben und weiter im gleichen Schmerz zu leben. Sie suchte deswegen einen anderen Weg und sie rettete sich, indem sie sich den YPJ anschloss. (…) Sie wurde eine erfolgreiche Kämpferin der YPJ. Sie kämpfte für die Befreiung ihres Landes, ihres Volkes und der Frauen und fiel dafür als Märtyrerin. Sie schrieb damit unauslöschbar unsere Geschichte.«[9]

Als wir uns im Oktober 2013 bei Einheiten der YPJ aufhielten und mit den Kämpferinnen sprachen, hatten wir einen ähnlichen Eindruck von den Frauen dort gewonnen. Sie kämpfen einerseits gegen die Banden der Dschihadisten, aber andererseits analysieren sie die patriarchalen gesellschaftlichen Verhältnisse und treten auch für Revolution im Sinne der Geschlechterbefreiung ein. Die YPJ sind tausende Frauen unter Waffen, die insbesondere in einer Nachkriegsordnung das Potential bilden, die Gesellschaft weiter zu revolutionieren.

Anfang 2013 – zwischen Regime und islamistischen Gruppen

Eine weitere zentrale Entscheidung des Kongresses war, alle Regimekräfte aus Rojava zu entfernen und die Revolution vom 19. Juli fortzusetzen – das bedeutet, weitere Städte und Orte zu befreien.

Sipan Hemo erklärt hierzu: »Es war nicht unser Plan, gegen die islamistischen Banden zu kämpfen. Unser Plan war, die Region vom Regime zu befreien. Deswegen haben wir direkt nach der Konferenz beschlossen, Gir Ziro (Tall Adas) zu befreien und die Regimekräfte zu vertreiben. Als wir gerade das Regime angriffen, fingen die Islamisten sofort wieder neue Angriffe auf Serê Kaniyê an. Unsere Haltung war trotzdem klar, wir sagten: ›Koste es, was es wolle, wir wollen Gir Ziro vom Regime befreien.‹ Weiterhin waren wir entschlossen, uns gegen die Banden zu verteidigen. Das war in den ersten Tagen von 2013. (…) Wir haben das Regime aus Gir Ziro[10] vertrieben. (…) Nach einem sehr langen, 15 Tage dauernden Kampf, war dann auch Serê Kaniyê erfolgreich befreit.«

Diese Erfolge bedeuteten eine weitere Anerkennung der YPG, einerseits waren die Banden in dieser Region nun weitgehend zerschlagen, andererseits wurde deutlich gemacht, dass Rojava einen entscheidenden Faktor darstellt. Dies war das erste Mal, dass die syrische Opposition Verbindungen mit den YPG aufbauen wollte. Die haben hier entschlossen abgelehnt, eine eigene Außenpolitik zu machen, und an den Kurdischen Hohen Rat verwiesen, dem sie unterstehen. Das führte zu den ersten diplomatischen Verbindungen des Kurdischen Hohen Rates und der syrischen Opposition.

7 ANF, 29.09.2013 (http://www.firatnews.com/news/guncel/rojava-devriminin-teminati-kadin-taburlari.htm)

8 ibd.

9 ibd.

10 Das Regime wurde am 20.01.2013 von den YPG aus Gir Ziro vertrieben (siehe ANF, 21.01.2013, http://firatnews.com/news/kurdistan/ypg-gir-ziro-da-deneti-mi-ele-gecirdi-1.htm).

Das Selbstverständnis der »legitimen Selbstverteidigung«

Der kurdischen Freiheitsbewegung in Rojava wird immer wieder aufgrund ihres vermeintlich zögerlichen Vorgehens eine Kollaboration mit dem Regime unterstellt. Dieses Vorgehen von YPG und YPJ, die ausschließlich zum Schutz der Bevölkerung agieren, muss allerdings unter einem Aspekt, der alle Teile Kurdistans betrifft, analysiert werden. Wie schon dargestellt arbeitet auch die kurdische Selbstverwaltung in Rojava nach den Prinzipien des Demokratischen Konföderalismus. Ein wichtiges Paradigma sind die Demilitarisierung und der Ausschluss militärischer Mittel von der politischen Auseinandersetzung, wo es möglich ist. Daher agieren sie, ähnlich wie die kurdische Guerilla HPG (Volksverteidigungskräfte) in Nordkurdistan (Türkei) nach dem Prinzip der legitimen Selbstverteidigung. Das bedeutet, dass allem militärischen Agieren ein reagierender Charakter zugrunde liegt – also konkret: Angriffe werden vergolten, auf gegnerische Offensiven wird mit eigenen Offensiven geantwortet, aber immer wird die Möglichkeit der politischen Auseinandersetzung vorgezogen. So haben wir uns beispielsweise gewundert, warum in der Großstadt Qamişlo in Rojava noch ein Flughafen vom Assad-Regime kontrolliert wird. Die Verantwortlichen vor Ort erklärten uns, dass es durchaus möglich wäre, das Regime zu vertreiben, dies aber zu einer Eskalation und einem Bombardement der Stadt führen würde, was inakzeptabel wäre. Als das Regime jedoch Checkpoints der YPG in der Nähe von Heseke (Hesîçe/Al-Hasaka) angriff, führten die YPG begrenzte Vergeltungsangriffe auf Stellungen des Regimes durch. Das gleiche Verhältnis haben die YPG auch, soweit möglich, zu allen anderen Parteien dieses Krieges. Ziel ist, die Situation nicht weiter zu eskalieren, sondern Frieden zu schaffen und wirkliche Demokratie in der Region aufzubauen.

Der Kampf um das Embargo und um Einfluss in Rojava

Die Erfolge der kurdischen Einheiten setzten sich fort und sie befreiten u. a. die kurdische Region Rumeylan, aus der 60 % der Ölproduktion Syriens stammen. Die Ölförderung wurde kollektiv weiterbetrieben. Damit war ein entscheidender Sieg auch in ökonomischer Hinsicht errungen worden, der die Aufmerksamkeit der regionalen und internationalen Mächte auf sich zog. Gleichzeitig verschärfte sich das Embargo gegenüber Rojava vonseiten sowohl der Kurdischen Regionalregierung in Südkurdistan (KRG) wie auch der Türkei. Die etablierte Selbstverwaltung der Region sollte so zerstört werden. Auf Treffen in Riha (Urfa) und darauf in Dîlok (Antep) im Sommer 2012 war von den Regionalmächten beschlossen worden, dass die Region Rojava mithilfe der Banden zwischen den Einflusssphären der Türkei und Südkurdistans aufgeteilt werden sollte. An diesen Treffen beteiligten sich nach Sipan Hemo einige europäische Staaten, Saudi-Arabien, der türkische Außenminister Davutoğlu und der KRG nahestehende Gruppen. Dort wurde ein strategischer Pakt geschlossen, dass die Regionen Efrîn und Kobanê dem Einflussbereich der Türkei zugeschlagen werden sollten, während die Region Cizîre unter dem Einfluss der KRG und damit direkt der USA stehen sollte.

Vor Ort konnten wir in Flüchtlingslagern in Südkurdistan in Erfahrung bringen, dass für diesen Plan mehr als 6 000 Flüchtlinge aus Rojava in Südkurdistan zu paramilitärischen Einheiten von der KRG nahestehenden Gruppen ausgebildet werden sollten. Dieser Plan scheiterte allerdings. Es fanden im Sommer koordinierte und gleichzeitige Angriffe in Efrîn, Serava und Serê Kaniyê statt und parallel dazu schloss die KRG den Grenzübergang von Semalka, aber die Angriffe scheiterten am Widerstand der YPG und YPJ.[11]

»Der Kampf um Geschwisterlichkeit und Einheit«

Ein bedeutender Schritt war die Eroberung des Grenzübergangs von Til Kocer (al-Yarabiya) in die irakische Stadt Mossul im Herbst 2013. Weitere Orte folgten. Von ISIS (Islamischer Staat im Irak und in Syrien) und Al-Nusra kontrollierte Orte litten heftig unter den Übergriffen dieser Banden. Etliche arabische Städte und Orte baten um die Intervention der YPG – viele schlossen sich auch den Verteidigungseinheiten an. Sipan Hemo erklärt zu dieser Phase: »Wir konnten nicht zu Grausamkeiten schweigen, die den AssyrerInnen, SyrianerInnen, TurkmenInnen und auch den sunnitischen AraberInnen angetan wurden. Deshalb setzten wir den in Serê Kaniyê, Tirbespî (al-Qahtaniya), Til Temir (Tel Tamer) und Til Kocer begonnenen Kampf fort und wir können ihn in diesem Sinne ruhig als einen Kampf der Geschwisterlichkeit bezeichnen. Es ist der Kampf um Geschwisterlichkeit und Einheit. (…) Die YPG haben diesen Kampf auf den Ruf der arabischen Bevölkerung hin begonnen und zu Ende gebracht.«

In diesem Kampf kam es auch zu schweren Verlusten aufseiten der YPG. Es fielen 49 KämpferInnen der Miliz und der YPG.[12] Die schweren Verluste bei dieser Operation sind auf einen Hinterhalt zurückzuführen, der von anderen der KRG nahestehenden kurdischen Gruppen wie der Azadî- und der Yekitî-Partei in Zusammenarbeit mit ISIS und Al-Nusra gelegt worden war. Unterstützt wurden diese Gruppen, die gemeinsam mit ISIS und Al-Nusra gegen die YPG vorgingen, von

11 Sipan Hemo, s. o.

12 http://rojavabilgi.blogspot.de/2014/01/kurdistan-snrnda-cok-merkezli-iki.html

der El-Partei, auch als PDK-Syrien, also als Ableger der Regierungspartei der Autonomen Region Kurdistan, der PDK, bekannt.

Eine Folge dieser multiethnischen und säkularen Haltung von YPG und YPJ ist der Beitritt des »Militärrats der AssyrerInnen« zu den YPG. Damit haben sich die Verteidigungseinheiten der assyrisch-christlichen Minderheit mit den YPG zum Kampf gegen Dschihadisten zusammengeschlossen.

YPG und YPJ als militärisch erfolgreiche Verteidigungskraft

Obwohl die islamistischen Banden von Staaten wie Saudi-Arabien und Qatar, aber auch vom NATO-Staat Türkei, zum Teil mit modernsten Waffensystemen versorgt werden, haben YPJ und YPG beträchtliche militärische Erfolge zu verbuchen. So fielen nach Angaben des Pressezentrums der YPG im Jahr 2013 bei Gefechten 379 Angehörige von YPG und YPJ, während bei Kämpfen mit diesen Einheiten 376 syrische Soldaten und 2 923 Mitglieder der Al-Qaida-Gruppen starben und 790 Soldaten und Polizisten des Regimes vorübergehend festgenommen worden waren und dann ihren Familien übergeben wurden. Von den 587 festgenommenen Mitgliedern von Al-Qaida-Banden waren nur 91 syrischer Herkunft. Die YPG konnten große Mengen Waffen erobern, darunter auch 14 Panzer und 56 weitere Fahrzeuge, und dadurch ihre Kräfte weiter ausbauen. Weiterhin befreiten sie im Jahr 2013 fünf Städte, sechs Landkreise und etwa 120 Dörfer.

Angesichts dieser Zahlen stellt sich die Frage nach den Gründen für diese Unterschiede in der Höhe der Verluste von YPG/YPJ und Al-Qaida-Banden. Bei vielen Einheiten, die wir besucht haben, erfuhren wir ein ganz ähnliches Bild von den Bandenmitgliedern, die aus aller Welt zu Tausenden meist über die türkische Grenze nach Rojava eindringen. Das, was die YPJ-Kämpferin Sana Efrin gegenüber der Nachrichtenagentur ANF berichtete, entspricht den Erfahrungen, die uns viele KämpferInnen mitgeteilt haben: »Das sind häufig keine richtigen Kämpfer. Sie bewegen sich vollkommen dumm und irren auf dem Schlachtfeld herum. Sie haben kein System und keine Struktur. Sie sind so armselig, dass sie glauben, sie könnten den Krieg mit der Kraft ihrer Arme gewinnen. Wenn man gegen jemanden von Al-Qaida kämpft, dann hat der eine Haltung, aber das sind nur Plünderer, Banden, und es tut uns eigentlich sogar leid, gegen sie zu kämpfen. (…) Sie trauen sich mit ihren riesigen Körpern und gewaltigen Bärten gegen uns zu kämpfen, aber sie wissen nicht, wie das geht. Darum haben sie noch keinen Kampf gewonnen und werden auch nie einen gewinnen. Wir machen sie nicht klein, sondern wir bekämpfen sie ernsthaft. So sieht die Realität aus.« Es gibt, wie oben auch erwähnt, ausgebildete Einheiten von Al-Qaida-Veteranen aus dem Kaukasus, Afghanistan und anderen Orten der Welt, aber die Mehrheit, die unter der Parole »Wir sind gekommen, um zu schlachten«[13] nach Syrien zieht, scheint dem obigen Bild zu entsprechen, dem noch hinzufügen wäre, dass viele wirklich zu glauben scheinen, zu sterben sei für das eigene Seelenheil erstrebenswert. Andererseits ist zu dieser Bilanz weiterhin zu sagen, dass es, selbst wenn es im Interesse der YPG/YPJ läge, ihre eigenen Verluste herunterzurechnen, nicht möglich wäre, da diese Einheiten Milizen sind, die regelmäßig ihre Familien besuchen, also keine von der Gesellschaft abgeschotteten kasernierten Einheiten darstellen.

Fazit

Wir können die letzten beiden Jahre als sehr erfolgreich zusammenfassen. Rojava konnte von den YPG/YPJ in großen Teilen befreit und verteidigt werden, während in dem Frieden, der sonst in ganz Syrien nicht herrscht, ein System von Basisdemokratie, Selbstverwaltung und einer an der Gesellschaft orientierten Ökonomie eingerichtet wird.

Als Schlusswort möchte ich die YPJ-Kämpferin Viyan Soran zu Wort kommen lassen: »Wir sind eine Verteidigungskraft. Wir wurden auf der Basis der Philosophie gegründet, unser Volk, unser Land zu verteidigen, und wir verhalten uns dementsprechend. Wir sind keine Angriffskraft, wir greifen niemanden an und bringen ihn um. Da sie unsere Praxis sehen, kommen mittlerweile auch zahlreiche Angehörige anderer Volksgruppen der Region und schließen sich uns an. Wir sind nicht nur kurdische KämpferInnen. Bei uns kämpfen AraberInnen, ArmenierInnen und die anderen aus der Region. In diesem Sinne sind wir die Verteidigungskraft aller Völker der Region. Wir wissen aus der Geschichte, dass nur eine Revolution, die sich verteidigen kann, siegreich sein wird. Wir werden siegen, unsere Zukunft ist die Freiheit.«[14]

Unsere Aufgabe hier in Europa ist es, Druck aufzubauen, um das Embargo gegen Rojava vonseiten der Türkei und der KRG zu durchbrechen und endlich dafür zu sorgen, die Regierungen unter Druck zu setzen, dass sie aufhören, weiter Öl ins Feuer des Krieges in Syrien zu gießen, und dafür zu sorgen, dass sie die Selbstverwaltung von Rojava anerkennen und sie an den Verhandlungstisch zu holen. Nur so ist ein Frieden für Syrien möglich. ♦

---

13 Eine Parole, die wir immer wieder an den Wänden in den ehemals von den Dschihadisten kontrollierten Gebieten lesen konnten.

14 ANF, 29.09.2013 (http://www.firatnews.com/news/guncel/rojava-devriminin-teminati-kadin-taburlari.htm)

Türkei schadet sich selbst mit Kriegsführung in Rojava

Religiöse Polarisierung im Mittleren Osten wird eskaliert

Ismet Kayhan, Journalist

Eigentlich hat alles in den 1970ern in Vietnam begonnen. Die USA hatten dort gerade eine Niederlage erlitten. Die Sowjetunion steckte dahinter. Die USA haben jahrelang auf eine Möglichkeit gewartet, um sich an den Sowjets zu rächen. Und diese Gelegenheit ergab sich in den 1980ern. Die Sowjetunion hatte Afghanistan besetzt. Der Regierung in Washington bot sich die Möglichkeit, dem »Feind« auf Umwegen eine Niederlage zuzufügen.

Der damalige Präsident Jimmy Carter übertrug diese Aufgabe seinem Sicherheitsberater Zbigniew Brzezinski. Und der entwickelte mit seinem Team eine Politik, die er »tausend diskrete Tode« nannte …

Ziel war, die Sowjets zu besiegen, und das Mittel war die Unterstützung islamischer Bewegungen in den Ländern des Mittleren Ostens. Die USA knüpften enge Beziehungen zu den Islamisten in der Region. Sie entwickelten eine neue Strategie. Zunächst wurden die gegen die Sowjets kämpfenden afghanischen Krieger vom Geheimdienst Pakistans und Experten der Sondereinheiten des pakistanischen Militärs ausgebildet. Einer der Ausbilder war *[der spätere Präsident]* Pervez Musharraf. Damals war Zia-ul-Haq in Pakistan an der Macht. Er hat bis zuletzt Vorteile gezogen aus der US-Unterstützung afghanischer Kämpfer.

Die CIA übernahm die US-Operation in Afghanistan, um die Sowjets dort zu schlagen. Britische SAS-Offiziere leiteten die Ausbildung, Saudi-Arabien gewährte finanzielle Unterstützung. Und die Franzosen unterrichteten in medizinischer Hilfe auf dem Schlachtfeld.

Die radikalen Islamisten aus islamischen Ländern der Golfregion und des westlichen Mittelmeerraums wurden vom Iran unterstützt. Zu diesem Zeitpunkt erschien auch Osama bin Laden auf der Bildfläche und legte den Grundstein für die al-Qaida.

Die afghanischen Kämpfer sorgten dafür, dass sich die Sowjets 1989 aus dem Sumpf Afghanistans zurückziehen mussten. Zurück blieb eine überaus starke Erfahrung. Eine Erfahrung, die noch nicht einmal im Bürgerkrieg unter der Herrschaft der Taliban ihr Gewicht verlor. Eine Erfahrung, die die heutigen zwei »Supermächte« aus dem Land jagte.

Die Polarisierung in der Region liegt im Interesse der USA. Unter Federführung der al-Qaida wird versucht, die Sunniten im Irak als neuen Block angelehnt an Syrien und die Türkei zu formieren und gegen die schiitische Achse eine sunnitische Achse zu bilden. Somit wird der Mittlere Osten angelehnt an die Politik der USA Schauplatz neuer scharfer religiöser Diskriminierung. Das ist auch die Wahrheit darüber, warum die al-Qaida-Kräfte aus allen Richtungen der Welt gesammelt und so einfach nach Syrien geschafft werden.

Bin Laden war ein Saudi. Und al-Qaida mit saudischem Geld geschaffen. Und auch 15 der 19 Attentäter vom 11. September, was die USA im Innersten getroffen hat, waren Saudis.

Die Regierung in Washington begann vier Wochen nach dem 11. September mit der Bombardierung Afghanistans. Der damalige Präsident Bush erklärte das damit, dass die Taliban Bin Laden versteckt hätten.

»Wir werden sie aus ihren Löchern holen. Wir werden ihn aus seiner Höhle holen.« Trotz seiner harten Worte hat Bush eigentlich nicht viel getan. Bin Laden bewertete die Operationen in Afghanistan mit den Worten: »Was sie getan haben, war langsam und unerheblich.«

Die Regierung Bush schickte zunächst 11 000 Soldaten nach Afghanistan. Die US-Soldaten schafften es zwei Monate lang nicht, in die Gebiete einzudringen, in denen sich Bin Laden vermutlich versteckte. Der bekannte US-amerikanische Dokumentarfilmer Michael Moore sagte später über den Krieg in Afghanistan: »Bush hat einem Mörder, der die USA angegriffen hat, zwei Monate Fluchtzeit verschafft. Denn das Ziel des Krieges in Afghanistan ist ein anderes.«

1997, als Gouverneur von Texas, traf sich George W. Bush in Houston mit einer Gruppe Talibanführer und Vorstandsmitglieder der UNOCAL (Union Oil Company of California). Sie diskutierten über Gaspipelines vom Kaspischen Meer. An dem Tag, als die UNOCAL die Verträge unterschrieb, wurden dem Halliburton-Konzern, dem Dick Cheney *[bis 2000 Vorstandsvorsitzender, anschließend US-Vizepräsident unter Bush]* vorstand, die Bohrrechte zugesprochen. Die Pipeline hätte Enron-Vorstand Kenneth Lay, dem größten Wahlkampfspender Bushs, am meisten genutzt.

Noch fünfeinhalb Monate vor dem 11. September reiste Bush 2001 durch die USA, um das Image der Taliban zu verbessern, und empfing sogar deren Vertreter.

Besondere Beachtung verdient, dass die wiederholte Ausstrahlung der Aufnahmen vom 11. September eine Woche anhielt, danach änderten sich die Bilder in den Fernsehnachrichten. Auf den Bildschirmen tauchten zunächst Bilder zur Kriegsstärke der USA auf und dann Bilder des Hauptfeindes Osama bin Laden und der Taliban.

Organisation erstarkte nach Bin Ladens Tod

Etwa 3 000 Menschen haben ihr Leben am 11. September verloren. Die Ziele waren die Finanz- und Militärzentren der USA. Nach dem 11. September hat die al-Qaida ihre Ziele geändert, ihren »Dschihad« aus den westlichen Gebieten in die islamische Welt verlagert. Es fällt auf, dass in der Geschichte der al-Qaida, die ihren Krieg in den Irak, nach Syrien und Rojava *[Westkurdistan=Nordsyrien]* getragen hat, noch keine Aktion gegen Israel auftaucht.

Aus den Kriegen in Afghanistan und dem Irak steht nun eine starke al-Qaida vor uns. Insbesondere nach der Tötung ihres Führers Bin Laden ist sie noch mächtiger geworden.

In Pakistan wurde über die Tötung Bin Ladens als »Kampf gegen den Terror« durch die USA und als bedeutender »Erfolg« berichtet.

Duran Kalkan, Mitglied des Exekutivrats der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans (KCK), hat die Beziehungen der USA zur al-Qaida unter die Lupe genommen: »Scheinbar sind sie im Mittleren Osten an Widersprüchen und Kämpfen zwischen den Religionen interessiert und drücken deshalb bei den Aktivitäten der al-Qaida ein Auge zu. Die Polarisierung in der Region liegt im Interesse der USA. Unter Federführung der al-Qaida wird versucht, die Sunniten im Irak als neuen Block angelehnt an Syrien und die Türkei zu formieren und gegen die schiitische Achse eine sunnitische Achse zu bilden. Somit wird der Mittlere Osten angelehnt an die Politik der USA Schauplatz neuer scharfer religiöser Diskriminierung. Das ist auch die Wahrheit darüber, warum die al-Qaida-Kräfte

aus allen Richtungen der Welt gesammelt und so einfach nach Syrien geschafft werden.«

Neue Strategie der Organisation in Syrien

Eigentlich hat das Organisationsnetzwerk der al-Qaida nach Bin Ladens Tod zwar nicht militärisch, aber doch politisch einen echten Rückschlag erlitten. Sie haben den bewaffneten Kampf jedoch nicht zurückgefahren, sondern im Gegenteil verstärkt. Politische Propaganda kam für die al-Qaida immer an zweiter Stelle.

Sie hat ihren Krieg nach dem 11. September aus den westlichen Ländern in die islamische Welt verlagert. Als im März 2003 der Irak besetzt wurde, haben sich dort die al-Qaida und zugehörige Gruppen sofort niedergelassen. Die al-Qaida erklärt ihre regionalen und lokalen Aktivitäten damit, dass ihre Aktionen auf der Basis lokaler Unterstützung stattfänden.

Am Beispiel Syriens ist zudem erkennbar, dass Al-Nusra neben dem bewaffneten Kampf begonnen hat, sich ernsthaft innerhalb der Bevölkerung zu organisieren. Das war eigentlich etwas Neues für die al-Qaida. Sie hat das erste Mal außerhalb Pakistans/Afghanistans begonnen, sich in einem Land regional zu organisieren. Und ein wesentlicher Grund dafür, dass Al-Nusra nicht aus Syrien herausgerissen wird, ist ihre Organisierung im Volk …

Es heißt, dass mit dem arabischen Frühling die Araber aus den Stammesgebieten an der afghanisch-pakistanischen Grenze wieder in ihre Länder zurückkehrten und dort ihre Aktivitäten fortsetzten. Die Organisation hat aus der Situation in den arabischen Ländern zweifellos ihren Nutzen gezogen. Vor einigen Monaten erklärte der Chef des britischen Geheimdienstes MI5, Andrew Parker, dass Hunderte englischer Muslime als »Terrortouristen« nach Syrien gegangen seien. Es ist nicht wahr, dass die westlichen Länder die Reisen nach Syrien nicht verhindern können. Wir müssen erkennen, dass die Reisen zum Dschihad in muslimische Länder zwar vom Westen vielleicht nicht organisiert, aber doch ernsthaft gefördert werden.

Al-Qaida erstarkt in Nordafrika

Das ist eigentlich keine neue Politik. Die Polarisierung zwischen Sunniten und Schiiten im Mittleren Osten nimmt langsam ein gefährliches Ausmaß an. Es handelt sich um einen offenen Krieg. Natürlich hat dies nicht mit Syrien begonnen, sondern mit der US-amerikanischen Besetzung Iraks. Washington zerstörte die soziale und politische Infrastruktur Iraks völlig und verbündete sich mit der al-Qaida und radikalen Islamisten. Der Irak wurde diesen dschihadistischen Gruppen regelrecht ausgeliefert.

Der Mittlere Osten und Nordafrika rudern geradezu auf einen Krieg zwischen Sunniten und Schiiten zu. Und das Land, das all dieses Chaos organisiert, ist das von den USA unterstützte Saudi-Arabien ...

Die Financial Times meldete kürzlich, der Chef des saudischen Geheimdienstes, Bender bin Sultan, leite die »rebellischen Zentren« in der Türkei und Jordanien an. Saudi-Arabien schürt auch heute die Religionskriege und fungiert in der Region buchstäblich als eine Organisation von Handlangern des Westens und der USA ...

In letzter Zeit wurden in Mûsil (Mossul) ernsthafte Angriffe der al-Qaida gegen Schiiten und Schabak deutlich. Während sich hier die Attacken auf Mûsil und Falludscha konzentrieren, ist zu beobachten, dass Organisationen wie Ansar al-Scharia und die Islamische Kampfgruppe Libyens eine Strategie für Nordafrika entwickeln. Wir können allemal davon ausgehen, dass radikale Islamisten Pläne schmieden, um Nordafrika in den nächsten paar Jahren in eine Hölle zu verwandeln.

Westen unterstützt Krieg der radikalen Islamisten gegen Kurden

Kommen wir zu den Kurden ...

Wenn radikale Gruppen wie al-Qaida die Quelle höchster Besorgnis für die Regierung in Washington darstellen und in Syrien die Partei der Demokratischen Union (PYD) solche Elemente bekämpft, wie ist dann die Politik des Westens gegen die Kurden zu erklären?

Wie können wir erklären, dass kein einziges Land, das al-Qaida zum Feind erklärt hat, ernsthafte Reaktionen zeigt, während diese im Norden Syriens gegen die im Bürgerkrieg nach Neutralität trachtenden Kurden kämpft?

Wir können nicht außer Acht lassen, dass dieser Konflikt der al-Qaida mit den Kurden mit der These einer »regionalen Strategie« erklärbar ist, es aber eine zentrale Planung gibt. Zudem ist erkennbar, dass Staaten wie die USA, Großbritannien und Frankreich die Kämpfe der al-Qaida gegen die Kurden in Syrien zulassen. Hunderte Kämpfer sind aus diesen Staaten nach Syrien gereist und haben gegen Kurden gekämpft ...

Mit dem Krieg in Syrien kommt eine andere Wahrheit ans Licht, dass nämlich die Unterstützung und Bewaffnung mit dem Einverständnis der USA, Großbritanniens und Frank-

reichs auf die Türkei, Katar und Saudi-Arabien übertragen worden ist. Diese Staaten sind ausgesprochene Handlanger.

Sykes-Picot ein Problem des Westens?

Patrick Cockburn, erfahrener Reporter der Zeitung Independent, ist der einzige ausländische Journalist in der syrischen Stadt Homs. Ich habe ihn gefragt: »Warum reagiert der Westen so kühl auf die Kurden in Syrien?«

Er antwortete: »Der Westen selbst hat mit dem Sykes-Picot-Abkommen die derzeitigen Grenzen des Mittleren Ostens festgelegt. Das Fortbestehen der Spaltung in dieser Region und das Beibehalten der Grenzen liegen in seinem Interesse. Aus diesem Grunde ist man beunruhigt über die Gefährdung des Status quo an den Grenzen durch die Kurden.«

Dabei wird unmissverständlich erklärt, dass sich die Grenzen Syriens mit dem Kampf der Kurden nicht ändern werden. Es gibt aber einige Ziele wie die Kontrolle über die Ölfelder im Norden Syriens und über die Grenzposten zur Türkei. Die Organisation Islamischer Staat im Irak und der Levante (ISIL) erhofft sich die Sicherung des Grenzübergangs zum Irak. Diese Gruppen sind eigentlich religiös geprägt und nicht nationalistisch, aber meist arabisch-sunnitisch ausgerichtet und können aggressiv gegenüber ethnischen und religiösen Minderheiten auftreten. Die Religionskämpfer, insbesondere die ISIL, tolerieren niemanden. Auch wenn von der Al-Nusra behauptet wird, sie sei toleranter, halte ich alle dschihadistischen Gruppen im Allgemeinen für gleich. Ihre Ideologie und Auffassungen unterscheiden sich nicht wirklich voneinander. Sie sind alle aggressiv ...

Al-Qaida-Hauptquartier liegt in der Türkei

Laut der libanesischen Tageszeitung As-Safir hat die Zahl der seit April 2011 allmählich nach Syrien kommenden ausländischen Dschihadisten heute die 50 000 erreicht: aus der Türkei 5 500, Ägypten 2 600, Jordanien 2 400, Jemen 1 600, Pakistan 1 900, Afghanistan 1 200, Kuwait 700, Algerien 1 600, Somalia 880, Russland 750, Marokko 550, Deutschland 668 und aus Frankreich 450. Und die Zahl der aus Saudi-Arabien und Tschetschenien zum Kämpfen nach Syrien Gekommenen geht in die Tausende. Allein diese Zahlen zeigen, dass es hier um eine andere Realität geht.

80 % der Dschihadisten nutzen die Türkei als logistisches Hauptquartier. Es lässt sich schwerlich behaupten, die türkische Regierung habe Probleme mit Baschar al-Assad und der Baath-Regierung. Ihr einziges Problem ist die Erlangung eines Status für die Kurden in Syrien.

Türkei verlagert den Krieg in die kurdische Region

Wir können angesichts dieser Zahlen eine weitere Realität aufzeigen. In Syrien werden »radikal-islamistische« Organisationen von der Türkei, Katar, Großbritannien, Saudi-Arabien, Frankreich und Deutschland unterstützt und formiert. Sogar die Demokratische Partei Kurdistans (PDK) unter Mesûd Barzanî ist dort organisiert … Und das belegt, dass wir uns im Mittleren Osten einer neuen Realität gegenübersehen. Sie ähnelt weder der Palästinafrage noch dem Problem im Irak, sondern ist vielschichtiger, globaler und chaotischer. Denn einer Meldung der New York Times zufolge weist der Direktor der nationalen US-Geheimdienste James Clapper darauf hin, dass die Lage in Syrien außer Kontrolle geraten könne: »Die Situation in Syrien kann sich derart entwickeln, dass sie nicht einmal die Regierung oder die Opposition noch kontrollieren kann.«

Die türkische Regierung erklärte 2011 Syrien zur »inneren Angelegenheit« und ist im dortigen Krieg zum wichtigsten Part geworden. Die AKP-Regierung verlangt von den westlichen Staaten, dass auch sie das Problem in Syrien als »innere Angelegenheit« betrachten.

Saudi-Arabien und die Türkei haben mit der Bewaffnung der Opposition allen voran den Annan-Plan und andere »friedliche« Initiativen sabotiert.

Die gegenwärtig lastwagenweise von der Türkei nach Syrien transportierten Waffen zerstören den Prozess der Verständigung. Es gibt aktuell nur einen Zweck, Waffen nach Syrien zu schicken, und das sind die Kurden. Der türkische Staat unterstützt die dortigen Organisationen, damit die Kurden keinen Status erlangen und der Krieg lange Zeit weitergeführt wird.

Auch wenn dieser Krieg primär von den USA, Frankreich, Saudi-Arabien, Katar und anderen abhängt, die gesamte Ruine Syriens wird auf die Türkei niederstürzen.

Falls der türkische Staat seine Verleugnungshaltung gegenüber den syrischen Kurden aufrechterhält, ihnen das Erreichen eines Status verhindert und weiterhin darauf besteht, den Krieg dorthin zu transportieren, dann werden sich die Kurden insgesamt gegen ihn stellen. Rojava ist ihre rote Linie. Wenn der türkische Staat nicht davon ablässt, den Krieg in Rojava zu verschärfen, lässt sich prognostizieren, dass die PKK den Waffenstillstand beenden könnte. ♦

Grundvoraussetzungen für eine Demokratisierung des Iran schaffen

Auch im Iran wollen die KurdInnen einen »Dritten Weg« gehen

Martin Dolzer, Journalist,
und Civaka Azad – Kurdisches Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit e. V.

Dieser Artikel ist eine kurze Skizze einiger Entwicklungen im Iran und in Rojhilat (Ostkurdistan), die einen Einblick in die Situation in dieser bisher wenig beschriebenen Region gibt.

Der neu gewählte iranische Präsident Hassan Rohani hat in seinem Wahlkampf – und auch danach – Reformen zur Anerkennung der Rechte religiöser und ethnischer Bevölkerungsgruppen im Iran und zur demokratischen Öffnung in Bezug auf freie Meinungsäußerung und politische Organisierung angekündigt. Mehr als ein halbes Jahr nach seinem Amtsantritt ist es wichtig, sich mit der Frage zu beschäftigen, ob diese Reformen ernsthaft umgesetzt werden sollen oder nur zum Schein angekündigt wurden, um die Regierungsmacht oberflächlich zu stabilisieren. Wird mit Rohani ein politischer, demokratischer Wandel im Iran möglich oder soll die bisherige Politik der Unterdrückung von »Minderheiten« nur mit schönen Worten ausgeschmückt werden?

Im gesamten Mittleren Osten finden zurzeit Veränderungen statt; ob wir nach Syrien, in die Türkei, den Irak oder in weitere Länder der Region sehen. Teile der Bevölkerung streben die Demokratisierung ihrer Gesellschaft an, andere Teile eine Islamisierung. Insbesondere Exiloppositionelle ohne Basis in der Bevölkerung streben oft nach Unterordnung in einer neuen kolonialen Abhängigkeit im Rahmen der Strategien der EU und der USA, bei eigener Macht- und Profitbeteiligung.

In Rojava, den kurdischen Kantonen Syriens, ist die Bevölkerung, die sich mehrheitlich in der Partei der Demokratischen Union (PYD) organisiert, auch gegen Angriffe des Regimes und von aus dem Ausland unterstützten Al-Quaida-Ablegern, einen »Dritten Weg« gegangen – einen Weg der demokratischen Selbstverwaltung unter Beteiligung sämtlicher Bevölkerungs- und Religionsgruppen. KurdInnen, ChristInnen, ArmenierInnen und AraberInnen sind an den mittlerweile aufgebauten autonomen Verwaltungen der Regionalregierungen beteiligt und arbeiten gemeinsam daran, eine lebenswerte und solidarische Gesellschaft aufzubauen. Die kurdischen Provinzen sind dementsprechend in Syrien momentan die einzig stabilen.

Der Dynamik der Veränderung der gesamten Region sowie den Auswirkungen der Eingriffe der westlichen (Neo-) Kolonialmächte kann sich auch der Iran nicht vollkommen entziehen. Allein die Aufstellung Rohanis zu den Präsidentschaftswahlen ist eine Reaktion auf diesen »Wandel«. Rohani ist fest in den iranischen Machteliten verwurzelt, hat jedoch die Fähigkeit auch international »feinfühlig« zu agieren. Jahrelang war er Vorsitzender der iranischen Delegation in den Verhandlungen um das iranische Nuklearprogramm. Als einen konsequenten Schritt hat die Regierung Rohani sich in Bezug auf Irans Nuklearprogramm nun auch auf den Westen zubewegt, um sich aus der Krise der »Isolation« zu lösen. Ob das die »westlichen Akteure« zufriedenstellt oder ob sie den Iran »zu gegebener Zeit« direkt oder indirekt aggressiver angreifen, wird sich zeigen.

Rohani gilt allgemein als gemäßigt. Diesem gemäßigten Ruf widerspricht jedoch, dass auch nach seiner Wahl eine erneute Hinrichtungswelle gegen politische und soziale Gefangene durchgeführt wurde. Dadurch sollte die Bevölkerung offenbar

erneut in Angst und Schrecken versetzt und gleichzeitig von selbstbestimmter politischer Organisierung abgeschreckt werden. Der Druck gegenüber der religiösen Gruppe der Yarsan, der viele KurdInnen angehören, hat unter Rohani sogar stärkere Ausmaße angenommen als je zuvor. In den letzten Monaten kam es deshalb aus Protest zu mehreren Selbstverbrennungen – zumeist von Frauen.

Grundvoraussetzungen für eine Demokratisierung des Iran wären u. a. die Beendigung dieser Unterdrückungs- und Vernichtungspolitik sowie die Ermöglichung politischer Arbeit und kommunaler Selbstverwaltung. Auch die demokratische Lösung der kurdischen Frage wäre ein wesentlicher Aspekt, um die Demokratisierung des Landes zu ermöglichen. In diesem Sinne setzt sich die Partei des Freien Lebens in Kurdistan (PJAK) für einen »Dritten Weg« für Ostkurdistan (Rojhilat) und sämtliche Bevölkerungsgruppen im Iran ein. Die Menschen sollen im Rahmen eines souveränen Iran im Rahmen kommunaler Selbstverwaltungsstrukturen, die in Räten organisiert sind, direkt an der Gestaltung des Lebens in den jeweiligen Regionen beteiligt werden. Das beträfe nicht nur die im Iran lebenden KurdInnen, sondern u. a. auch AserbaidschanerInnen, LurInnen, AraberInnen, ArmenierInnen, BelutschInnen, TurkmenInnen und ChristInnen.

Die PJAK und die iranische Regierung befinden sich seit 2011, als die iranische Armee gemeinsam mit der türkischen erfolglos und unter großen Verlusten versuchte in den Qandil einzudringen, um die PJAK und die PKK anzugreifen, in einem Waffenstillstand. Die PJAK ist seit diesem Zeitpunkt auch um einen Dialog mit der Regierung bemüht. Ein erfolgreicher Dialog könnte eine innere und außenpolitische Stabilisierung des Iran unter Berücksichtigung des kulturellen Reichtums herbeiführen. Angeknüpft würde dabei an eine lange Tradition. Vor der Übernahme der Macht durch die Safawiden beteiligten die Herrschenden im persischen Raum über Jahrhunderte die unterschiedlichen Bevölkerungs- und Religionsgruppen an der Gestaltung der Gesellschaft. So entstanden Wohlstand, Stabilität und eine kulturell reiche Gesellschaft.

Trotz des fragilen aber haltbaren Waffenstillstands hat die Repression gegen politisch tätige KurdInnen jedoch bis heute nicht nachgelassen. Noch immer sitzen siebzehn zum Tode verurteilte KurdInnen in Todeszellen, Tausende sind inhaftiert. Politische Gefangene werden regelmäßig, oft bis zu schweren irreversiblen Verletzungen, gefoltert.

Wichtig zu wissen ist, dass die politischen Zentren im Iran der religiöse Führer Chamenei und der religiöse Rat sind. Auch das Militär hat große ökonomische und faktische Macht. Momentan kommt es zu Auseinandersetzungen um die Vorherrschaft zwischen Militär und Religionsrat. Das Militär versucht zunehmend, die Macht an sich zu reißen, und stützt sich dabei auch auf mafiöse Verankerungen in Prostitution und Drogenhandel, um seine Machtsphäre zu erweitern und die Bevölkerung zu kontrollieren.

In dieser Machtkonstellation wird es nicht ein Präsident allein sein können, der grundlegende Veränderungen herbeiführt, sondern lediglich eine organisierte Bevölkerung, die ihren Anliegen mit politischem Handeln Ausdruck verleiht, wenn sie auf Offenheit zumindest bei relevanten Teilen der herrschenden Eliten trifft.

Die Forderungen und Politik der PJAK

2004 ist die PJAK mit der Forderung nach einem demokratischen System im Iran und einer demokratischen Selbstverwaltung entstanden. Seit ihrer Gründung ist sie die aktivste und einflussreichste Organisation in Rojhilat (kurd.: der Osten). Sie hat einen starken Rückhalt in der Bevölkerung und ist mittlerweile die stärkste oppositionelle Kraft innerhalb des gesamten Iran. Viele weitere Oppositionsparteien sind durch jahrelange Repression und Abwanderung der Mitglieder ins Exil aufgelöst, geschwächt oder kaum handlungsfähig. Das gilt auch für die zwei vormals größeren Parteien PDK-I (Demokratische Partei des Iranischen Kurdistan) und Komala (Revolutionäre Organisation der Werktätigen Kurdistan-Iran). Vor allem Frauen, Studierende und Jugendliche sind die dynamischen Kräfte innerhalb der PJAK. Der Partei ist es in den letzten Jahren gelungen, das politische Bewusstsein der Bevölkerung von Ostkurdistan erheblich weiterzuentwickeln.

Die PJAK fordert, dass sämtliche Bevölkerungs- und Religionsgruppen an Gesprächen und der Gestaltung der Zukunft des Landes beteiligt werden müssen. »Die Mentalität der einheitlichen Nation, in der sämtliche ›Minderheiten‹ assimiliert werden, wie sie seit Jahrzehnten vom Regime praktiziert wird, entspricht nicht dem Geist der Bevölkerung«, sagt dazu Fuad Beritan, Mitglied der PJAK. Die PJAK ist keine klassische, nationale Freiheitsbewegung. Ihre Forderungen zielen nicht auf die Errichtung eines kurdischen Nationalstaates oder lediglich die Anerkennung der kurdischen Identität ab. Sie verknüpft die Befreiung der kurdischen Bevölkerung mit gesellschaftlicher Befreiung. Dazu gehören die Frauenbefreiung und eine ökologische Ausrichtung. Um das umsetzen zu können, wendet die PJAK sich gegen jede Form des politischen Zentralismus. Sie ist der Ansicht, dass die Bevölkerung selbst am besten entscheiden kann, wie eine Gesellschaft sich im Sinne aller Menschen entwickeln kann.

Im Iran leben zwischen 8 und 14 Millionen KurdInnen. Die meisten von ihnen in den Provinzen Urmîya, Sine Samandadsch

und Kurdistan. Auch in Ilam, Kirmashan (Kermanschah), West-Aserbaidschan, Hamedan, Chuzestan und Lorestan leben KurdInnen. Da eine der 31 Provinzen des Iran Kurdistan heißt, sollte sie auch mit einem entsprechenden rechtlichen Rahmen ausgestattet sein. Das Gewähren politischer und kultureller Rechte sowie einer Selbstverwaltung für die KurdInnen dort könnte ein guter Schritt zur Stabilisierung des Iran sein.

Die Unterdrückung funktioniert im Iran neben der ungeheuren Repression gegen politisch aktive Menschen in gewisser Weise auch auf subtilerer Ebene. Muttersprachlicher Unterricht oder das Recht auf das Praktizieren der eigenen Kultur existieren trotz rechtlicher »Genehmigung« nicht. Sämtliche Kulturen der »Minderheiten« werden in der Bildung, den Medien und seitens der Herrschenden kleingeredet und als minderwertig denunziert. Ziel ist, dass die Kinder der KurdInnen und anderer Bevölkerungsgruppen sich für ihre Herkunft schämen und letztendlich ihre Kultur verleugnen. Die Unterdrückung der KurdInnen ist u. a. auch religiös bedingt, da die Mehrheit unter ihnen sunnitisch ist oder der Yasar-Religion angehört, während das Regime eine schiitische Ausrichtung hat. Durch eine systematische Diskriminierungspolitik im ökonomischen, kulturellen, sozialen und religiösen Bereich, herrscht in weiten Teilen der kurdischen Regionen Arbeitslosigkeit, Armut und erzwungene Migration. Gezielt werden auch Drogen und Prostitution eingesetzt, um die dynamische Widerstandskraft der kurdischen Jugendlichen und Frauen zu brechen.

Revar Awdanan aus dem Vorstand der PJAK sagt zur Geschichte der Partei: »Zuerst versuchte das Regime unsere legalen Aktivitäten mit Folter und Verfolgung zu brechen. Als letztendlich kein demokratischer Weg mehr offenstand, um nicht vernichtet zu werden, sind wir in die Berge gegangen und haben uns als Guerilla organisiert. Mit der Machtübernahme Ahmadinedschads hat sich die Situation dann weiter verschlechtert. Die anderen Oppositions- und Bevölkerungsgruppen waren schon vorher weitgehend ruhig gestellt. Das betraf u. a. BaludschInnen, AserbeidschanerInnen, TurkmenInnen, AraberInnen, ArmenierInnen und AssyrerInnen. Die PJAK praktiziert die Strategie der legitimen Selbstverteidigung. Nicht nur um sich selbst, sondern auch weitere Bevölkerungsgruppen im Iran, ihre Kulturen, die Menschenrechte und die Menschenwürde zu verteidigen. Wir arbeiten dafür, dass sich die iranische Gesellschaft und die Gesellschaften im Mittleren Osten demokratisieren.«

Die Beteiligung an Aktivitäten der PJAK wird auch heute noch mit Folter und Todesstrafe sanktioniert. Dafür reicht es schon an politischen Versammlungen teilzunehmen, Zeitungen zu verteilen oder nur ohne Grund beschuldigt zu werden. Geständnisse werden oft durch Folter erzwungen, rechtsstaatliche Gerichtsverfahren gibt es im Iran für politische Gefangene nicht.

Die PJAK hat eine Frauenbewegung und Frauenguerilla. Dadurch ist sie in der Lage, Frauen aus häuslicher und staatlicher Unterdrückung zu lösen. Die PJAK hat zudem eine eigene Frauenakademie aufgebaut. Mit ihrem so entwickelten Selbstbewusstsein geben sie der gesamten Partei wichtige Impulse. Das gilt für die Selbstverteidigung wie auch für die Entwicklung der Ideologie. »Wir folgen den Ideen für eine Demokratische Autonomie Abdullah Öcalans. Ohne die Befreiung der Frau ist keine Befreiung der Gesellschaft möglich«, bekräftigt Awdanan. »Auf Grundlage einer solchen Perspektive treten in letzter Zeit immer mehr Menschen der PJAK bei oder unterstützen unsere Arbeit. Viele Menschen arbeiten auch ohne Kader zu sein intensiv für die Freiheit. Wenn die Regierung die Rechte aller Bevölkerungsgruppen respektiert, kann das Land in eine stabile Demokratie transformiert werden. Tut sie das nicht, wird sich die Bevölkerung über kurz oder lang erheben. Ein großes Risiko ist eine Intervention von außen. Das ist für uns eine inakzeptable Lösung, die das ganze Land ins Chaos stürzen würde. Die Bevölkerung muss die Demokratie selbst entwickeln.«

Wenn die Regierung die Rechte aller Bevölkerungsgruppen respektiert, kann das Land in eine stabile Demokratie transformiert werden. Tut sie das nicht, wird sich die Bevölkerung über kurz oder lang erheben. Ein grosses Risiko ist eine Intervention von aussen. Das ist für uns eine inakzeptable Lösung, die das ganze Land ins Chaos stürzen würde. Die Bevölkerung muss die Demokratie selbst entwickeln.

Die PJAK sieht dementsprechend nicht den militärischen Kampf als Lösungsmittel für die kurdische Problematik oder für die Demokratisierung des Irans, sondern die politische Auseinandersetzung einer aufgeklärten Bevölkerung, die sich selbst mobilisieren muss.

Fazit

Es ist sehr wichtig, dass die Regierung Rohani sich von der Politik Ahmadinedschads löst und u. a. sämtliche politischen

Gefangenen freilässt. Es darf nicht nur dabei bleiben, dass Rohani die Demokratisierung im Wahlkampf angekündigt hat. Das Recht auf Versammlung, die freie Meinungsäußerung und die Vereinigungsfreiheit sind zentrale Momente einer Demokratie und müssen gewährt, Folter und Todesstrafe müssen abgeschafft werden.

Der von der PJAK beabsichtigte »Dritte Weg« der kommunalen Selbstbestimmung und des Dialogs sämtlicher Bevölkerungsgruppen wäre ein guter Schritt für eine nachhaltige demokratische Entwicklung. Insbesondere in Bezug auf den immensen internationalen Druck auf die iranische Regierung wäre ein von ihr selbst mitgetragener Weg der Demokratisierung sicherlich förderlicher für das Gleichgewicht des Landes als eine weitere destruktive neokolonialistische Intervention von außen wie in Afghanistan, Irak, Libyen oder Syrien. Nur durch demokratische Beteiligung kann der Kreis von Gewalt und Gegengewalt beendet werden.

Eine solche Veränderung werden die iranischen Machteliten aber kaum zulassen, wenn sie nicht die zwingende Notwendigkeit dafür sehen. Die internationalen Akteure, wie z. B. die EU und die USA, haben kein großes Interesse an einer selbstbestimmten Demokratisierung der Region und der KurdInnen.

Der Kovorsitzende der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans (KCK) Cemil Bayık bewertet die Situation in einem Interview mit der Nachrichtenagentur Firatnews (ANF) Ende Dezember 2013: »Der Waffenstillstand zwischen dem Iran und PJAK ist wichtig. Wir wollten und wollen weiterhin, dass dieser eingehalten wird. Die Fragen über die Zukunft des Iran sollten im Dialog und in Verhandlungen mit den KurdInnen gelöst werden. Das haben wir sowohl dem Iran als auch der PJAK nahegelegt. Letztendlich wird es notwendig sein, dass eine politische Lösung gefunden wird. Im Mittleren Osten kann mittlerweile keine Lösung der kurdischen Frage gefunden werden, ohne dass die KurdInnen und ihr Recht auf ein freies Leben akzeptiert werden. [...] Allerdings hat der Iran immer noch keine klare Haltung zur Lösung der kurdischen Frage entwickelt und verhält sich in einer Phase der dynamischen Entwicklung der gesamten Region Mittlerer Osten dazu passiv. [...]

Das sind politische Hinrichtungen, die momentan im Iran stattfinden. Es ist offensichtlich, dass der Iran auch durch diese Hinrichtungspolitik die KurdInnen nicht von ihrem Willen nach einem freien und demokratischen Leben abbringen kann. [...] Vielleicht war der Versuch der iranischen Regierung, ein außenpolitisches Gleichgewicht zu erzeugen, zugleich jedoch die Bevölkerung im Land weiterhin zu unterdrücken, bis dato in gewisser Hinsicht erfolgreich. Wir sind aber davon überzeugt, dass es ein Trugschluss ist zu glauben, dass der Iran mit einer solchen Politik weiter an Einfluss gewinnen kann. Ganz im Gegenteil, nur durch eine innenpolitische Stabilisierung kann der Iran sich gegen außenpolitische Gefahren besser absichern. Und diese innenpolitische Stabilisierung funktioniert nicht durch die Aufrechterhaltung der Unterdrückungspolitik, sondern durch die Stärkung der Geschwisterlichkeit der Völker und der Demokratie. So bewerten wir die Situation. [...] Deswegen muss die kurdische Frage im Iran auch durch Diskussionen, Gespräche und Verhandlung innerhalb der Grenzen des Irans gelöst werden.«

Der von der PJAK beabsichtigte »Dritte Weg« der kommunalen Selbstbestimmung und des Dialogs sämtlicher Bevölkerungsgruppen wäre ein guter Schritt für eine nachhaltige demokratische Entwicklung. Insbesondere in Bezug auf den immensen internationalen Druck auf die iranische Regierung wäre ein von ihr selbst mitgetragener Weg der Demokratisierung sicherlich förderlicher für das Gleichgewicht des Landes als eine weitere destruktive neo-kolonialistische Intervention von aussen wie in Afghanistan, Irak, Libyen oder Syrien. Nur durch demokratische Beteiligung kann der Kreis von Gewalt und Gegengewalt beendet werden.

Der Vorsitzende der PJAK Haci Ahmedi sagte in einem Interview im Januar 2014: »Die Bevölkerungsgruppen im Iran wünschen sich einen säkularen und demokratischen Staat. Sämtliche nichtpersische Bevölkerungsgruppen wünschen sich die gleichen Rechte, wie die Perser sie genießen. Nicht mehr und nicht weniger. Sie streben das in Hinsicht auf politische, soziale, kulturelle, wirtschaftliche und religiöse Rechte an. Der Name dafür spielt dabei keine Rolle – sei es Selbstbestimmung, Autonomie, Föderalismus, Konföderalismus usw. – wie auch immer. Wir streben einen föderalen Staat mit offenen Grenzen im Iran an, da wir uns bewusst sind, dass es keine klaren territorialen Grenzen zwischen den Religions- und Bevölkerungsgruppen gibt. Insbesondere um potentielle zukünftige Bürgerkriege zwischen den unterschiedlichen Gruppen zu verhindern, sehen wir dieses Modell als die beste Entwicklungsmöglichkeit.« ♦

Was passiert eigentlich gerade im Irak?

Taktische Spiele zwischen Religionskrieg und Unabhängigkeit

Nihat Kaya, Journalist, aus Hewlêr (Arbil)

In der irakischen Provinz al-Anbar haben sich die kriegerischen Zusammenstöße zwischen der regulären irakischen Armee und dem Al-Qaida-Ableger »Islamischer Staat im Irak und der Levante« (ISIL), von den Medien oft auch »Islamischer Staat im Irak und in Syrien« (ISIS) genannt, verstärkt, sodass der Irak ein weiteres Mal in den Fokus der Weltöffentlichkeit geraten ist. Zwar wirkt der Konflikt auf den ersten Blick wie ein Krieg zwischen zwei Parteien, die Realität sieht jedoch deutlich komplizierter aus. Es gilt in diesem Konflikt, den soziologischen Hintergrund, die Gesellschaftsbasis und die internationalen Unterstützer der jeweiligen Kriegsparteien genauer zu betrachten. Hierbei werden wir unmittelbar feststellen, dass der Konflikt weitaus mehr ist als eine Frage des Terrors oder ein Aufstand.

Fakt ist, dass er seit der US-amerikanischen Intervention im Irak akut ist und bis dato nie aufgehört hat. Die Angriffe und Zusammenstöße haben sogar so stark zugenommen, dass in einigen Monaten im Schnitt tausend Tote zu beklagen waren. Diese extrem hohen Zahlen sind im Schatten des syrischen Bürgerkriegs untergegangen, durch die Vorfälle in al-Anbar jedoch erneut in das Blickfeld der Weltöffentlichkeit geraten.

Der Krieg in der Region al-Anbar wurde am 28. Dezember 2013 durch eine Operation der irakischen Armee gegen den sunnitischen Parlamentarier Ahmed al-Alwani ausgelöst. Hierbei starben bei einem Gefecht um sein Haus ein Bruder al-Alwanis und fünf seiner Leibwächter. Er wird der Unterstützung des Terrors bezichtigt und für einen Unterstützer und Finanzier von al-Qaida im Irak gehalten. Die irakische Regierung erklärte, dass bei der Verhaftung al-Alwanis unzählige Dokumente hätten sichergestellt werden können, auf denen auch die Namen diverser Parlamentarier verzeichnet seien, die al-Qaida unterstützen. Im Anschluss an die Verhaftung kam es in al-Anbar erneut zu regierungskritischen Protesten, die in einer bewaffneten Auseinandersetzung mündeten und Dutzende Menschen das Leben kosteten. Daraufhin erklärten 44 sunnitische Abgeordnete ihren Rücktritt und machten die Regierung dafür verantwortlich.

Als die bewaffneten Zusammenstöße zwischen Protestlern und der irakischen Armee zunahmen, schalteten sich die Clan-Chefs ein und übermittelten die Forderung der Protestler, die Armee aus ihren Städten zurückzuziehen, an die Zentralregierung in Bagdad. Die irakische Regierung hat diese Forderung, die auch von den Clans getragen wurde, unter der Bedingung akzeptiert, dass die Polizei und Kräfte der Clans gemeinsam für Sicherheit und Ordnung zu sorgen haben. Polizei und Clans waren nicht in der Lage dazu gewesen, sodass die Städte in die Hände der Protestler geraten sind.

Hierbei ist nicht außer Acht zu lassen, dass die Clans trotz ihres Versprechens, gemeinsam für Sicherheit zu sorgen, offenkundig den Protestlern nahestanden. Schlussendlich hat die irakische Regierung unter dem Vorwand, dass die Kontrolle in al-Anbar in die Hände von ISIL geraten sei, eine militärische Operation gestartet.

Wenn wir uns die demographische Zusammensetzung der Unruheregionen anschauen, werden wir feststellen, dass die Vorfälle mehr als nur ein Terrorproblem sind. Zentren der Unruhen sind entweder rein arabisch-sunnitische, sunnitisch-schiitisch-arabische oder mit den Kurden gemeinsam bewohnte Gebiete. In allen Gegenden stehen die arabisch-sunnitischen Kräfte im Fokus der Unruhen. Auffällig ist auch, dass

solche Unruhen oder Selbstmordattentate in Städten wie Basra oder Hewlêr (Arbil) so gut wie nicht vorkommen, da es sich bei diesen entweder um arabisch-schiitisch oder um kurdisch bewohnte Gebiete handelt. Die Angriffe sind größtenteils aus dem Ausland organisierte und unterstützte Aktionen, die wiederum ein extremer Ausdruck der Unzufriedenheit der sunnitisch-arabischen Gesellschaftsgruppe sind.

Unzufriedenheit im Zusammenhang mit dem Regimewechsel

Der eigentliche Grund für die Eskalation der Lage im Irak ist die Tatsache, dass nach einer über 90-jährigen Phase die Staatsmacht durch die Wahlen von 2005 an die schiitische Bevölkerungsmehrheit übergegangen ist. Zwar sind die Sunniten mit knapp 21 % der Bevölkerung in der Minderheit, sie haben jedoch seit den 1920er Jahren ununterbrochen die Geschicke des Landes geleitet. Daneben waren sie auch im letzten Jahrtausend im Irak der bestimmende Faktor, sodass die schiitische Bevölkerungsgruppe ihnen in Opposition gegenüberstand. Das führte dazu, dass unzählige Religionskriege auf irakischem Boden ausgefochten wurden. Diese Tatsache hat bei der sunnitischen Bevölkerungsgruppe zu der Ansicht geführt, dass der Irak stets unter ihrer Herrschaft bleiben müsse. Diese konfessionell begründete Überzeugung wurde über Generationen weitergegeben.

Für die Schiiten lässt sich die Situation analog beschreiben. Denn sie sind in ihren eigenen Siedlungsgebieten stets von einer sunnitischen Minderheit unterdrückt und über ihre Köpfe hinweg regiert worden. In ihrer Geschichte fielen sie mehrfach Massakern zum Opfer, da sie sich gegen die jeweiligen sunnitischen Regimes aufgelehnt hatten. Hierbei haben sich vor allem die Enthauptung des Heiligen Hussein und das anschließende Massaker an seinem Gefolge, durch die Armee des Kalifen Yazid in der Schlacht um Kerbela, tief ins schiitische Gedächtnis eingeprägt. Der Rachegedanke hat sich bei den Schiiten in der über tausend Jahre währenden sunnitischen Herrschaft verstärkt, da unzählige ihrer Aufstände in diesem Zeitraum stets äußerst blutig niedergeschlagen wurden. Das letzte Massaker wurde 1982 durch Saddam Hussein in Dudschail verübt. Dabei wurden nach einem missglückten Attentat 148 Bewohner des Ortes verschleppt und ermordet. Das Misstrauen und die Feindschaft zwischen den Konfessionen haben den Rachewunsch der Schiiten genährt.

Die ISIL-Basis in al-Anbar

Die dargelegte Lage ermöglicht es der ISIL, sich in der Region al-Anbar aufgrund ihrer religiösen und konfessionellen Beschaffenheit zu organisieren und zu etablieren. Das ist in soziologischer Hinsicht auch der Hauptgrund, weshalb die ISIL heute in den sunnitischen Gebieten um al-Anbar, Mûsil (Mosul), Salah ad-Din, Diyala und Bagdad so stark organisiert ist.

Allerdings hat ihre Konzentration auf al-Anbar und einige wenige Regionen auch geografische Gründe. Es ist das größte Gouvernement des Iraks und besteht fast ausschließlich aus Wüste, die von der irakischen Armee kaum unter Kontrolle gebracht werden kann. Die ISIL nutzt daher diese Wüstenregion mit Unterstützung der ansässigen Clans als Basis. Dann kam noch der Syrienkrieg dazu, welcher der ISIL aufgrund der gemeinsamen Grenze zu Syrien einen größeren Aktionsradius und mehr logistische Möglichkeiten eröffnet hat.

Die sunnitische Intervention im Irak

Es ist unmöglich, die Unruhen im Irak trotz der gesellschaftlichen Gründe auf innere Ursachen zurückzuführen, denn es ist unumstritten, dass es hierbei eine erhebliche Intervention von außen gibt. Vor allem seitdem der Westen im Zuge des sogenannten arabischen Frühlings den Versuch unternimmt, den Status quo mithilfe Saudi-Arabiens, Katars und der Türkei in seinem Sinne zu verändern. Auf der anderen Seite hat der Iran die schiitische Seite in einem Block organisiert und sich direkt in den Konflikt, der nun mehr einen konfessionellen Charakter gewonnen hat, eingeschaltet. Im Kern geht es dabei jedoch nur um die Ressourcen in der Region.

Dieser jetzt im gesamten Nahen Osten ausgetragene Konflikt hat sich nun mehr im Irak konzentriert. Die internationale Intervention in den Konflikt im Irak wurde vor allem sichtbar, als der saudische Verteidigungsminister Salman bin Abdulaziz Al Saud über seinen Stellvertreter verlautbaren ließ, dass Saudi-Arabien nur dann von einer militärischen Intervention in al-Anbar absähe, wenn die zarathustrisch-safawidischen Invasoren sich zurückzögen. Es ist mittlerweile aufgrund ihrer Offensichtlichkeit unmöglich geworden, die Beziehungen zwischen Saudi-Arabien, den aufständischen Clans und dem Al-Qaida Ableger ISIL zu verbergen.

Eine ähnliche Situation herrscht auch in Syrien, wo die Türkei die ISIL indirekt unterstützt und mit Waffen beliefert hat. Da nun die ISIL das Gebiet von al-Anbar bis an die Grenze zur Türkei und damit die Grenzübergänge bei Azzaz/Kilis und Tell Abyad/Akçakale unter ihre Kontrolle gebracht hat, ist die direkte Unterstützung offensichtlich geworden. Die Beziehung zwischen der Türkei und der ISIL hat eine derart umfangreiche Form angenommen, dass sich Dschihadisten aus aller Welt über die Türkei der ISIL anschließen. Außerdem konnten wir erst in den letzten Wochen beobachten, wie LKWs mit Waf-

fenladungen für die ISIL im Zuge des Machtkampfs zwischen AKP und Gülen-Sekte medienwirksam enttarnt wurden. Vor einigen Wochen wurden auch beim Angriff auf das Hauptquartier des Geheimdienstes in Kerkûk (Kirkuk) einige ISIL-Kämpfer getötet, die zuvor über die Türkei nach Syrien gekommen waren. Sie waren dort ausgebildet worden und dann für den Angriff in den Irak eingesickert.

Die türkische Unterstützung für die sunnitische Front im Irak hat es immer gegeben. Die Türkei hat sunnitische Antiregierungsanführer stets in Istanbul beherbergt und ihnen eine Plattform geboten. Auch im Falle des irakischen stellvertretenden Ministerpräsidenten Tariq al-Hashimi, als dieser wegen terroristischer Aktivitäten im Irak angeklagt und in die Türkei geflohen war.

Ist es Zufall, dass bei jeder Ölkrise Kämpfe in al-Anbar eskalieren oder erst ausbrechen?

Es fällt auf, dass bei jeder Ölkrise zwischen Hewlêr (Arbil) und Bagdad die Auseinandersetzungen in al-Anbar stark zunehmen, hinter denen sich unschwer auf der einen Seite die Türkei und auf der anderen Bagdad vermuten lassen. Denn es ist die Türkei, die Hewlêr entgegen jeder Mahnung und Drohung aus Bagdad zum Export des eigenen Öls anhält. Da sich die irakische Regierung dieser Tatsache mehr als nur bewusst ist, hat sie die Türkei bereits mehrmals gewarnt, sich in die inneren Angelegenheiten des Iraks einzumischen. Doch trotz des Widerstands aus Bagdad ist die Kooperation zwischen der Türkei und der Kurdischen Regionalregierung unter Barzanî und damit der Bau einer Pipeline nun unterschriftsreif. Genau gegen eben diese Kooperation hat sich Bagdad aufgelehnt und prompt sind die Unruhen in al-Anbar losgegangen und die ISIL hat ihre Angriffe im Irak stark ausgeweitet und intensiviert. Als Folge dessen hat sich Bagdad auf al-Anbar konzentriert, sodass die Ölkrise mit der Regionalregierung in Kurdistan in den Hintergrund gerückt ist.

Das Auffällige an diesen aufeinanderfolgenden Krisen ist der Aspekt, dass eben genau so eine bereits im Jahre 2012 ausgebrochen war, als die Regionalregierung von Kurdistan (KRG) damit begonnen hatte, ihr Öl in Tanklastern an die Türkei zu verkaufen, und Verträge mit ausländischen Ölunternehmen zur Erschließung der Ressourcen geschlossen hatte. Auch damals war die irakische Zentralregierung gegen die Abschlüsse und Exporte der Regionalregierung in Kurdistan. Als die Krise sich zugespitzt hatte, brachen plötzlich unter dem Vorwand, dass die Personenschützer des Wirtschaftsministers verhaftet worden seien, in al-Anbar Unruhen aus und die ISIL ging zu massiven Angriffen über. So gelang es bereits 2012, die Aufmerksamkeit Bagdads in al-Anbar zu binden, sodass die Krise mit der KRG in den Hintergrund geriet.

Es ist angebracht zu hinterfragen, ob es nur Zufall sein kann, dass die Unruhen in al-Anbar und die Ölkrisen parallel auftreten. Vor allem, wenn dabei noch berücksichtigt wird, dass die ISIL zu diesem Zeitpunkt äußerst aktiv wird und die sunnitischen Clan-Chefs in Istanbul versammelt werden.

Der schiitische Block im Irak befindet sich im Widerstand

Analog zur Intervention des sunnitischen Blocks in Nahost wirkt auch eine Intervention des Irans. Daher hat der saudische Verteidigungsminister zum Rückzug der zarathustrisch-safawidischen Invasoren aufgerufen. Damit sind die sogenannten iranischen Gotteskrieger gemeint. Der Iran hat eine ähnliche Verteidigungsphilosophie wie die USA, sodass er bemüht ist, bereits außerhalb der eigenen Grenzen Gefahren abzuwehren. Daher betrachtet er die Alawiten in Syrien, die Hisbollah im Libanon und die Schiiten im Irak als strategische Partner und unterstützt sie mit allen Mitteln, die ihm zur Verfügung stehen. Denn ihm ist bewusst, dass sich die Gefahr bei ihrem Fall den eigenen Grenzen nähern wird.

Der Aufruhr in al-Anbar begann vor allem nach der Verhaftung der Personenschützer des Wirtschaftsministers und seiner Flucht nach al-Anbar. Im Zuge der initiierten konfessionellen Unruhen erklärte eine schiitische Untergrundorganisation namens Al-Mukhtar ihre Gründung und verpflichtete sich zur Unterstützung der irakischen Regierung. Daraufhin begann die ISIL mit Attacken auf schiitische Ziele und die Al-Mukhtar auf sunnitische. Es ist kein Geheimnis, dass hinter einigen der Angriffe der Iran selbst steckt.

Ist im Irak eine föderale sunnitische Region denkbar?

In dem sunnitisch-schiitischen Konflikt beschuldigt die sunnitische Seite den Premier Nuri al-Maliki, sich um die Entwaffnung der schiitischen Milizen zu drücken und die staatlichen Institutionen der schiitischen Gemeinschaft einzuverleiben. Sie haben jedoch selbst keine Alternative zu bieten und wollen auch auf keinen Fall eine autonome oder unabhängige sunnitische Region, denn die hätte keine Säulen, auf die sie sich stützen könnte.

Der wichtigste Punkt ist, dass die sunnitisch bewohnten Gebiete mangels Ressourcen wirtschaftlich nicht überlebensfähig wären. Auch der Status der sunnitischen Region um Mûsil ist

aufgrund des Paragrafen 140 der irakischen Verfassung *[der ein Referendum über die administrative Zugehörigkeit der Provinz vorsieht]* weiterhin ungeklärt und die von Sunniten bewohnten Gebiete bestehen fast ausschließlich aus Wüste. Sie sind weder für Landwirtschaft noch für Viehzucht geeignet und verfügen auch sonst über keine Ressourcen. Daher stehen die Sunniten einer Teilung des Iraks am skeptischsten gegenüber. Ein weiterer Grund dafür ist die Ansicht, ihnen sei die rechtmäßige Herrschaft über den Irak entzogen worden und sie hätten sie sich erneut einzuverleiben.

Auch wenn sie bemüht waren, keine Autonomie zu fordern, so häufen sich doch auch in ihrer Gemeinschaft die Stimmen, die eine föderative Struktur befürworten. Denn auch in der irakischen Verfassung heißt es gleich in § 1, der Irak sei eine republikanische, parlamentarische, demokratische und föderative Republik. Zu föderativen Strukturen wird in § 116 Folgendes ausgeführt:

»Es ist möglich, eine föderative Region durch Volksabstimmung zu gründen, wenn sie wie angeführt beantragt wird:

- wenn mindestens ein Drittel der Provinzabgeordneten den Antrag auf Bildung einer föderativen Provinz einreicht.
- wenn sich mindestens 10 % der Stimmberechtigten in der betreffenden Provinz für die Bildung einer föderativen Provinz aussprechen.«

Manche Interpretation besagt, dass sich zur Gründung einer föderativen Provinz oder autonomen Region mindestens drei Provinzen zusammenschließen und den Antrag gemeinsam einreichen müssten. Das würde für die sunnitische Bevölkerungsgruppe bedeuten, dass sie imstande wäre, eine solche Region zu gründen, da sie in den Regionen um Mûsil, al-Anbar und Salah ad-Din die klare Mehrheit bildet. Angesichts der ölreichen Regionen ist nachvollziehbar, dass die sunnitischen Kräfte diese Forderung nicht an die Spitze der Agenda setzen. Auch die schiitischen Kräfte, welche die Bildung der Autonomen Region Kurdistan noch nicht verarbeitet haben, sind gegen die Bildung föderativer/autonomer Regionen im Irak.

Wo stehen eigentlich die Kurden in diesem Konflikt?

Die knapp 20 % Kurden im Irak stehen in diesem sunnitisch-schiitischen Konflikt an ganz anderer Stelle. Auch wenn sie aufgrund des § 140 und der damit verbundenen Unklarheit über den Status der betreffenden Regionen zeitweise mal mit Bagdad und mal mit der ISIL aneinandergeraten, so sind sie doch sehr bemüht, sich da herauszuhalten. Der Hauptgrund liegt darin, dass sie im Norden einer Unabhängigkeit viel näher stehen als einer föderativen Struktur. Denn in keinem Staat auf dieser Welt verfügt eine föderale Region über eine eigene Armee und allein über ihre Ressourcen. Die Kurden schließen entgegen der Position Bagdads Verträge mit internationalen Ölunternehmen und verkaufen auch das eigene Öl unabhängig von Bagdad an das Ausland. Daneben unterhalten sie eine eigene Armee, deren Angehörige sich zwar wie die Widerstandskämpfer »Peschmerga« nennen, die aber in Zahl und Ausrüstung einer regulären Armee ebenbürtig ist. Es ist auch kein Geheimnis, dass die KRG bemüht ist, den Peschmergas einen legalen Anstrich zu verpassen, indem sie sie als Schutzpolizei darstellt. Es ist jedoch allen klar, dass es sich bei Polizei und Peschmerga um zwei grundverschiedene bewaffnete Kräfte handelt. Die sogenannten Peschmerga sind wie eine reguläre Armee aufgebaut und organisiert, sodass die KRG einer Unabhängigkeit viel näher steht, als eine autonome/föderative Region im Irak dazustellen.

Daher ist auch nachvollziehbar, wenn die Kurden die Unruhen in al-Anbar von der Warte eines unabhängigen Staates aus wahrnehmen und sie auch so bewerten. Darum ist die KRG bemüht, aus dem sunnitisch-schiitischen Widerspruch Kapital zu schlagen, sodass sie dazu übergegangen ist, ihre wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zur Türkei erheblich zu intensivieren und somit Bagdad den Rücken zu kehren. Deshalb hat sie auch, um den Druck aus Bagdad etwas abfedern zu können, damit begonnen, al-Qaida in begrenztem Maße indirekt zu unterstützen. Diese Haltung wurde auch offensichtlich, als sie den mit Haftbefehl gesuchten al-Hashimi aufgenommen und seine Flucht in die Türkei ermöglicht hatten. Desgleichen wurde im syrischen Bürgerkrieg der Al-Qaida-Ableger ISIL unterstützt, indem die Grenze zwischen Rojava (Syrisch-/West-Kurdistan) und der Autonomen Region Kurdistan im Irak dichtgemacht wurde. Damit sollte die logistische Unterstützung der Volksverteidigungskräfte (YPG) unmöglich gemacht und diese im Kampf gegen die ISIL in Nordsyrien geschwächt werden. Der Kurdischen Regionalregierung passte es ganz gut, als sich auch die Auseinandersetzungen zwischen ISIL und Bagdad zuspitzten und somit die Aufmerksamkeit Bagdads auf die Unruheregion gelenkt wurde. So konnte die KRG mit ihrem Ölverkauf ungehindert fortfahren.

Wenn jedoch der § 140 zur Sprache kommt und sunnitische Ansprüche auf die Region um Mûsil und Kerkûk angemeldet werden, ist die KRG um Distanz zu den sunnitischen und ISIL-Kräften bemüht. Daher hofft sie, von den sich ausweitenden schiitisch-sunnitischen Kämpfen profitieren zu können.

Die Vorfälle im Irak gleichen Tag für Tag immer mehr einem gordischen Knoten, der in einem äußerst gewalttätigen konfessionellen Krieg mündet. Doch weiß man noch immer nicht, wie die Lösung dieses Problems aussehen kann … ♦

Kritische Betrachtung der Umweltpolitik der AKP-Regierung

Verwertung und Ausbeutung pur

Ercan Ayboğa

Nicht erst seit der geplanten Zerstörung des Gezi-Parks in Istanbul und den anschließenden weitverbreiteten Protesten ist die Umweltpolitik der türkischen Regierung ins Visier der Kritik geraten. Seit mehreren Jahren wachsen fast überall im Staat »Republik Türkei«-Proteste und Widerstand gegen immer neue Investitions- und Infrastrukturprojekte, da sie für die betroffenen Menschen in der Regel Zerstörung, Vertreibung und Ausbeutung bringen. Sie sind nur im Interesse eines kleinen Teils der Gesellschaft: der Zentralregierung und des nationalen und internationalen Kapitals.

Zwar wurden auch vor der jetzigen AKP-Regierung zerstörerische Energie-, Bergbau-, Verkehrs-, Landwirtschafts- und andere Infrastrukturprojekte beschlossen und umgesetzt, doch die Erdoğan-Partei hat alle bisherigen Regierungen übertroffen. Mit der Machtübernahme der AKP Ende 2002 nahm jährlich sowohl die Zahl als auch das Volumen der angekündigten und durchgeführten Projekte zu. Parallel dazu hat diese Regierung eine Reihe von Gesetzen im Umweltbereich beschlossen oder vorhandene überarbeitet. Auch wenn einige ansatzweise fortschrittlich erscheinen mögen, hatten und haben alle diese Gesetze die Intention, den Weg für die vielen Investitions- und Infrastrukturprojekte freizumachen.

Grundlagen zur Umweltpolitik

Hier einige Grundlagen, Zahlen und Entwicklungen darüber, wie sich die Politik dieser Regierung auf die Umwelt und die Menschen auswirkt.

Bei näherer Betrachtung der türkischen Regierung verwundert zunächst, dass es seit 2011 zwei Ministerien gibt, die für die Umweltpolitik zuständig sind. Auf der einen Seite ist es das Forst- und Wasserministerium, dessen Vorgänger bis 2011 das Umwelt- und Forstministerium war; und auf der anderen Seite ist es das Umwelt- und Städtebauministerium, das zuvor Bau- und Siedlungsministerium hieß. Während bis zu den Parlamentswahlen 2011 die Unterscheidung der Zuständigkeiten der Ministerien einfacher war, verkompliziert sich die Situation mit der neuen Regierungsbildung. Was hat der allgemeine Umweltbereich nun beim Städtebau zu suchen? Und warum sind der Wald und die Gewässer vom Umweltbereich getrennt? Diese Trennung ist einmalig in der Welt. Das hat mehrere Gründe, einer davon ist die Tatsache, dass die Ministerien auf die Minister bzw. die einflussreichen Männer in der Regierung zugeschnitten werden. Im Zentrum steht Veysel Eroğlu, der jetzige Minister des Forst- und Wasserministeriums, der bis 2011 verantwortlich für das Umwelt- und Forstministerium war. Bis 2007 war er der Chef des Staatlichen Wasseramtes (DSI), das die vielen Tausend Staudamm- und Wasserkraftwerksprojekte um jeden Preis forciert, die zur größten Ursache der ökologischen Zerstörung in der Republik Türkei gehören.

Der heutige türkische Staat hat all die üblichen Umweltgesetze, die auch in den meisten Industriestaaten anzutreffen sind. Ein Merkmal dieser AKP-Regierung ist es, dass sehr viel über die Nachhaltigkeit und ihre Ziele geschrieben und dies vielen Gesetzen und Erklärungen vorangestellt wird. Dieser Begriff wird von der AKP in allen Bereichen der Politik strategisch verwendet. Vorzufinden sind Nationalparks, Gebiete mit hoher biologischer Bedeutung (z. B. Biosphärenreservat) und viele Aktionspläne zum angeblichen Schutz der Biodiversität. Es gibt seit 1997 ein Gesetz zur Umweltverträglichkeitsprüfung von größeren Investitionsvorhaben. Gesetze zur Messung der Luft- und Bodenqualität sind schon vor langer Zeit verabschiedet worden. In den Schulen werden die Umweltprobleme seit Jahren im Unterricht behandelt. Vor drei Jahren wurde das Umweltkapitel in den Beitrittsverhandlungen zwischen der Türkei und der EU eröffnet. Die Darstellung in Internetforen

und auf internationalen Versammlungen wird sehr gepflegt. Die Türkei brüstet sich damit, dass der Anteil der erneuerbaren Energie bei über 20 % liegt. Anscheinend handelt es sich im Falle der Republik Türkei im Umweltbereich um einen »modernen Staat«. Doch der Schein trügt!

Der Staat Türkei ist ein Land mit vielen Gebirgszügen, Hochplateaus, Wäldern, Gewässern und verschiedenen Klimazonen, womit es aus ökologischer Sicht als sehr vielfältig bezeichnet werden kann. Die Natur ist äußerst divers und nicht selten atemberaubend. Mit einer jahrtausendealten Kultur ist diese Geographie tatsächlich etwas Besonderes.

Jahrzehntelang bis zu den 90er Jahren konnte der autoritäre Staat aufgrund schwacher Finanzen, politischer Krisen und fehlender Technologien die Natur und ihre Stoffe für einen wirtschaftlichen »Aufschwung« nur begrenzt verwerten. Aus diesem Grund wurden weite Teile der Landschaft nur wenig verunstaltet. Nichtsdestotrotz wurden einige katastrophale Projekte wie die dritte Bosporus-Brücke oder die drei großen Staudämme am Euphrat realisiert.

Doch mit den in den 80er Jahren eingeleiteten neoliberalen Reformen der Özal-Regierung wurde der erste Grundstein für eine Reihe von Projekten gelegt. Dann kam das Krisenjahr 2001, auf das viele von Weltbank und IWF aufgezwungene Reformen des Wirtschaftssystems folgten. Der Neoliberalismus hob alle Beschränkungen des staatlichen Sektors auf und leitete eine bis heute andauernde Privatisierung ein. Dies alles wurde als die 8. Entwicklungsplanung bezeichnet. Just ein Jahr später kam die AKP an die Macht und setzte diesen Plan maßstabsgetreu um.

Die AKP brüstet sich damit, dass das Land es nur ihr zu verdanken habe, einen bis heute anhaltenden Wirtschaftsaufschwung initiiert zu haben. Das stimmt so nicht ganz. Im Endeffekt ist das aber für die Natur und die Betroffenen egal.

Im Regierungsprogramm der Jahre 2003 bis 2007 steht, dass im Rahmen einer freien Konkurrenzwirtschaft von allen Energiequellen auf die effizienteste Weise profitiert werden solle, Atomkraft umweltfreundlich sei und die reichen Ressourcen in der Erde für die Entwicklung des Landes durch die Bergbauindustrie ausgebeutet werden sollen. Der Schutz der Umwelt wird auch in den nachfolgenden Regierungsprogrammen und anderen Dokumenten zwar erwähnt, doch relativ kurz und immer unter dem Vorbehalt der »Realitäten des Landes«.

Wir erkennen am Beispiel des türkischen Staates nur zu gut, wie im kapitalistischen Wirtschaftssystem »wirtschaftlicher Aufschwung« tatsächlich Umweltzerstörung bedeutet. Das »Wachstum« im türkischen Staat basiert zum einen auf dem Immobilienmarkt und der Automobilindustrie, die fast nur aus Montage besteht, und zum anderen aus Investitions- und Infrastrukturprojekten im ganzen Staat. Bei allem spielt das aus dem Ausland zufließende Kapital eine bedeutende Rolle.

Ein Blick auf die Zahlen zeigt, dass die Türkei 2012 im globalen Vergleich bei den sogenannten Auslandsdirektinvestitionen mit knapp 20 Mrd. US-Dollar den 13. Platz belegt. Etwa ein Viertel des Geldes kommt aus der EU, an zweiter Stelle steht der Mittlere Osten. Ein genauer Blick weist auf einen größeren Anteil der »Energie- und Wasserversorgung« hin als des restlichen Industriesektors. Hierunter sind vor allem Investitionen in Wasserkraftwerksprojekte zu verstehen.

Die Gefahren und Zerstörungen im Einzelnen

Unter den Investitions- und Infrastrukturprojekten geht die größte Gefahr für die Natur in Anatolien, Nordmesopotamien, Thrakien und an der östlichen Schwarzmeerküste von Staudämmen und Wasserkraftwerksprojekten aus. Diese werden ausnahmslos auf allen Fließgewässern auf der ganzen Länge gebaut. Es wird kaum ein Kilometer »ungenutzt« gelassen. Wenn wir uns vor Augen halten, dass die Fließgewässer und ihre Auen ökologisch gesehen die wertvollsten Gebiete in der Landschaft sind – hier haben mehr als zwei Drittel der Tiere und Pflanzen ihr hauptsächliches Vorkommen –, ist die hier stattfindende Zerstörung besonders dramatisch. Um die Jahrtausendwende traten vier Staudammprojekte und die dagegen laufenden Aktivitäten in die Öffentlichkeit: 1.) Ilısu-Staudamm und die Zerstörung von Hasankeyf und des Tigris-Tales, 2.) die Staudämme in Dersim, 3.) der Yusufeli-Staudamm auf dem Çoruh-Fluss in der Provinz Artvin, 4.) der Yortanlı-Staudamm und die Zerstörung des antiken römischen Kurorts Allianoi. Diese haben alle gravierende ökologische, soziale und kulturelle Folgen. Eine Untersuchung einer in Istanbul ansässigen Umweltorganisation sagt aus, dass die Hälfte der 310 wichtigen Naturgebiete durch Staudämme und Wasserkraftwerksprojekte bedroht sind.

Aber auch andere Projekte sind gefährlich und destruktiv. Im Kommen sind insbesondere Bergbauprojekte. In den bergigen Gebieten werden von Unternehmen an allen Ecken geologische Bodenuntersuchungen durchgeführt; die Lizenzen dafür werden ihnen von der Regierung nachgeworfen. Ebenso die Erlaubnis, die Ausbeutung zu starten. In jeder Provinz wurden oft mehrere Dutzend Lizenzen vergeben. Wenn selbst nur ein Zehntel der untersuchten Gebiete sich als »ertragreich« aus Sicht der Unternehmen ergäbe, wäre das langfristig ähnlich bedrohlich wie die Staudammprojekte. Denn Bergbauprojekte – gerade in diesem Staat mit mindestens einem blinden Auge – tragen den oberen Boden von großen Flächen ab und vergiften

oft den Boden und das Grundwasser; mit jahrzehntelangen Folgen.

Gleich danach müssen die Kohlekraftwerke erwähnt werden. Die Regierung versucht, den wachsenden Strombedarf vor allem durch diese Kraftwerke zu decken. Die Türkei gehört zu den wenigen Staaten in dieser Welt, die so intensiv auf Kohlekraftwerke setzen. Sie sind schnell zu errichten und funktionieren relativ einfach. Knapp drei Dutzend Kohlekraftwerke sind bereits in Betrieb, weitere vier bis fünf Dutzend große sind in Vorbereitung. Die zwei größten Kohlekraftwerke stehen bei den überwiegend kurdisch besiedelten Orten Avşîn (Afşin) und Elbistan in der Provinz Gurgum (Maraş), wo sie seit Jahren wegen ihrer dramatischen Folgen für die Gesundheit Anlass für Diskussionen und Proteste sind. Die größten Proteste in Kurdistan gegen Kohlekraftwerke fanden Ende Januar 2014 in Şirnex (Şırnak) statt. 10 000 Menschen gingen auf die Straße, um gegen die starke Beeinträchtigung zu protestieren. Die Kohlekraftwerke in der Türkei erfüllen sehr niedrige Kriterien, die ältesten und schlechtesten aus der BRD könnten problemlos in der Türkei errichtet werden.



Protest in Şirnex gegen AKWs und Kohlekraftwerke Foto: DIHA

Viele der Verkehrsprojekte werden auch immer mehr kritisiert. Viele Jahre wurde die Autobahn entlang der Schwarzmeerküste heftig diskutiert. Trotz vieler Proteste hat die AKP dieses Projekt realisiert und dadurch lange Küstenabschnitte zerstört. Ein großes Prestigeprojekt und der Wahlpropaganda dieser Regierung dienend sind die doppelspurigen Straßen zwischen allen Provinzhauptstädten. Tatsächlich begann die Regierung, sie überall im Staat zu bauen. Während sie aufgrund eines hohen Verkehrsaufkommens zwischen einigen größeren Städten einen gewissen Sinn machen, sind sie jedoch in den meisten Fällen abzulehnen, weil sie viel Erde bewegen, die Ausbeutung von Naturstoffen fördern, große Siedlungs-, Natur- und landwirtschaftliche Flächen zerstören. Besonders kritisiert wird zurzeit die dritte Bosporus-Brücke, die die letzten großen Waldstücke im nördlichen Istanbul zerschneidet.

Die geplanten Atomkraftwerke (AKW) stehen auch im Kreuzfeuer der Kritik. Zwei Aufträge sind bereits vergeben, ein dritter soll folgen. Das AKW in der Provinz Mersin soll ab nächstem Jahr gebaut werden. Wie in allen Ländern der Welt sind die Risiken und Gefahren durch die AKWs ähnlich groß. Besonders hervorzuheben ist, dass die zwei in Planung befindlichen AKWs in Erdbebenregionen liegen. Eine große finanzielle Belastung wird es für den Haushalt ohnehin sein, da die ganze Atomtechnologie eingeführt werden muss.

Gleich nach der Machtübernahme hat die AKP den Weg für die Privatisierung von Wäldern freigemacht. Auch wenn viele Initiativen bis 2010 immer wieder am Staatspräsidenten oder dem Verfassungsgericht scheiterten, wurden Schritt für Schritt viele Waldflächen durch Trickserei als »nicht öffentlich zu verwaltender Wald« definiert und für die Abholzung oder die Privatisierung vorbereitet. Der Druck durch die Tourismusindustrie spielt hierbei eine nicht unbedeutende Rolle. Besonders in den Bergen der Küstenregionen mit den großen Waldbeständen hat ein Prozess der Abholzung begonnen.

Die AKP war und ist ständig bestrebt, die Umweltgesetze auszuhöhlen. Ein wenig positiv wirken dabei nur die Forderungen der EU und vor allem der sozialen Bewegungen. Trotzdem wird zum Beispiel mit einer Gesetzesänderung die Suche nach Erdöl, Geothermie und Rohstoffen nicht mehr einer Umweltverträglichkeitsprüfung unterzogen. Es wurde sogar eine Amnestie für Umweltverbrechen von Unternehmen eingeführt.

Widerstand für das Leben

In der Republik Türkei haben wir inzwischen die Situation, dass ausnahmslos in allen Provinzen mehrere kritisierte Großprojekte geplant und umgesetzt werden. In vielen Provinzen liegt die Zahl bei mehreren Dutzend und die Aktivist*innen

wissen teilweise nicht, wogegen sie zuerst ankämpfen sollen. Auch wenn die Zahl der sich für die Natur und damit für die sozialen Strukturen und das kulturelle Erbe einsetzenden Menschen in den letzten zehn Jahren spürbar zugenommen hat, sind es immer noch viel zu wenige; auch im Vergleich mit den Industriestaaten. Dennoch haben die bisherigen Kämpfe viel zu einem neuen Bewusstsein in der Gesellschaft für Natur und Kultur beigetragen. Immer mehr Menschen – insbesondere Betroffene und das Kleinbürgertum in den Städten – hinterfragen die bestehende Energie-, Landwirtschafts-, Verkehrs- und Konsumpolitik. Sie diskutieren über alternative Wege in diesen Bereichen. Nur ein kleiner Teil von ihnen sind Menschen, die sich zuvor schon gegen die politische Unterdrückung und Ausgrenzung engagiert haben.

Auch einige wichtige professionelle NGOs nehmen sich der ökologischen Zerstörung an. Sie erkennen immer mehr an, dass diese auch zur sozialen Entwurzelung und zur Intensivierung der menschlichen Ausbeutung führt. So hat die Union der Ingenieur- und Architektenkammern (TMMOB) 2010 mit einer Klage gegen das Gesetz zur Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) begonnen, die bis heute andauert und interessante Aspekte bekommen hat. Die TMMOB hat zunächst dagegen geklagt, dass vor dem 07.02.1993 beschlossene Investitionsprojekte keine UVP benötigen, und 2011 vor dem Verwaltungsgericht recht erhalten. Daraufhin hat die Regierung in Bezug auf den Ilısu-Staudamm – Hauptauslöser des Engagements von TMMOB – ein neues Gesetz erlassen, das Ausnahmen unter gewissen Bedingungen zuließ. Als dieses 2012 wegen TMMOB gekippt wurde, klagte TMMOB gegen den Ilısu-Staudamm und bekam im Januar 2013 recht. Daraufhin musste das Ilısu-Staudammprojekt gestoppt werden – die Hälfte war bis dahin fertiggestellt –, bis eine UVP für Ilısu erstellt wird. Doch hat die Regierung im April 2013 eine weitere Ausnahmeregelung erlassen, wonach die Erstellung einer UVP nach türkischem Gesetz den Stopp eines bereits begonnenen Baus nicht notwendig macht. Eine Klage seitens TMMOB läuft natürlich dagegen. Dieses Beispiel zeigt, wie die Regierung ihre eigenen Gesetze ständig ändert, bis für sie wichtige Projekte fortgesetzt werden können. Nur wenn es großen öffentlichen Druck gibt und die Gesetze undiskutiert übergangen werden, kommt es vor, dass ein Gericht unterer oder mittlerer Instanz ein Projekt vorübergehend stoppt. Allerdings werden diese Beschlüsse dann in der Regel von den oberen Gerichten gekippt.

Es gibt bisher nur ein einziges Staudammprojekt, das von der Regierung ohne endgültigen Gerichtsbeschluss abgebrochen wurde: im Januar 2013 der Pülümür-Staudamm in Dersim (Tunceli). Auch hier gab es jahrelange große Proteste der Bevölkerung.

Ein grundlegendes Problem in der Republik Türkei ist die Tatsache, dass immer mehr Strom und Wärme verbraucht werden. In den letzten elf Jahren hat sich der Verbrauch um mehr als zwei Drittel gesteigert. Dies wird vor allem von der Industrie und weniger von den Haushalten verursacht. Die Effizienz liegt sehr weit hinter derjenigen anderer OECD-Staaten. Nicht nur im Inland wird zunehmend mehr verbraucht, es werden auch immer mehr Güter exportiert.

Außerdem verschlechtert sich die Luftqualität in diesem Staat stetig. Dies liegt weniger an der Zunahme der Bevölkerung, sondern vielmehr an den rasant wachsenden Städten, dem Heizmaterial (wie Kohle minderer Qualität), der schlechten Isolation (verursacht mehr Heizen) und der Zunahme von Kraftfahrzeugen (während der Schienenverkehr kaum gefördert wird). Und es liegt auch an den Produktionsstätten, die mit niedrigen Standards arbeiten. Als Folge dieser Entwicklung gibt es im Winter Tage mit besonders schlechter Luftqualität, was sich gravierend auf die Gesundheit auswirkt.

Klimadiskussion fehl am Platz!

In der Öffentlichkeit findet so gut wie keine Diskussion über die globale Klimaveränderung statt. Nur kleine Gruppen und wenige Wissenschaftler*innen behandeln dieses Thema. Die Regierung nimmt an den internationalen Konferenzen teil, schwärmt aber davon, dass bereits jetzt über 20 % der Elektrizitätsproduktion von »erneuerbaren Energiequellen« kommen. Genauer betrachtet handelt es sich um Wasserkraftwerksprojekte, die wegen ihrer ökologischen und sozialen Zerstörung nicht erneuerbar zu nennen sind. Außerdem produzieren die Stauseen – nicht nur in tropischen Regionen – Treibhausgase. Beim türkischen Staat liegt die Ironie in der Klimadiskussion darin, dass es sich um den Staat mit der weltweit höchsten relativen Steigerung von Treibhausgasen gegenüber 1990 handelt. Allein dieser Aspekt sagt viel über die Umweltpolitik in dieser Republik aus.

Alles ist aber nicht aussichtslos und trist in diesem Staat. Es gibt immer mehr Kämpfe gegen zerstörerische Projekte und für den Erhalt der Natur. Die Erfolge sind noch gering; doch wird der Zusammenhang mit den politischen Rahmenbedingungen auch für die Aktivist*innen klar. Hoffnung machen die vielen sozialen Bewegungen und das erstarkende Bündnis der linken und demokratischen Bewegungen der Türkei und Nordkurdistans. Manchmal denken engagierte Menschen, dass sie nichts erreicht haben. Doch kann in einem unerwarteten Moment die Stimmung umschwenken und plötzlich steht das behandelte Thema im starken Interesse der Öffentlichkeit. ♦

Auswertung der Fachtagung

»Der Weg zum Frieden in Kurdistan: Friedensmodelle im internationalen Vergleich«

Emel Engintepe, Kurd-Akad: Netzwerk kurdischer AkademikerInnen e. V.

Friedensgespräche bilden eine unerlässliche Voraussetzung zur Beilegung gewaltsamer Konflikte. Dem Dialog und den Verhandlungen zwischen den Konfliktparteien muss jedoch auch ein progressiver Friedensprozess folgen, um eine stabile Lösung zu schaffen.

Seit dem Frühjahr 2013 hat sich eine neue Möglichkeit für Frieden in Nordkurdistan (Türkei) eröffnet. Der Gesprächsprozess zwischen Vertretern der türkischen Regierung und der kurdischen Partei zur friedlichen Lösung der politischen und sozialen Konflikte ist eingeleitet und durch den Rückzug der bewaffneten kurdischen Guerillaeinheiten vom türkischen Staatsgebiet bestätigt. Doch die Verhandlungen sind nach mehreren Monaten ins Stocken geraten.

Auf der Fachtagung (25.01.2014, Dortmund) wurde in zwei aufeinander folgenden Foren und in einer Abschlussdiskussion debattiert, welche Möglichkeiten die Friedensverhandlungen für eine politische Lösung der kurdischen Frage bieten: Das erste Forum bot einen Vergleich mit ethnisch und konfessionell konnotierten Friedensprozessen an den Beispielen Nordirland und Baskenland. Das zweite Forum richtete den Fokus auf die kurdische Frage auf dem Staatsgebiet der Türkei und die gegenwärtigen Bedingungen für einen Friedensprozess.

Welche Lehren ergeben sich aus internationalen Friedensprozessen?

Dr. Uschi Grandel (Info Nordirland/Info Baskenland) erläuterte eingangs, dass jeder Friedensprozess zwar einzigartig sei, dass jedoch Machtstrukturen und -mechanismen ähnlich wirken, so im Kolonialismus und im Imperialismus. Daher könne aus den Konzepten, Errungenschaften und Fehlern der anderen gelernt werden.

Der Nordirland-Konflikt sei durch die koloniale Haltung Großbritanniens zu erklären. Die Unabhängigkeitsbewegung der Iren sei aus einem faktisch britischen Apartheidsregime hervorgegangen und zunehmend konfessionell ausgelegt worden. Der Waffenstillstand der IRA (Irish Republican Army) von 1994 war ein erster Schritt zur politischen Lösung, woraufhin 1998 das Belfaster Abkommen/Karfreitagsabkommen unterzeichnet wurde.

Demokratisierung und Entmilitarisierung

Der wesentliche Gehalt des Friedensabkommens in Nordirland sei die Demokratisierung der Staatsstrukturen gewesen, wie auch die des Geheimdienstes von Nordirland, und die Befriedung der bewaffneten Kontrahenten. Das Friedensab-

kommen sei nicht nur wegen stattgefundener Entmilitarisierung erfolgreich gewesen, sondern insbesondere auch, weil es Polizeireformen beinhaltete, die ein modernes Polizeirecht mit Stadträten als Kontrollgremien zustande gebracht haben.

Zivilgesellschaftliche Aussöhnung und internationale Kooperationen

Zusammengefasst sind aus Sicht der Referentin die Beteiligung der Bevölkerung und der Zivilgesellschaft wesentliche Garanten für einen stabilen Friedens- und Aussöhnungsprozess, wozu auch das Zugehen auf die reaktionären Parteien gehöre. Aber auch eine internationale Unterstützung durch andere Freiheitsbewegungen sei wichtig, wie die erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen der nordirischen Unabhängigkeitsbewegung und dem südafrikanischen ANC (African National Congress) beweise. Die Unterstützung durch die großen irischen Communities in den USA und in Großbritannien scheine ebenso bedeutsam. Schließlich sei die Aufarbeitung der Vergangenheit unerlässlich, so geschehen durch die nordirische Kampagne für Gerechtigkeit gegenüber den Opfern von Staatsterrorismus.

Politisierung entgegen den Interessensdivergenzen

Der Konflikt im Baskenland existiere seit der Franco-Diktatur, da ein geordneter Übergang vom Faschismus zur Demokratie nicht gelungen sei. Der bewaffnete Kampf und die Forderung nach einem Selbstbestimmungsrecht im Baskenland seien vor allem gegen den zentralistischen spanischen und französischen Nationalstaat gerichtet.

Während der Friedensverhandlungen sei es immer wieder zu Anschlägen gekommen. Trotz der anhaltenden Friedensverhandlungen zwischen 2005 und 2007 herrsche ein gesundes Misstrauen gegenüber den Profiteuren des Konflikts, die größtenteils im spanischen Staat verortet werden; denn nicht der Konflikt werde von den Kriegsprofiteuren als Bedrohung empfunden, sondern ein möglicher politischer Lösungsprozess.

Der spanische Staat fürchte die Politisierung der Basken (baskische linke Unabhängigkeitsbewegung) stärker als eine bewaffnete Auseinandersetzung: Zunächst, während der bewaffneten Auseinandersetzungen in den 1980er Jahren, propagierte der spanische Staat, die Basken sollten ihre Rechte durch friedliche und politische Beteiligung durchsetzen. Nach den politischen Erfolgen in den 1990ern wurde die baskische Bewegung als »Ableger der terroristischen ETA« diffamiert. Darauf folgten staatlich initiierte Massenprozesse gegen politische Betätigung, wie beispielsweise der gegen Jugendliche und Jugendorganisationen. Daraus ließe sich schlussfolgern, dass der spanische Staat keine politischen Lösungen und Antworten anbieten konnte oder es an Lösungsbereitschaft mangelte.

Grundpfeiler eigener Politik

Infolgedessen wurden durch die baskische Bewegung unerlässliche Säulen (2010) bestimmt, zu denen die Unterstützung durch die baskische Bevölkerung gehört und ihre Mobilisierung auf der Straße; es gehört aber auch dazu, die internationale politische Gemeinschaft in ihrer Vermittlerrolle zu gewinnen.[1] Außerdem besteht die Prämisse, jedwede Gewalt auf den Straßen zu vermeiden.

Neustrukturierung des Nahen Ostens

Der Nahost-Experte **Dr. Michael Lüders** wies darauf hin, dass Friedensprozesse als langwierige Entwicklungen zu betrachten seien, wie die Beispiele Nordirland und das Baskenland verdeutlichen. Es gebe auch stets bestimmte Gruppen, die an einem Wandel nicht interessiert seien und auf ihren bestehenden Privilegien beharren. Die Kurden seien, historisch betrachtet, Verlierer der Aufteilung der osmanischen Gebiete nach dem Ersten Weltkrieg, doch gegenwärtig eröffneten sich neue Chancen, wie durch die südkurdische Autonomieregion im Nordirak oder in Syrien erkennbar wird. Doch ein Grundproblem seien die noch immer bestehenden feudalen Strukturen (ethnisch, konfessionell), die nationale Identitätsbildung behinderten und politische Kleinstgebilde ohne staatliche Einheit beförderten. Eine voranschreitende Fragmentierung der Gebiete sei jedoch bedenklich, da das Fortbestehen von Kleinstaaten ohne gemeinsame Wirtschaftseinheit und pluralistisch verfasste Freiheitsordnung fraglich sei. Ein kurdisches Nationalstaatsgebilde sei schwierig durchzusetzen und dagegen sei eine kulturelle sowie politische Autonomie, die Verwirklichung von Rechtsstaatlichkeit und eine konsequente Entmilitarisierung von größerem Belang.

Welche gesellschaftlichen und politischen Forderungen stehen in der Türkei zur Debatte?

Der Parlamentsabgeordnete der BDP (Partei für Frieden und Demokratie) für Şirnex (Şırnak)/Türkei, **Hasip Kaplan**, wies auf die bedeutenden Errungenschaften der kurdischen Bewegung hin. Die kurdische Identität und Kultur seien vor vollkommener Assimilation bewahrt und ein Mindestmaß an Akzeptanz sowohl in der Türkei als auch auf der internationalen Weltbühne geschaffen worden. Mittlerweile seien die größtenteils kurdisch besiedelten Gebiete in Nordkurdistan (Türkei) über die Kommunalverwaltungen durch BDP-Mitglieder dominiert. Abdullah Öcalan werde als Repräsentant der Kurden wahrgenommen und sei bestimmend für eine Demokratisierung und Befriedung der Türkei. Im Westen der Türkei werde ein Demokratisierungs- und Friedensprozess für die ganze

1 Höhepunkt des Friedensprozesses bildete eine Friedenskonferenz mit baskischer Zivilgesellschaft und unter Beteiligung repräsentativer Akteure der internationalen Gemeinschaft, wie Kofi Annan und Gerry Adams.

Türkei debattiert. Doch der türkischen Regierung fehle es an Initiative und Programmen, Freiheiten und Grundrechte zu schaffen, wie bspw. der Stillstand der Verfassungskommission zeige. Die vielfältige Gesellschaft in der Türkei müsse sich in einem pluralistischen Parlament und in einer integrativen Politik widerspiegeln.

Hasip Kaplan verwies auf internationale Friedensprozesse, die zeigten, dass konkrete Lösungsschritte den eigentlichen Friedensprozess einleiten. So wurde erst mit der Umsetzung der Generalamnestie von politischen Gefangenen in Nordirland der Weg zu einem Friedensprozess beschritten.

Mit welchen Maßnahmen sollte der Prozess von Aussöhnung und Ausgleich zwischen den Konfliktparteien und der Gesamtgesellschaft gesichert werden?

Juristische Aufarbeitung von Verbrechen

Der Vorsitzende des Menschenrechtsvereins IHD (Insan Hakları Derneği), Öztürk Türkdoğan, gab zunächst einen Überblick über die Rechtsgrundlagen des Internationalen Völkerrechts der Vereinten Nationen (Römisches Statut, 1998), auf die sich der Menschenrechtsverein beruft, die jedoch überwiegend von der türkischen Regierung nicht getragen werden bzw. unerfüllt bleiben. Eine Aufarbeitung und Aufklärung durch juristische Ermittlungen und Verfahren zu sichern, sei sowohl für die Opfer und deren Angehörige von Bedeutung als auch für die gesamte Gesellschaft. Untersuchungen und Zahlenmaterial der NGOs unterscheiden sich erheblich von den wenigen Untersuchungen des Staates, wie die Ermittlungen zu den Opfern von Vertreibung und den Opfern von unrechtmäßigen Hinrichtungen zeigen.

Die Regierung habe zwar ein paar wenige Untersuchungen über parlamentarische Untersuchungsausschüsse durchführen lassen, doch diese überwiegend nicht abschließend ausgewertet. Sämtliche Untersuchungen der Regierungen folgen der Begründung der Terrorismusbekämpfung und betrachten die Vorfälle im Rahmen der staatlichen Sicherheitspolitik. Die Perspektive, Freiheitsrechte zu wahren oder der Diskriminierung und Unterdrückung von bspw. den Kurden entgegenzuwirken, wird nicht eingenommen.



Foto: YXK – Verband der Studierenden aus Kurdistan e.V.

Zivilgesellschaftliche Aufarbeitung und Aussöhnung

Auf der anderen Seite wurde der Rat der Weisen mit ernsthaften Anliegen gegründet, auch wenn seine Ergebnisse noch ausstehen. Es gebe weitere zivilgesellschaftliche Initiativen, wie die des Friedensrats, einiger Menschenrechtsinitiativen und zudem eine Wahrheits- und Gerechtigkeitskommission zu den Foltervorfällen im Gefängnis No. 5 von Amed (Diyarbakır) mit über 800 Opferberichten. Der Menschenrechtsverein setze sich für eine Wahrheits- und Gerechtigkeitskommission auch für jüngere Verbrechen ein, denn die Täter seien teilweise noch immer in Posten und Ämtern. Zur Aufarbeitung gehöre aber auch die Neubewertung der Geschichtsschreibung seit dem Ende des Osmanischen Reiches. Der staatlich verordnete türkisch-sunnitische Nationalismus habe eine intolerante und brutale Assimilationspolitik forciert, weshalb historische Geschichtsdeutungen z. B. zur Jungtürkenbewegung, den Genoziden und Massakern an Armeniern/Assyrern, Griechen, Aleviten u. a. überarbeitet werden müssten. Eine Anerkennung historischer Verbrechen/Genozide im Rahmen einer gesellschaftlichen Aussöhnung seitens der türkischen Regierung stehe noch immer aus. Auch der Völkermord an den Armeniern und Assyrern, aber auch andere Verbrechen gegen die Menschlichkeit würden noch immer nicht akzeptiert und eine historische Aufarbeitung mittels Erinnerungs- und Gedenkkultur verhindert.

Welche Faktoren wirken auf den Friedensprozess?

Der Rechtswissenschaftler **Prof. Mithat Sancar** erläuterte eingangs seine Grundannahme, nach der Friedensprozesse nicht auf Vertrauensverhältnissen basieren. Es sei darauf zu bauen, dass eine der Seiten demokratisch motiviert ist. Der Friedensprozess werde von den unterschiedlichen Parteien nicht nur aus idealistischen und humanistischen Gründen eingeleitet und vollzogen, sondern eigentlich, um unterschiedliche Ziele und Forderungen durchzusetzen.

Grundlegend stehe gegenwärtig die Frage im Raum, inwiefern die Neustrukturierung des Nahen Ostens durch Kriege oder politische Vereinbarungen bevorstehe. Es stehe außerdem zur Debatte, wie dieser Nahe Osten, der durch vielfältige Ethnien und Konfessionsgemeinschaften unter unterschiedlichen politischen Konstrukten geprägt sei, gestaltet werden wird, kleinstaatlich oder durch größere Einheiten. Kleinstaatsverfechter müssten viele kriegerische Auseinandersetzungen, ob nun im Irak, in Syrien oder im Iran, in Kauf nehmen.

Dahingegen werde ein Föderalismus bzw. Konföderalismus im Nahen Osten von der kurdischen Bewegung als strategisches Ziel verfolgt, das weniger eine nationalstaatliche Loslösung aus den jeweiligen Staaten favorisiert als vielmehr die Durchsetzung von Selbstverwaltungs- und Partizipationsstrukturen in den jeweiligen Staaten.

Welche Lösungswege eröffnen sich?

Die Sprecherin der Initiative »Freiheit für Öcalan – Frieden in Kurdistan«, **Havin Güneşer**, bestätigte, so wie auch aus den Beiträgen zu Nordirland und dem Baskenland deutlich wurde, ein Vergleich mit internationalen Friedensprozessen zeige, dass die Phase offizieller Friedensgespräche und -verhandlungen äußerst sensibel sei. So habe es in Südafrika zeitgleich zu den Verhandlungen Übergriffe und Massaker, bis hin zu Genoziden gegeben. Selbst als Mandela freigelassen wurde, habe es Morde an Aktivisten gegeben.

Mandela sei jahrzehntelang als Terrorist gebrandmarkt worden, nicht nur vom südafrikanischen Apartheidsregime, sondern auch von der internationalen Staatengemeinschaft. Eine internationale Unterstützung sei deshalb nicht zwingend vorhanden, sondern ergebe sich auch zu unterschiedlichen Phasen.

Es sei deutlich, dass internationale Mächte durch ihre Politik (historisch) konfliktverursachend oder -schürend wirken können, wie beispielsweise durch eine imperialistische Interessenspolitik im Nahen Osten, deren Auswirkungen die Kurden durch Unterdrückung erleiden müssen. Im Bürgerkrieg in Syrien sei das Interessengemenge deutlich spürbar. Einerseits werden die Kurden zu einer eindimensionalen Haltung aufgefordert, sich entweder für oder gegen das Assad-Regime zu positionieren. Andererseits werde ihr dritter Weg eigener Verwaltungsstrukturen ignoriert und sie würden als Akteure ausgegrenzt, wie jüngst in der Genfer Konferenz, zu der sie nicht eingeladen wurden.

Von kurdischer Seite erarbeitete Lösungskonzepte wie zur Demokratisierung der türkischen Staatsstrukturen oder zur Schaffung föderaler Verwaltungsstrukturen würden nicht wahrgenommen. Abdullah Öcalan verteidige seine Konzepte zur Befriedung, Demokratisierung und Föderalisierung der Türkei und des Nahen Ostens, die unbestritten dem Gedanken der Völkerverständigung folgten. Um den Friedensprozess zu beschleunigen und zu sichern, setze sich die Initiative für seine schnellstmögliche Freilassung ein. ♦

Eine ausführliche Dokumentation mit den wesentlichen Inhalten der Rede- und Plenumsbeiträge ist auf der Homepage des Vereins www.kurd-akad.com zugänglich.

Befreiung des Lebens: Die Revolution der Frau

Jineolojî als Wissenschaft der Frau

Abdullah Öcalan

Pünktlich zur 1. Frauenkonferenz der *Jineolojî* unter dem Titel »Radikales Denken aus Frauenperspektive« in Köln veröffentlicht die Internationale Initiative eine Broschüre mit dem Titel »Befreiung des Lebens: Die Revolution der Frau«. Wir dokumentieren daraus die einleitenden Worte der Herausgeberin und die letzten beiden Kapitel »*Jineolojî* als Wissenschaft der Frau« und »Die demokratische Moderne: Die Ära der Revolution der Frau.«

Die Befreiung des Lebens ist unmöglich ohne eine radikale Frauenrevolution, welche die Mentalität und das Leben des Mannes verändern würde. Wenn wir nicht imstande sind, Frieden zwischen Mann und Leben und Leben und Frau zu stiften, dann ist Glück nur eine vergebliche Hoffnung. Die Gender-Revolution betrifft nicht nur die Frau. Es geht um die 5000 Jahre alte Zivilisation der Klassengesellschaft, die den Mann in einen schlimmeren Zustand gebracht hat als die Frau. Somit würde diese Gender-Revolution gleichzeitig die Befreiung des Mannes bedeuten. Ich habe oft über die »totale Scheidung« geschrieben, also die Fähigkeit, sich von der 5000 Jahre alten Kultur der männlichen Herrschaft zu trennen. Die weiblichen und männlichen Geschlechtsidentitäten, die wir heute kennen, sind Konstrukte, die viel später gebildet wurden als die biologische Frau und der biologische

Die Revolution der Frau

Abdullah Öcalan

Deutsch

International Initiative Edition

Einleitende Worte der Herausgeberin

Die vorliegende Broschüre ist die dritte ihrer Art, die von der Internationalen Initiative herausgegeben wird. Sie wurde aus verschiedenen Büchern Abdullah Öcalans zusammengestellt, um einen kurzen Einblick in seine Vorstellungen zu einzelnen Themen zu geben.

Schon vor Öcalans Verschleppung und Inhaftierung 1999 erschienen mehrere Bücher, die auf seinen Reden über Geschlecht und Gender beruhten, darunter mehrere Bände von *Nasıl yasamalı?* (»Wie leben?«). Der Titel eines Interview-Bandes, *Erkeği öldürmek* (»Die Männlichkeit töten«), wurde unter Kurden zu einem geflügelten Wort. Er prägte Slogans wie beispielsweise »Ein Land kann nicht frei sein, wenn die Frauen nicht frei sind« und definierte so die nationale Befreiung auf neue Weise als vor allem die Befreiung der Frauen. In seinen Gefängnisschriften geht er an vielen Stellen seiner Diskussionen über Geschichte, gegenwärtige Gesellschaft und politischen Aktivismus auf die Emanzipation von Frauen ein. Die vorliegende Broschüre ist eine Zusammenfassung von Auszügen aus Öcalans Werken zu diesem Thema, besonders aus den jüngsten, noch nicht übersetzten Werken.

Seine Beobachtungen über die Praxis in realsozialistischen Staaten sowie seine eigenen theoretischen und praktischen Bemühungen seit den 1970er Jahren brachten ihn zu der Schlussfolgerung, dass die Versklavung der Frau den Beginn jeglicher Form von Sklaverei darstellt. Der Grund liege nicht in den biologischen Unterschieden zum Mann, sondern darin, dass die Frau die Begründerin und Anführerin der neolithischen und matrizentrischen Gesellschaft gewesen war.

Abdullah Öcalan ist keineswegs nur ein Theoretiker; Er ist der Anführer einer Bewegung, die sich nicht nur um die Befreiung des kurdischen Volkes bemüht, sondern auch um die Antwort auf die Frage nach einem sinnvollen Leben. Dies ist auch der Grund für den großen Einfluss seiner Schriften auf das Leben so vieler Menschen.

Sein ganzes Leben lang beschäftigte sich Öcalan mit der Frage der Befreiung der Frau, insbesondere in den Jahren des

Kampfes. Er ermutigte Frauen nachdrücklich, innerhalb der Bewegung den Kampf gegen männliche Dominanz aufzunehmen, und inspirierte sie dabei durch seine Kritik am Patriarchat. Diese Herangehensweise und dieser Führungsstil einer so einflussreichen Person prägten die Entwicklungen in der Bewegung maßgeblich.

Jahrelang sprach er nicht nur darüber, wie wichtig es sei, die konstruierten Rollenbilder von Mann und Frau zu überwinden; ebenso ermutigte er die Gründung von Frauenbewegungen und -institutionen, so dass Frauen sich selbst, ihr eigenes Leben, die Gesellschaft und die Männer hinterfragen und reflektieren konnten. Folglich entstand in Kurdistan gleichzeitig mit dem kurdischen Freiheitskampf eine ungewöhnlich starke Beteiligung von Frauen in allen Lebensbereichen. In der Tat überraschen die herausragende Dynamik und Energie der Frauenbewegung in Kurdistan oft die Beobachter, die derartiges in einer Weltregion, die als höchst patriarchal gesehen wird, nicht erwarten.

Über die Jahre betonte Abdullah Öcalan oft, dass der Grad der Befreiung der Frau ein Maßstab für die Befreiung der Gesellschaft sei. In einem der letzten Treffen mit einer Delegation der BDP (Partei für Frieden und Demokratie) erklärte er erneut: »*Für mich ist die Freiheit der Frau wertvoller als die Freiheit der Heimat*«

So entstand die Idee einer eigenen Broschüre zur Frage der Frauenbefreiung.

12. *Jineolojî* als Wissenschaft der Frau

Der Ausschluss der Frau aus den Rängen und Themen der Wissenschaft verlangt von uns die Suche nach einer radikalen Alternative.

Wir müssen zunächst wissen, wie wir in der ideologischen Arena gegen die herrschsüchtige und machthungrige Mentalität des Mannes gewinnen und ein libertäres und natürliches Denken schaffen können. Wir sollten uns immer vor Augen halten, dass die traditionelle Unterwerfung der Frau nicht physisch, sondern gesellschaftlich ist. Dies liegt an der tief verwurzelten Sklaverei. Daher besteht die dringende Notwendigkeit, die Gedanken und Gefühle der Unterwerfung in der ideologischen Arena zu besiegen.

Wenn der Kampf für die Freiheit der Frau sich auf die politische Ebene verlagert, sollte sie wissen, dass dies der schwierigste Aspekt des Kampfes ist. Kein Erfolg kann von Dauer sein, wenn der politische Erfolg nicht erzielt wird. Politisch erfolgreich zu sein bedeutet nicht, eine Bewegung für die Staatlichkeit der Frau zu starten. Im Gegenteil beinhaltet er einen Kampf gegen etatistische und hierarchische Strukturen, er beinhaltet die Schaffung von politischen Gruppierungen mit dem Ziel, eine demokratische, geschlechterbefreite und ökologische Gesellschaft zu erreichen, in welcher der Staat kein zentrales Element darstellt. Da Hierarchie und Etatismus nicht leicht mit der Natur der Frau kompatibel sind, sollte eine Bewegung für die Freiheit der Frau anti-hierarchische und nichtstaatliche politischen Formationen anstreben. Der Zusammenbruch der Sklaverei auf der politischen Ebene ist nur möglich, wenn organisatorische Reformen in diesem Bereich erfolgreich durchgeführt werden. Der politische Kampf erfordert eine umfassende, demokratische Organisation der Frau und des Widerstandes. Alle Komponenten der Zivilgesellschaft, Menschenrechte, lokale Regierungsführung und demokratische Kämpfe müssen organisiert und vorangetrieben werden. Wie der Sozialismus kann auch die Freiheit und Gleichheit der Frau nur durch einen umfassenden und erfolgreichen demokratischen Kampf erreicht werden. Ohne Demokratie können auch Freiheit und Gleichheit nicht erreicht werden.

Die Probleme im Zusammenhang mit wirtschaftlicher und sozialer Gleichheit können ebenfalls erfolgreich durch eine Analyse der politischen Macht und durch die Demokratisierung gelöst werden. Eine bloße juristische Gleichheit ist in der Abwesenheit von demokratischer Politik bedeutungslos; sie wird nicht zur Verwirklichung der Freiheit beitragen. Wenn die Eigentums- und Machtverhältnisse, die die Frauen beherrschen und unterjochen, nicht gestürzt werden, dann können auch die Beziehungen zwischen Frau und Mann nicht frei sein.

Obwohl der feministische Kampf viele bedeutende Facetten besitzt, hat er noch einen langen Weg zu gehen, um die vom Westen gesetzten Grenzen der Demokratie niederzureißen. Er hat kein klares Verständnis davon, was die kapitalistische Lebensweise mit sich bringt. Die Situation erinnert an Lenins Verständnis der sozialistischen Revolution. Trotz großer Bemühungen und vieler gewonnener Stellungskämpfe konnte der Leninismus letztlich nicht verhindern, einen höchst wertvollen, linken Beitrag zum Kapitalismus zu leisten.

Ein ähnliches Schicksal kann den Feminismus ereilen. Mängel, die seine Durchschlagskraft schwächen, sind: das Fehlen einer starken organisatorischen Basis, die Unfähigkeit, seine Philosophie voll zu entfalten, und Schwierigkeiten beim Aufbau einer militanten Frauenbewegung. Es wäre vielleicht nicht richtig, ihn den »Realsozialismus der Frauen-Front« zu nennen, aber unsere Analyse dieser Bewegung muss anerkennen, dass er bis dato die stärkste Maßnahme war, um die Aufmerksamkeit auf die Frage der Freiheit der Frau zu lenken. Er unterstreicht, dass die Frau lediglich die unterdrückte Frau des dominanten Mannes ist. Allerdings ist die Frau viel mehr als nur ein sepa-

rates Geschlecht. Ihre Existenz hat wirtschaftliche, soziale und politische Dimensionen. Wenn wir den Kolonialismus nicht nur in Begriffen von Nationen und Ländern betrachten, sondern auch auf Gruppen von Menschen beziehen, können wir die Frau als älteste kolonisierte Gruppe bestimmen. In der Tat ist kein anderes gesellschaftliches Wesen in Seele und Körper derart vollständig kolonisiert worden. Es muss uns klar sein, dass die Frau in einer Kolonie gehalten wird, deren Grenzen nicht leicht auszumachen sind.

In diesem Sinne glaube ich, dass der Schlüssel zur Lösung unserer gesellschaftlichen Probleme in einer Bewegung für die Freiheit der Frau, Gleichheit und Demokratie liegen wird, in einer Bewegung auf Grundlage der Wissenschaft der Frau, auf Kurdisch *Jineolojî*. Die Kritik der jüngeren Frauenbewegung ist nicht ausreichend für die Analyse und Bewertung der Geschichte der Zivilisation und der Moderne, die die Frau nahezu völlig verschwinden ließen. Wenn in den Sozialwissenschaften Frauenthemen, Frauenfragen und Frauenbewegungen fast nicht vorkommen, so liegt das an der hegemonialen Mentalität von Zivilisation und Moderne und an den Strukturen der materiellen Kultur.

Die Frau als Hauptkomponente der moralischen und politischen Gesellschaft hat eine entscheidende Rolle bei der Bildung einer Ethik und Ästhetik des Lebens, die Freiheit, Gleichheit und Demokratisierung widerspiegeln. Ethische und ästhetische Wissenschaft sind ein integraler Bestandteil der *Jineolojî*. Wegen ihrer gewichtigen Verantwortung im Leben wird sie zweifellos die treibende intellektuelle und umsetzende Kraft hinter Fortschritten und Chancen sein. Die Verbindung der Frau mit dem Leben ist umfassender als die des Mannes. Dies hat die Entwicklung ihrer emotionalen Intelligenz gewährleistet. Deshalb ist Ästhetik im Sinne einer Verschönerung des Lebens eine existentielle Angelegenheit für die Frau. Ethisch gesehen ist die Frau viel verantwortungsvoller als der Mann. So wird das Verhalten der Frau im Sinne der moralisch-politischen Gesellschaft realistischer und verantwortungsvoller als das des Mannes sein. Sie ist somit gut geeignet, in Bezug auf die guten und schlechten Aspekte von Bildung, die Bedeutung des Lebens und des Friedens, die Übel und Schrecken des Krieges sowie Zumutbarkeit und Gerechtigkeit Analysen anzustellen, Feststellungen zu treffen und Entscheidungen zu fällen. Es wäre auch sinnvoll, die Ökonomie ebenfalls zu einem Teil der *Jineolojî* zu machen.

13. Die demokratische Moderne: Die Ära der Revolution der Frau

Die Freiheit der Frau wird eine stabilisierende und ausgleichende Rolle bei der Bildung der neuen Zivilisation spielen. Die Frau wird ihren Platz unter respektablen, freien und gleichen Bedingungen einnehmen. Um dies zu erreichen, muss die theoretische, programmatische und organisatorische Arbeit geleistet werden und die Umsetzung erfolgen. Die Realität der Frau ist konkreter und ein besser analysierbares Phänomen als »das Proletariat« und »die unterdrückte Nation«. Das Ausmaß, in dem eine gründliche gesellschaftliche Transformation möglich ist, wird durch das Ausmaß der von den Frauen erreichten Transformation bestimmt. In ähnlicher Weise bestimmt der Grad der Freiheit und Gleichheit der Frau die Freiheit und Gleichheit aller Teile der Gesellschaft. So ist die Demokratisierung der Frau ausschlaggebend für die Demokratie und den Säkularismus. Für eine demokratische Nation ist die Freiheit der Frau von großer Bedeutung, da die freie Frau die befreite Gesellschaft konstituiert. Die befreite Gesellschaft wiederum konstituiert die demokratische Nation. Darüber hinaus ist es von revolutionärer Bedeutung, die Rolle des Mannes umzukehren.

Die Morgenröte der Ära der demokratischen Zivilisation steht nicht nur für die Wiedergeburt der Völker, sondern vielleicht noch deutlicher für den Aufstieg der Frau. Die Frau, die in der neolithischen Gesellschaft die erschaffende Göttin war, erfuhr in der Geschichte der Klassengesellschaft einen ständigen Verlust. Diese Geschichte umzukehren wird zwangsläufig umfassende gesellschaftliche Veränderungen mit sich bringen. Die Frau, in Freiheit wiedergeboren, wird zur allgemeinen Befreiung, Aufklärung und Gerechtigkeit auf allen Ebenen der Institutionen der Gesellschaft betragen. Dadurch werden alle überzeugt werden, dass Frieden wertvoller als Krieg ist und bewahrt werden muss. Der Erfolg der Frau ist der Erfolg der Gesellschaft und der Individuen auf allen Ebenen. Das 21. Jahrhundert muss die Ära des Erwachens der emanzipierten, befreiten Frau sein. Das ist wichtiger als die Befreiung der Klasse oder die nationale Befreiung. Der Aufstieg der Frau und ihr Erfolg werden die Ära der demokratischen Zivilisation ausmachen.

Es ist realistisch, unser Jahrhundert als das Jahrhundert zu sehen, in welchem der Wille der freien Frau zum Tragen kommen wird. Daher müssen dauerhafte Institutionen für die Frau aufgebaut und vielleicht ein Jahrhundert lang aufrechterhalten werden. Es besteht ein Bedarf für Parteien für die Freiheit der Frau. Es ist auch wichtig, ideologische, politische und wirtschaftliche Kommunen zu bilden, die auf der Freiheit der Frau basieren.

Aufgrund ihrer oben beschriebenen Charakteristiken stellen Frauen im Allgemeinen, aber insbesondere Frauen des Mittleren Ostens, die energischsten und aktivsten Kräfte der demokratischen Gesellschaft dar. Der endgültige Sieg der demokratischen Gesellschaft ist nur mit der Frau möglich. Völker und

Frauen wurden seit der Jungsteinzeit von Klassengesellschaften verwüstet. Sie werden nun als zentrale Akteurinnen des demokratischen Durchbruchs nicht nur Rache an der Geschichte nehmen, sondern auch die erforderliche Antithese bilden, indem sie sich auf dem linken Flügel der entstehenden demokratischen Zivilisation positionieren. Die Frauen sind wirklich die zuverlässigsten sozialen Akteure auf dem Weg zu einer gleichberechtigten und libertären Gesellschaft. Im Mittleren Osten ist es an der Frau und der Jugend, die nötige Antithese für die Demokratisierung der Gesellschaft zu schaffen. Das Erwachen der Frau als die führende gesellschaftliche Kraft in dieser historischen Szenerie hat wahrhaft antithetischen Wert.

Aufgrund ihrer Klassenmerkmale hat die Entwicklung der Zivilisation auf männlicher Dominanz beruht. Dies bringt die Frau in diese Position der Antithese. Im Hinblick auf die Überwindung der Klassenteilung der Gesellschaft und des Patriarchats erhält ihre Position den Wert einer neuen Synthese. Daher besitzt die führende Stellung, welche Frauenbewegungen bei der Demokratisierung der mittelöstlichen Gesellschaft einnehmen, historische Merkmale, die sie sowohl zu einer Antithese (wegen ihrer Verortung im Mittleren Osten) als auch zu einer (globalen) Synthese machen. Dieses Arbeitsgebiet ist die wichtigste Arbeit, die ich je in Angriff genommen habe. Ich glaube, die Freiheit der Frau sollte Vorrang vor der Befreiung der Heimat und der Arbeiter haben. Wenn ich ein Freiheitskämpfer sein will, so kann ich es einfach nicht ignorieren: Die Revolution der Frau ist eine Revolution innerhalb einer Revolution.

Es ist die grundlegende Aufgabe der neuen Führung, intellektuelle und Willenskraft aufzubringen, um die drei entscheidenden Aspekte für die Verwirklichung eines Systems der demokratischen Moderne zu entfalten: eine demokratische, ökonomisch und ökologisch moralische Gesellschaft. Um dies zu erreichen, müssen wir eine ausreichende Zahl akademischer Strukturen von angemessener Qualität aufbauen. Es reicht nicht, einfach nur die akademische Welt der kapitalistischen Moderne zu kritisieren – wir müssen eine Alternative dazu entwickeln. Diese alternativen akademischen Einheiten sollten nach den Prioritäten und Bedürfnissen aller gesellschaftlichen Bereiche wie Wirtschaft und Technologie, Ökologie und Landwirtschaft, demokratische Politik, Sicherheit und Verteidigung, Kultur, Geschichte, Wissenschaft und Philosophie, Religion und Kunst aufgebaut werden. Ohne starke akademische Kader können die Elemente einer demokratischen Moderne nicht geschaffen werden. Akademische Kader und Elemente der demokratischen Moderne sind gleichermaßen wichtig, um Erfolge zu erzielen. Wechselbeziehungen zwischen ihnen sind ein Muss, um Sinn und Erfolg zu erreichen.

Der Kampf für die Freiheit (nicht nur der Frau, sondern aller Ethnien und verschiedener Teilen der Gemeinschaft) ist so alt wie die Geschichte der Versklavung und Ausbeutung der Menschheit. Die Sehnsucht nach Freiheit gehört zur menschlichen Natur. Viel ist aus diesen Kämpfen gelernt worden, auch aus demjenigen, den wir in den letzten 40 Jahren geführt haben. Die demokratische Gesellschaft hat stets neben verschiedenen Systemen der Mainstream-Zivilisation existiert. Die demokratische Moderne, das Alternativsystem zur kapitalistischen Moderne, ist durch eine grundlegende Änderung unserer Mentalität und die entsprechenden radikalen Veränderungen unserer materiellen Realität möglich. Diese Veränderungen müssen wir gemeinsam erreichen.

Abschließend möchte ich darauf hinweisen, dass der Kampf für die Freiheit der Frauen durch den Aufbau eigener politischer Parteien geführt werden muss, durch eine im Volk verankerte Frauenbewegung, den Aufbau eigener zivilgesellschaftlicher Organisationen und Strukturen der demokratischen Politik. All dies muss parallel erfolgen. Je besser es der Frau gelingt, sich dem Griff der männlichen Herrschaft und Gesellschaft zu entwinden, desto besser wird sie in der Lage sein, in Eigeninitiative und unabhängig zu leben und zu handeln. Je mehr Frauen sich selbst ermächtigen, desto mehr erlangen sie wieder ihre freie Persönlichkeit und Identität.

Daher ist der beste Beweis für Kameradschaftlichkeit und Menschlichkeit, die Frau in ihrem Zorn, ihrem Wissen und ihrer Freiheitsbewegung zu unterstützen. Ich habe volles Vertrauen, dass Frauen unabhängig von ihren unterschiedlichen Kulturen und Ethnien, all diejenigen, die vom System ausgeschlossen wurden, ihr Ziel erreichen werden. Das 21 . Jahrhundert wird das Jahrhundert der Befreiung der Frau sein.

Ich hoffe, meine eigenen Beiträge zu leisten – indem ich nicht nur über diese Fragen schreibe, sondern dabei helfe, die Veränderungen umzusetzen. ♦

Abdullah Öcalan:
Befreiung des Lebens: Die Revolution der Frau
ISBN: 978-3-941 012-88-2
Erscheint in der International Initiative Edition in Zusammenarbeit mit Mesopotamien-Verlag, Neuss
www.ocalan-books.com
Internationale Initiative
»Freiheit für Abdullah Öcalan – Frieden in Kurdistan«
Postfach 1 0051 1
50445 Köln
www.freedom-for-ocalan.com
www.freeocalan.org

Unsere Tochter ist dem Profitdenken mehrerer Staaten zum Opfer gefallen …



»Frankreich ist uns eine Erklärung schuldig«

Interview mit der Familie von Leyla Şaylemez

Seit dem Mord an Sakine Cansız, Fidan Doğan und Leyla Şaylemez am 9. Januar 2013 in Paris ist ein Jahr vergangen. Wir haben ihre Familie in Halle besucht, um mit ihnen zu sprechen und mehr über Leylas Leben zu erfahren. Es ist eine große Familie: Leyla hatte sieben Geschwister. Sie empfangen uns herzlich und sind trotz ihres Schmerzes gerne bereit, auf unsere Fragen zu antworten.

Ihr stammt doch eigentlich aus Amed (Diyarbakır) und seid später nach Mersin gezogen. Mögt Ihr ein bisschen aus dieser Zeit erzählen?

Cumali Şaylemez: Ja, wir sind aus dem Kreis Lice in Amed. 1978 gab es Unstimmigkeiten zwischen den DorfbewohnerInnen. Die Menschen waren damals in der Lage, sich im Streit um ein Huhn oder eine Ziege gegenseitig umzubringen. Ich konnte das nicht begreifen. Das Land war vom Feind besetzt, dazu wurde geschwiegen, aber wegen eines Huhns gingen sie sich gegenseitig an den Kragen. Ich wollte weder sterben noch töten, und so bin ich mit meinen Eltern nach Mersin gezogen.

Wie verlief Euer Leben in Mersin?

Ich heiratete meine Cousine Sifa Şaylemez und arbeitete auf dem Bau. Leyla kam in Mersin als unser viertes Kind 1988 zur Welt. Zu der Zeit war ich schon politisch tätig. Als die Repression zu groß wurde, mussten wir 1994 nach Deutschland kommen.

Könnt Ihr etwas über die Kindheit von Leyla in Mersin erzählen?

Leyla war schon als kleines Kind sehr intelligent. Sie hatte gute Beziehungen zu ihren Geschwistern und FreundInnen. Damals verliefen Hochzeitsfeiern in einer Serhildan-Atmosphäre. Auf solchen Feiern war Leyla dann das Maskottchen, sie machte mit ihren kleinen Fingern das Siegeszeichen.

Sifa Şaylemez: Unsere Tochter war als Kind sehr beliebt in ihrem Umfeld. Sie war sehr emotional und wollte alles mit ihren FreundInnen teilen. Auch in der Schule war sie gut, ihre LehrerInnen wollten, dass sie weitermacht, aber dann mussten wir ja 1994 nach Deutschland gehen.

Wie war das für Euch, als Ihr nach Deutschland kamt?

Es war natürlich ein völlig fremdes Land. Wir kannten uns nicht aus und konnten auch die Sprache nicht. Am Anfang war es sehr schwer, auch für die Kinder. Leyla erzählte, dass in der Schule niemand mit ihr und ihren Geschwistern reden würde. Sie litt sehr darunter, wenn sie nicht mitspielen durfte oder ein anderes Kind ihre Hand nicht halten wollte. Wahrscheinlich hat sie deshalb später immer FreundInnen gesucht, die keine Deutschen waren. Sie hatte viele FreundInnen aus Vietnam, Kambodscha oder Afrika.

Hat diese Erfahrung der Ausgrenzung ihr Leben beeinflusst?

Leyla konnte das einfach nicht begreifen; sie fragte mich ständig, warum die Leute uns nicht mögen würden. Manchmal verkroch sie sich tagelang in ihrem Zimmer und dachte nach. Sie las auch sehr viel. Ausgrenzung war etwas, das sie sehr traurig machte. Sie wollte, dass alle frei und gleich sind.

Wie war Leyla zu Hause, in ihrer Familie?

Sie war mir eine sehr große Hilfe und machte viele Dinge im Haushalt, ohne dass ich es mitkriegte. Ihre Geschwister und auch ihre FreundInnen vernachlässigte sie nie. Bei jeder Gele-

genheit nahm sie auch an der Kulturarbeit im Verein teil. Sie liebte die Natur, aber am liebsten las sie Bücher. Sie sagte dann, ich muss viel lesen, damit es meinem Volk mal zugutekommt. Auch im sozialen Leben war sie sehr aktiv und nahm an allen möglichen Veranstaltungen teil. Dabei fühlte sie sich immer verantwortlich für alles.

Wie habt Ihr reagiert, als sie sich der Befreiungsbewegung angeschlossen hat?

Natürlich war es hart für mich, und ich konnte es am Anfang nicht akzeptieren. Aber dann dachte ich, nach all dem Leid, das unser Volk erfahren musste, tue ich sowohl ihr als auch mir Unrecht. Schließlich hat sie sich selbst dazu entschieden, für die Freiheit ihres Volkes zu kämpfen. Viele Mädchen geraten auf die schiefe Bahn, aber meine Tochter ist eine Befreiungskämpferin geworden. So habe ich mich selbst überzeugt, dass Leyla das Richtige macht, und dann war ich auch stolz auf sie.

Hattet Ihr weiter Kontakt miteinander, nachdem sie sich der Befreiungsbewegung angeschlossen hatte?

Ja, wenn auch nicht sehr oft. Sie kam manchmal vorbei oder rief uns an. Wie gesagt, sie hatte ein großes Verantwortungsbewusstsein und spielte eine zentrale Rolle in der Familie. Sie sagte mal, dass alle kurdischen Mütter wie ihre eigene Mutter seien. Wenn sie Familien besuchte, benahm sie sich wie eine Tochter des Hauses, sie fühlte sich nicht fremd und konnte sofort Kontakt mit Menschen herstellen. Einmal hörten wir fast zwei Jahre nichts von ihr. Später haben wir erfahren, dass sie in Kurdistan war und das vor mir verheimlicht hatte, damit ich mir keine Sorgen mache. Dann stand sie auf einmal wieder vor der Tür. Ich habe mich sehr gefreut, aber gleichzeitig war ich auch beunruhigt.

Warum warst Du beunruhigt?

Ich meinte zu ihr: »Sag die Wahrheit, bist Du weggelaufen? Hast Du die FreundInnen verraten? Warum bist Du gekommen?« Und sie antwortete, so etwas würde sie nie tun. Sie war aus gesundheitlichen Gründen zurückgeschickt worden, um hier zu arbeiten, wegen Rückenproblemen und Polypen, die ihr sehr zu schaffen machten. Nachdem sie operiert worden war, ist sie wieder in die Arbeit gegangen. Sie war sehr lebhaft, Untätigkeit konnte sie nicht ertragen.

Wie habt Ihr von dem Mord erfahren?

Leylas Großvater in der Türkei war krank. Mein Mann war deshalb nach Mersin gefahren. Frühmorgens klingelte es. Ich war schon am Abend vorher so unruhig gewesen, konnte nicht stillsitzen. Als es dann klingelte, wurde ich noch nervöser. Es standen fünf bis zehn FreundInnen vor der Tür. Ich dachte sofort, dass mein Schwiegervater verstorben sei. Aber sie sagten, dass Leyla ermordet worden war. Ich war wie erstarrt. Die Zeit stand still. Es ist nicht möglich, diese Gefühle zu beschreiben. Mein Mann kam am selben Tag aus der Türkei zurück und wir sind alle sofort nach Paris gefahren.

Wie habt Ihr die Atmosphäre in Paris wahrgenommen?

Es sind letztes Jahr Zehntausende Menschen nach Paris gekommen. Alle empfanden Schmerz und Wut. Natürlich war es für uns ein Trost, dass so viele Menschen da waren. Wir haben versucht, stark zu sein, und die Menschen haben uns aufgefangen. Dafür können wir nicht genug danken. Unsere Tochter hatte mal zu ihren FreundInnen gesagt, »wenn ich sterbe, werden mich Tausende auf dem letzten Weg begleiten«. So war es dann ja auch. Und alle Menschen waren so traurig, als ob ihr eigenes Kind dort im Sarg liegen würde. Ich bin immer sehr stolz auf meine Tochter gewesen. Ich wünschte nur, sie hätte aufstehen und die Menschenmassen sehen können.

Wie war es in Kurdistan, als die Leichname überführt wurden?

Überall, in Paris, Istanbul, Amed und Mersin waren unglaublich viele Menschen. Alle waren so traurig, als ob es ihre eigene Tochter wäre, und gleichzeitig versuchten sie uns zu trösten. Es war wirklich so, als ob das nicht mehr nur unsere Tochter, sondern sie zur Tochter des ganzen kurdischen Volkes geworden ist.

Möchtest Du noch etwas sagen, Sifa?

Meine Tochter hat für das Glück und die Freiheit ihres Volkes gekämpft. Das hat sie mit ihrem Leben und mit ihrem Tod bewiesen. Einen so grausamen Tod hat sie nicht verdient. Sie stand noch am Anfang ihres Lebens, als sie uns weggenommen wurde. Ihr Tod ist unbegreiflich für uns. Wir werden niemals aufhören, ihre Mörder zu verfolgen. Trotz allem wollen wir, dass ihr Gerechtigkeit widerfährt und die Hintergründe der Tat öffentlich gemacht werden. Unsere Tochter ist dem Profitdenken mehrerer Staaten zum Opfer gefallen, deshalb verlieren wir unseren Glauben an die Gerechtigkeit immer mehr. Ich bin eine Mutter, die ihr Kind in diesem Krieg verloren hat. Ich will, dass endlich Frieden in Kurdistan herrscht. Und ich

möchte mich noch einmal bei allen bedanken, die uns in dieser schweren Zeit nicht alleingelassen haben.

Yasemin, magst Du uns etwas über Deine große Schwester erzählen?

Yasemin Şaylemez (22): Meine Schwester war ein mutiger Mensch, sie sprach ihre Gedanken offen aus. Sie glaubte nicht alles, was ihr erzählt wurde, aber sie tat alles, um andere zu überzeugen. Die Beziehung zu ihren FreundInnen und auch den LehrerInnen war im Allgemeinen gut. Leyla konnte sehr schnell Kontakt zu Menschen finden. Auch in der Familie spielte sie eine große Rolle, sie lachte gerne und brachte andere zum Lachen.

Wie hast Du die Zeit erlebt, als sich Leyla der Befreiungsbewegung angeschlossen hat?

Wir sind alle mehr oder weniger im Verein groß geworden, aber bei Leyla ging das noch tiefer. Ich erinnere mich, dass sie an einem Hungerstreik teilgenommen hatte. Danach hat sie sich verändert, sie las noch mehr als früher, Bücher, Zeitschriften. Bei uns liefen immer die Nachrichten, aber sie hörte viel aufmerksamer zu als wir anderen. Der Krieg in Kurdistan ging ihr sehr nahe.

Und wie war Eure Beziehung untereinander?

Sie war nicht nur meine große Schwester; wenn meine Mutter nicht da war, übernahm sie auch die Mutterrolle für uns alle. Sie zeigte ihre Liebe sehr offen und beschäftigte sich viel mit mir, fragte nach und hörte zu. Das Letzte, was sie für mich getan hat, war meine Eltern zu überzeugen, dass ich in eine eigene Wohnung ziehen kann, weil ich angefangen hatte zu studieren und die Uni sehr weit weg war. Sie rief meine Mutter an und sagte ihr, sie müsse ihren Töchtern schon vertrauen. So hat sie meine Eltern überzeugt und sie haben es schließlich erlaubt. Ich habe eine Wohnung angemietet, aber nur eine Woche später wurde meine Schwester ermordet. Danach bin ich natürlich zu meiner Familie zurückgekehrt. Für mich ist nichts mehr wie früher, ich habe auch das Studium aufgegeben. Manchmal versuchen die Menschen mich zu trösten und sagen, das Leben geht weiter, Leyla hätte gewollt, dass du studierst und dein Leben lebst, aber ich will das von ihr selbst hören. Ihr Tod ist unbegreiflich für mich. Auch in der Familie spielte sie eine wichtige Rolle.

Möchtest Du zum Schluss noch etwas sagen?

Der Mord an meiner Schwester und den beiden anderen Freundinnen ist immer noch nicht aufgeklärt. Nichts kann sie zurückbringen, aber der französische Staat ist uns immer noch eine Erklärung schuldig. ♦

Das Interview mit der Familie von Leyla Şaylemez führten Rojda Aydin, Agnes Alvensleben, Mehmet Zahit Ekinci.



Die Familie von Leyla Şaylemez Foto: AvA

... dass wir eines Tages frei sein werden, wirklich frei, nicht nur vom Gefängnis ...

Gespräche mit Aktivisten auf den Philippinen

In der Mitte des letzten Jahres besuchten Freundinnen die Philippinen. Dabei kamen sie mit der Bevölkerung und auch mit Genossinnen und Genossen der NPA (New People´s Army) zusammen. Sie haben uns zwei Gespräche, die sie dort führten, für den Kurdistan Report zur Verfügung gestellt.

Axel Pinpin
Poet, Aktivist und ehemaliger politischer Gefangener
Provinz Cavite, Philippinen

Bitte stellen Sie sich vor.

Ich bin Axel Pinpin, ich bin ein Organisator der Bauernbewegung in der Region Southern Tagalog in den Philippinen. Ich bin ebenso ein ehemaliger politischer Gefangener während des US-Gloria-Macapagal-Arroyo-Regimes. Außerdem bin ich Poet.

Könnten Sie etwas zur Erfahrung der Bauernorganisierung sagen, wie Sie zum Kampf gekommen sind und was die wichtigsten Erfolge des Kampfes sind?

Ich bin beruflich Landwirt. Als ich als Regierungsangestellter im Wissenschafts- und Technologieministerium gearbeitet habe, haben wir zum Beispiel auch die bäuerlichen Gemeinschaften besucht. Wir haben Seminare zur Verbreitung bestimmter Technologien dort durchgeführt. Ich war damals sehr jung. Ich dachte, dass der Technologietransfer zu den BäuerInnen der Schlüssel sei, um die Landwirtschaft im Land zu verbessern. Auf einer dieser Sitzungen, als ich nicht wusste, dass dies eine organisierte Gemeinschaft der nationaldemokratischen Bauernorganisation war, fragte mich dann einer der Bauern, eigentlich ein Bauernführer: »Mein Herr, wir glauben schon, dass Ihre Technologie sehr gut ist, aber können diese Techniken und Technologien garantieren, dass uns das Land nicht weggenommen wird?« Das war für mich, als ob eine Bombe platzte. Ich fragte: »Wollen Sie mir damit sagen, dass Ihnen das Land nicht gehört?« Sie sagten: »Ja, mein Herr, wir besitzen das Land nicht.«

Und von da an wandte ich mich grundsätzlicheren Themen wie der Agrarreform zu. Weil ich den Eindruck habe, ja, die Philippinen sind ein landwirtschaftlich geprägtes Land. Es gibt eine unterentwickelte Landwirtschaft und wir müssen zwar die Technologie verbessern, um eine entwickelte Landwirtschaft zu erreichen und dann über eine gute Industrie zu verfügen, aber es war für mich eine wichtige Erkenntnis, von den BäuerInnen selbst zu lernen, dass sie kein eigenes Land besitzen. Dass es GroßgrundbesitzerInnen gehört. Sieben von zehn BäuerInnen besitzen das Land nicht, das sie bearbeiten, es gibt Feudalbeziehungen, feudale Ausbeutung. Also, ich denke, ich kann sagen, das war meine erste Begegnung mit den wirklichen Agrarproblemen auf den Philippinen.

Ich hatte mit ein paar FreundInnen aus der nationaldemokratischen Bewegung diskutiert und erkannt, dass die philippinische Gesellschaft tatsächlich eine semikoloniale semifeudale Gesellschaft ist. Deswegen brauchen wir eine nationale Befreiung und einen demokratischen Kampf, dem sich die Mehrheit der Menschen, die selbst BäuerInnen sind, anschließen werden.

Zu den Erfolgen: Ich arbeite seit mehr als zehn Jahren als Vollzeitaktivist mit der bäuerlichen Klasse. Ich kann sagen, dass viel erreicht wurde. Zum Beispiel in der Provinz Cavite, die Teil der Southern-Tagalog-Region ist, waren wir in der Lage, eine Kampagne zu beginnen zur Verbesserung und Wiederbelebung der Kaffeeindustrie. Wir haben das gemacht durch Forschungen und soziologische Untersuchungen, um zunächst Informationen von den BäuerInnen zu sammeln, und haben mit ihnen daraus eine Kampagne entwickelt. Diese Kampagne ist eigentlich eine antiimperialistische Kampagne, denn die USA kontrollieren die Kaffeeindustrie weltweit. Die

USA sind Teil der internationalen Kaffeeorganisation, produzieren aber selbst keinen einzigen Kaffeebaum oder eine einzige Kaffeebohne auf der Welt.

Haben Sie mit der Kaffeekampagne Netzwerke mit Kooperativen in Kuba, Nicaragua oder Mexiko aufgebaut?

Genau, nicht in diesen Ländern, aber in Guatemala und Brasilien. Brasilien ist der Hauptkaffeeproduzent. Als wir mit brasilianischen BäuerInnen diskutierten, sagten sie, unser Konzept sei das verständlichste Papier, das sie je gelesen hätten. Sie hätten nie gedacht, dass es aus einem so kleinen Land kommt. Jedenfalls sind die Philippinen sehr wichtig für die Kaffeproduktion in Südostasien. Nummer eins ist Vietnam, die Philippinen stehen aktuell als Produzenten erst an fünfter Stelle. Früher waren wir weltweit Nummer eins im Kaffeeexport.

Wie kam es dazu, dass Sie politischer Gefangener wurden?

Das war 2006. Tatsächlich ist die wichtigste Kampagne der Bauernbewegung der Kampf um eine echte Landreform. Also bieten wir den bäuerlichen Gemeinschaften Unterstützung, wie Ausbildung zur juristischen Hilfskraft oder wie sie ihr Land verteidigen können, historische Bildung, wie die Besitzverhältnisse früher waren, früher gehörte das Land nämlich niemand und es wurde kollektiv genutzt, bis zu jenem schönen Morgen 1521, als die Spanier kamen und sagten: »Die Philippinen gehören uns.« 2006 gab es eine heftige Auseinandersetzung, einen großen Kampf, deswegen, weil einer der Großgrundbesitzer Senator der Philippinen ist. 25 Hektar in seinem Besitz, auf denen 45 Familien wohnten, die wurden im Februar 2006 vertrieben. Ich hatte schon jahrelang mit ihnen Organisierungsarbeit gemacht. Es wurde alles abgerissen, es waren 38 Bauern, die 500 Abrissteams gegenüberstanden. Diese Teams bestanden aus Polizisten und anderen gemieteten Abrissarbeitern.

Um es kurz zu machen, die Bauern wurden vertrieben. Sie errichteten ein Lager und verließen den Platz nicht. Ich konnte nicht zurück zur Gemeinschaft, denn es wurde das Gerücht gestreut, ich würde polizeilich gesucht. Sie versuchten mich zu verteidigen. Die Polizei hat mich nämlich als Mitglied der NPA-Guerilla bezeichnet. Die Bauern versuchten mich zu verteidigen, ich würde sie nur organisieren. Die Polizei sagte, tagsüber ist er Aktivist und nachts Aufständischer. Das war Februar, April wurden wir entführt. Sie waren sehr darum bemüht, mich mit anderen GenossInnen zu verhaften.

Aber nach Ihrer Freilassung ging Ihr politischer Aktivismus weiter und Sie sind auch in die Türkei gefahren und Sie haben sich auch mit kurdischen AktivistInnen getroffen. Was waren Ihre Eindrücke von diesen Treffen?

Ja, das ist richtig, dieses Leben im Gefängnis änderte so viele Dinge in meinem Leben. Ich habe so viel begriffen. Eine wichtige Sache war, in den Händen des Feindes, der faschistischen Truppen, da habe ich schließlich erkannt, es ist wirklich so. Natürlich hatte ich den GenossInnen geglaubt, die ihre Geschichten erzählten, wie grausam die faschistischen Truppen sind. Aber erst dann, als ich selbst in ihrer Hand war, merkte ich schließlich, dass es staatliche Politik ist zu foltern, zu verhören und manchmal auch die AktivistInnen zu ermorden. Als ich im Gefängnis war, wurde mir klarer, dass ein nationaldemokratischer Kampf hier auf den Philippinen notwendig ist.

Acht Monate nach meiner Entlassung begann ich, mich einzusetzen für die Weiterentwicklung des Kampfes der politischen Gefangenen, nicht nur auf den Philippinen, sondern weltweit. Ich erfuhr, wie viele politische Gefangene es auf der Welt gibt. Das war 2008. Dann 2010 wurde ich von einer Organisation in der Türkei zu einer internationalen Konferenz für die politischen Gefangenen eingeladen. Sie sollte zusammenfallen mit dem 3. Dezember, dem internationalen Tag der Solidarität mit den politischen Gefangenen. Also konnte ich mich dort in der Türkei mit anderen politischen Gefangenen austauschen.

Ich war wirklich überrascht, wie die politischen Gefangenen in der Türkei, die sich schließlich vor allem als kurdisch herausstellten, im Gefängnis kämpfen. Ich dachte, dass unser Kampf im Gefängnis wirklich etwas ist, bis wir über die Kämpfe in der Türkei hörten. Wir diskutierten über den F-Typ, das Gefängnissystem, die Durchführung von Hungerstreiks, die Selbstorganisation der politischen Gefangenen in der Türkei; und noch etwas, das ich für wirklich erwähnenswert halte hinsichtlich des Kampfes der politischen Gefangenen, ist, wie sie von ihren Familien unterstützt werden. Es war in der letzten Novemberwoche und am 3. Dezember machten wir eine Protestkundgebung am Taksim-Platz. Ich dachte, wir würden sehr wenige sein, vielleicht so zwischen 50 oder 60. Aber die ganze Straße war von Familienangehörigen politischer Gefangener besetzt, und da sah ich auch ein Plakat, das zur Freiheit des Genossen Abdullah Öcalan aufrief. Also begann ich zu fragen, wer Abdullah Öcalan ist, sie versuchten mir den Kampf zu erklären, wer er ist. Und ich war wirklich begeistert. Wie ich schon sagte, ich bin Poet und liebe Literatur. Das Erste, was mir damals in den Sinn kam, war die Geschichte des fiktionalen Grafen von Monte Christo, der auf einer Insel inhaftiert worden war. Aber es ist schließlich mehr, das ist weit mehr als Fiktion, das ist echte Realität.

Vorletztes Jahr hörte ich schließlich, dass es eine Kampagne gibt, um die Forderung nach Freiheit für den Genossen Abdullah Öcalan zu stärken. Ich wurde nach einer Solidaritätsbotschaft gefragt, und ich schrieb vorletztes Jahr eine, zusammen mit einem Gedicht. Es ist ein Lied über die politischen Gefangenen, das die Schwere, den Kampf behandelt, wie schwer es ist im Gefängnis, das aber auch das Bedürfnis nach Freiheit beschreibt, die Liebe zur Freiheit, die Überzeugung, dass man nur vorübergehend im Gefängnis ist, dass die Gitterstäbe eigentlich aus Seide sind und leicht durchbrochen werden können. Ich möchte damit den politischen Gefangenen Mut und Kraft zum Durchhalten geben und sagen, dass wir eines Tages frei sein werden, wirklich frei, nicht nur vom Gefängnis, sondern als Befreiung der ganzen Menschheit.

Das ist ein wunderbarer Schlusssatz, vielen Dank.

Das Gedicht Alex Pinpins für seine Grußbotschaft für die Freiheit Abdullah Öcalans:

Wash with the salve of poems the wounds of freedom!
Bash, bash down the smooth bars of prison!
Smash, and smash down the pestilence of oppression!
Rise, rise up in the night with the raging light!
Break, break down the weak walls of repression!
Fight, fight back incarceration with cries of emancipation!
For international solidarity

Armando Catapia Command | NPA

Die erste Frage an Sie hier als Zugführer: Warum befinden Sie sich hier und wie beschreiben Sie die Aufgaben Ihrer Einheit in diesem besonderen Gebiet?

Wir sind hier an der Grenze zweier Regionen – Southern Tagalog und Bicol; es gibt ein besonderes Interesse an diesem Gebiet, die NPA nennt es die Quezon-Bicol-Zone. Diese war sehr wichtig, besonders als sich die NPA in den 70er Jahren etablierte. Besonders wichtig ist uns, hier eine Agrarrevolution zu beginnen, sie ist absolut gerechtfertigt und notwendig angesichts der Lage der armen Landbevölkerung. Das ist der Grund, und die Aufgabe der NPA ist es, die armen Bauern und Bäuerinnen zu organisieren, sie zu ermutigen, eine Agrarrevolution zu beginnen.

Ein Genosse hat uns erzählt, dass es gerade hier Projekte von Bergbauunternehmen gebe, sich in dieser Region auszubreiten. Könnten Sie etwas zum Widerstand gegen diese Projekte sagen?

Mensch muss verstehen, dass dieses Gebiet von großer strategischer Bedeutung ist, um in der Zukunft in die Stadtzentren zu kommen. Das ist sehr wichtig für die Volksarbeit. Ein weiterer wichtiger Punkt in diesem Gebiet ist es, einen möglichst großen Teil der Bevölkerung zu organisieren und zu vereinen und gegen den Bergbau, der in dieser Region stattfinden soll, Protest zu initiieren und die Bevölkerung dazu zu ermutigen.

Wie beurteilen Sie den hier vor Ort erreichten Organisierungsgrad der Bevölkerung?

Im Moment ist die NPA gerade in der Lage, in der Bevölkerung eine breite Allianz gegen den Bergbau zu formen auf der Ebene einer legalen Massenorganisation. Das wurde von der PA geschaffen. Die NPA hat aber auch schon Strafaktionen gegen den Bergbau durchgeführt und im Dezember Maschinen und Ausrüstungsgegenstände von Bergbauunternehmen verbrannt und einen Schaden von 5,1 Millionen Pesos angerichtet. Die PA denkt, dass dies einen Durchbruch darstellt, um den Bergbauunternehmen ein deutliches Signal zu senden, dass sie hier nicht willkommen sind.

Wie organisieren Sie die Bevölkerung? Für Guerillakräfte ist es ja nicht einfach, ein Dorf zu betreten. Mit welchen Argumenten überzeugen Sie die Menschen, sich am Kampf zu beteiligen?

Ja, das ist wirklich sehr schwer für die PA, die Dörfer und Stadtviertel zu betreten. Aber dieses Problem wurde überwunden, indem begonnen wurde, kleinere semilegale Gruppen der PA in die Barrios zu schicken. Bevor die PA mit der Organisierung der Bevölkerung begann, hat sie erst einmal eine Untersuchung der Lage angestellt. Zum Beispiel über Bergbauaktivitäten, die hier durchgeführt werden sollen, damit die Gruppen bereit sind, breit angelegte, tief gehende Informationsarbeit für die Bevölkerung zu leisten. Auf diese Weise können wir die Bevölkerung vereinen. Sie haben verschiedene Wege und Methoden, um Treffen oder Diskussionen durchzuführen, sie

haben sogar ihre eigene Zeitung für diese Region. Sie erscheint alle drei Monate. Es gibt sie auch als Comic-Version, damit die einfachen BäuerInnen das auch gut verstehen können. Das alles wird in der PA gemacht.

Was für taktische Offensiven sind notwendig, um in dieser Region den großen Investitionsvorhaben zu widerstehen und um die NPA und die Massenbewegung zu stärken?

Die militärischen Aktionen generell können Strafaktionen sein, um die Bergbauunternehmen zu bestrafen, um sie zu vertreiben, zweitens taktische Offensiven gegen die Beschützer der Bergbauunternehmen, also vor allem gegen das Militär, dies können Hinterhalte sein. Andererseits glaubt die NPA, dass das Militär der Philippinen, die faschistischen Gruppen, ernsthaft daran arbeiten, die PA durch Angriffe zu vertreiben. Aber wir sind immer bereit, unsere Einheiten zu verteidigen, damit wir die Menschen hier schützen können.

(…)

Gibt es noch andere Einheiten der NPA hier?

Ja, es gibt hier noch einige Einheiten an den Grenzen. Sie sind Teil einer anderen Front. Unsere Aufgabe ist es, hier eine neue Front aufzumachen. Wir sind in Einheiten organisiert und verfolgen hauptsächlich drei Taktiken des Guerillakriegs:

Erstens, wir konzentrieren Kräfte zum Angriff und zur Konsolidierung; zweitens, wir zerstreuen unsere Kräfte, um die Massen zu erreichen und Propagandaaktionen durchzuführen und aus dem Blickfeld des Feindes zu verschwinden; drittens, wir vermeiden starke Feindpräsenz in der Region.

So können Einheiten sehr effektiv gegen feindliche Stellungen, Camps eingesetzt werden. Wir können in großen Einheiten angreifen und uns in kleinen Gruppen mit den Massen versammeln. Eine Einheit kann sich in sechs Teams aufteilen. So kann eine große Fläche abgedeckt werden. Also drei Hauptlinien: konzentrieren, zerstreuen und ausbreiten.

Ich denke, Sie selbst haben viel von der Geschichte der NPA direkt erlebt; wenn Sie zurückschauen zu der Zeit, als Sie Mitglied der NPA wurden, und mit heute vergleichen, wie würden Sie das erreichte Niveau der NPA beschreiben?

Es gibt einen großen Unterschied zwischen der NPA in den 70er Jahren, als sie begann, und der NPA heute. Damals war es die Hauptaufgabe der NPA, sich in der Region und unter den Massen auszubreiten, um eine Massenorganisation aufzubauen, in Anbetracht dessen, dass uns damals praktisch Waffen fehlten. In den 80er Jahren wurde die NPA stark innerhalb Quezons und der Bicol-Region, ihre Gruppen reichten von Zug- bis Kompaniestärke. Also haben sie ein großes Gebiet kontrolliert und hatten viele Massenorganisationen. Doch angesichts der Situation, dass wir damals Einheiten in Kompanie- und Zugstärke hatten, Waffen, ein großes Gebiet kontrollierten und viele Massenorganisationen hatten, gab es aber ein großes Problem – die NPA war nicht in der Lage, diese Region und die große Zahl der Massenorganisationen in ideologischer, politischer und organisatorischer Hinsicht zu konsolidieren. Aber wir haben weitergemacht. Nach der Reorganisierungsphase *[»Second Great Rectification Movement«]* 1992 änderte sich alles. Jetzt ist die NPA ideologisch, politisch und organisatorisch viel konsolidierter. Und sie ist nicht schlechter in der Massenorganisierung.

(…)

Welche Ziele versuchen Sie hier in der Region in der nächsten Zeit zu erreichen?

Unser mittelfristiges Ziel, das wir erreichen wollen, ist es, wieder Kompaniestärke als Guerillaeinheiten zu erreichen. Langfristig wollen wir eine reguläre, mobile Guerillakraft etablieren.

Wie haben Sie sich der NPA angeschlossen?

1971, als ich sieben oder acht Jahre alt war, kam die NPA in die Region. Seitdem bin ich schon dabei. Als ich neun Jahre alt war, wurde ich Kurier, habe Briefe von einem Viertel ins andere gebracht, von einer Guerillaeinheit zur anderen. Schon in jungen Jahren war ich mir der Armut und der Situation der armen Landbevölkerung bewusst. Wegen dieses Bewusstseins habe ich mit 12 schon versucht, der NPA beizutreten. Aber ich wurde wegen meines geringen Alters abgewiesen. Mein Vater schloss sich der NPA 1974 an, ich war da zehn, und wurde 1979 getötet. Mein älterer Bruder schloss sich 1981 der NPA an und wurde 1987 getötet. Eigentlich ein Jahr zu jung für einen offiziellen Beitritt, mit 17 Jahren, schloss ich mich endlich der NPA an. Die GenossInnen von der NPA rechneten mir meine Verpflichtung an, ich hatte ja schon mit 12 beitreten wollen, und sie sagten, wir akzeptieren Dich jetzt. (...) ♦

Eine Kampagne gegen eine menschenverachtende reaktionäre patriarchale Tradition

Brautgeld macht Frauen zum Objekt

M. Zahit Ekinci, Journalist, Özgür Politika

Die unter dem Motto »NEIN zu Brautgeld!« initiierte Kampagne wird von der Frauenbegegnungsstätte UTAMARA e. V. durchgeführt. In diesem Rahmen finden europaweit an den verschiedensten Orten Veranstaltungen statt, um für das Thema zu sensibilisieren. Über die laufende Kampagne und allgemein zur heutigen Situation von Frauen informiert Sultan Öger, eine Aktivistin der Frauenbegegnungsstätte.

Mit dem Aufruf zur Kampagne »NEIN zu Brautgeld!« stellen wir uns dagegen, dass Frauen durch die Zahlung von Brautgeld wie ein Objekt des Handelns wahrgenommen werden. Wir rufen alle Frauen und Jugendlichen sowie alle gesellschaftlichen Gruppen dazu auf, sich gegen diese Schande zu erheben.

Frei und gleichwertig zu leben ermöglicht gesellschaftliche Freiheit

Eines der wichtigsten Standbeine einer organisierten Gesellschaft ist die Organisierung von Frauen. So, wie Frauen heute ihren Kampf gegen die männliche patriarchale Weltsicht führen, so können sie eine neue Lebensphilosophie für eine demokratische Gesellschaft erschaffen. Es ist notwendig, dass Frauen mit gemeinsamer Kraft gegen die ihnen und der Gesellschaft seit Jahrtausenden aufgezwungenen unterdrückenden Sichtweisen ankämpfen, sich organisieren und damit der aus dem Bewusstsein gelöschten Göttinnen-Kultur von neuem den Weg bereiten und ihre geschaffenen Werte zurückgewinnen. Die Befreiung der Gesellschaft wird erst dann möglich sein, wenn beide Geschlechter auf der Grundlage eines freien und gleichwertigen Lebens an diesem teilhaben.



Die Diskriminierung beginnt im Mutterleib

Gewalt gegen Frauen wird in vielen Kulturen unter Berufung auf Glauben, Traditionen und moralische Normen legitimiert und dauerhaft institutionalisiert. Die männliche Herrschaftskultur nimmt sich das Recht der Kontrolle über den Körper der Frau, ihre Weise sich zu bewegen, ihr Verhalten und ihre Lebensart. Bereits im Bauch der Mutter wird weiblichen Säuglingen die Gunst des Lebens verwehrt. Im Kindesalter beginnender sexueller Missbrauch und Gewalt in der Familie setzen sich in verschiedenster Form in der Pubertät fort. Die vom Mann und der Familie als Eigentum gesehene Frau wird, wenn das Heiratsalter erreicht ist, als Gegenleistung für das Brautgeld einem anderen Mann übergeben. Blutbäder und Morde im Namen der Ehre, Vergewaltigungen und Missbrauch machen das Leben zur Hölle.

Sklavenmarkt in seiner modernen Version!

Die Entstehung der Klassen war für die Frau der Beginn ihrer allumfassenden Existenz als Dienerin und wurde zu ei-

nem für die Erhaltung der Nachkommenschaft notwendigen Umstand. Brautgeld legte sich dabei seit dem Sklavenmarkt der Sklavenhaltergesellschaft bis heute als ein einer Schlinge gleicher Fluch um unseren Hals. Das von diesem Markt herrührende Verständnis von der Frau als Ware änderte sich auch nicht in der »heiligen Familie«. Eine Vielzahl dem Brautgeld ähnliche Handlungen, Namen und Methoden wurden eingeführt, die zur Zeit der Sklaverei für Frauen und Männer galten und später in der Familie frauenspezifisch umgesetzt wurden. Der Vater wurde der Einzige im Hause mit einer Stimme.

Keine Eigenart östlicher Gesellschaften

Dass der über die Kinder in jeder Form Verfügungsgewalt besitzende Vater für seine »abzugebende« Tochter einen konkreten Betrag erhält, hat sich mit der Zeit als Tradition gefestigt. Brautgeld hat im Laufe der Geschichte zuerst bei den Babyloniern, Hethitern, Chinesen und in vielen weiteren Kulturen Anwendung gefunden. Auch wenn es den Anschein erweckt, als wäre Brautgeld ein rein in östlichen Gesellschaften praktizierter Brauch, ist er tatsächlich mehr oder weniger auf dem europäischen, asiatischen und afrikanischen Kontinent verbreitet. In der Antike Roms und Athens ebenso wie bei den Arabern und in der jüdischen und christlichen Religion war Brautgeld als erforderlicher »Preis« oder »Vertrag zur Übertragung von Rechten« akzeptiert und fand als bestehende Praxis in Asien, Afrika und dem Fernen Osten auch im zwanzigsten Jahrhundert intensiv weiter Anwendung.

In der kurdischen Geschichte existiert kein Brautgeld

Brautgeld ist kein der kurdischen Gesellschaft und Kultur eigenes Element. Bei den ursprünglich der zoroastrischen Philosophie verbundenen Kurden ist eine Ehe ohne Einverständnis gesellschaftlich nicht erwünscht und verboten. In dieser vom neolithischen Zeitalter beeinflussten Kultur wurde die Vereinbarung der Ehe durch gegenseitige Geschenke gefeiert. Frau war als ihre Umgebung prägende und in allen Bereichen ihres Lebens Rechte kennende Form des natürlichen Lebens heilig. Als Produzierende, Gebärende und ihr Umfeld formende Frau hatte sie in der Gesellschaft eine besondere Stellung inne.

»Heqê şîrê dayîkê« – das Recht der Muttermilch

Mit der Einflussnahme des Patriarchats und der Entwicklung der Sklaverei hält ebenso Brautgeld als Brauch Einzug in die kurdische Gesellschaft. Durchgesetzt hat sich dabei gemeinsam mit der Islamisierung der Begriff »mahir«. Erlebte Kriege, Ausbeutungspolitik, gesellschaftliche Höhen und Tiefen, Zerstörung und Gewalt stärkten diese Traditionen und Frau stürzte als Austausch-Objekt vom Heiligenstatus zur Verfluchten. So wird auch in der heutigen Zeit der Brauch des Brautgeldes in der kurdischen Gesellschaft weiterhin als selbstverständlich aufrechterhalten. Auch wenn verschiedene Begriffe wie »heqê şîrê dayîkê« (Recht der Muttermilch), »heqê xal« (Recht des Onkels), »serê sibêhi « (Morgengabe, Recht der Entjungferung), »qelen« (Brautgeld) verwendet werden, entsprechen sie in ihrer Bedeutung dem Brautgeld. Manchmal kann auch, wenn nicht ausreichend Geld oder zu leistender Gegenwert zur Verfügung steht, »berdel« – der Austausch der Töchter zwischen zwei Familien – zum Zuge kommen.

Auch bei den Yeziden

Auch in der yezidischen Kultur dauert die Praxis des Brautgeldes an. Auch dort wird der Wert durch die Schönheit und den sozialen Status der Frau bestimmt. Zugleich besteht unter den Yeziden die Verpflichtung zur innerkulturellen Heirat. Sie können ausschließlich untereinander heiraten. Im Glauben daran, als Gruppe von Gott besonders auserwählt zu sein, verstehen sie die Vermischung der Stammlinie mit fremdem Blut als Verrat und größte Sünde. Diese Regel wird überaus streng und kompromisslos angewendet.

Wir rufen alle zur Unterstützung!

Die in keinem Lebensbereich nach ihrer Meinung gefragten Frauen fühlen sich in jedweder Richtung zerrissen. Diese Ausbeutungskultur richtet sich nicht nur direkt gegen Frauen, ebenso werden Männer und die gesamte Gesellschaft ausgebeutet und dem Verfall preisgegeben. Als Frauenbegegnungsstätte UTAMARA e. V. haben wir bis jetzt bei unseren Nachforschungen, in den veranstalteten Seminaren, persönlich aus den Geschichten der Frauen erfahren, dass in Kurdistan und in Europa, durch die Zahlung von und das Feilschen um Brautgeld, Frauen als Handelsobjekt wahrgenommen werden. Mit der Kampagne »NEIN zu Brautgeld!« stellen wir uns gegen dieses Verständnis. Mit der Zielsetzung der Befreiung der Frau und der Demokratisierung von Gesellschaft und Familie wollen wir die Öffentlichkeit sensibilisieren und eine gemeinschaftliche Widerstandskultur erreichen gegen die kapitalistische Moderne und ein Verhaftet- und Eingezwängtbleiben in rückständigen Traditionen. Dazu laden wir zuallererst Frauen sowie Jugendliche und alle interessierten Gruppen ein, die Kampagne »NEIN zu Brautgeld!« zu unterstützen, und wünschen uns, dass sich alle aktiv daran beteiligen und ihre Gedanken und Vorschläge mit uns teilen. ♦

»Freiheit und Selbstbestimmung«

Bericht einer Delegationsreise nach Kurdistan erschienen

Florian Osuch



Die kurdische Bewegung im Kampf um Selbstbestimmung. Bericht einer Delegationsreise, 92 Seiten, Bezug über den kurdischen Studierendenverband YXK per Mail: info@yxkonline.de

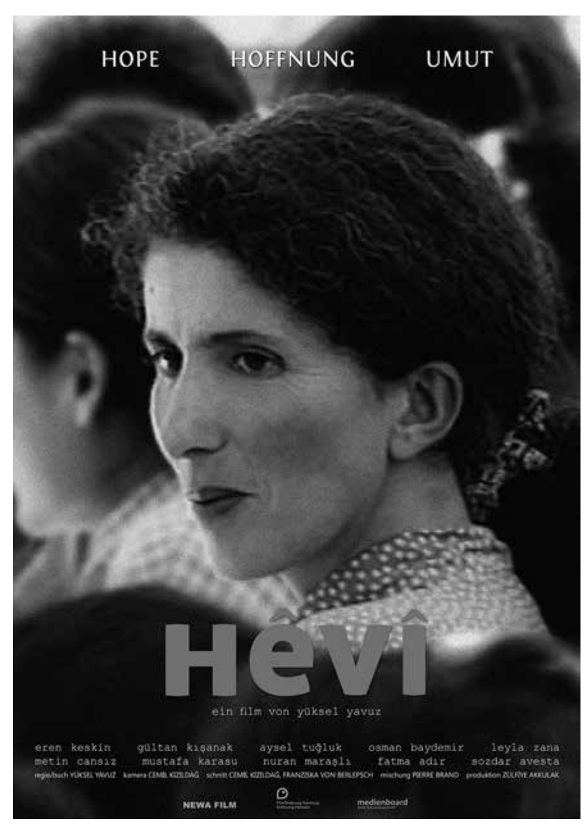
In wenigen Wochen feiern die Menschen in Kurdistan ihr Neujahrsfest Newroz. Die Feierlichkeiten am 21. März sind für die Menschen dort und auch hierzulande ein bedeutender Tag. Für die Freiheitsbestrebungen ist Newroz ein Symbol der Widerständigkeit und auch der Zuversicht. Zu den Hauptfestivitäten nach Amed (türkisch Diyabarkır) kamen im vorigen Jahr bis zu zwei Millionen Menschen. An diesen Feierlichkeiten nahmen auch junge Menschen einer Delegationsreise aus Deutschland teil. Zehn Tage war die Gruppe auf Einladung des kurdischen Studierendenverbandes YXK in Nordkurdistan/Türkei unterwegs. Aus den Erfahrungen und Begegnungen ist eine Dokumentation entstanden, die jetzt erschienen ist. Reiseberichte, Interviews, Bilderserien und Hintergrundreportagen geben einen umfangreichen Einblick in die kurdische Bewegung und das Ringen der Menschen nach Befreiung, Selbstbestimmung, Demokratie und Frieden.

Die Delegation legte insgesamt rund 1 300 Kilometer zurück. In einer Rundtour ging es von Amed ins Grenzgebiet Türkei-Iran-Irak unter anderem nach Roboski. In dem Ort kamen im Dezember 2011 bei einem Massaker der türkischen Armee 34 Menschen ums Leben. In Colemêrg (Hakkâri) im äußersten Südosten der Türkei halfen die Delegationsteilnehmer beim Verladen von Hilfsgütern, die für Westkurdistan/Syrien bestimmt waren.

Die Reisegruppe wollte die kurdische Freiheitsbewegung kennenlernen und gleichzeitig mögliche Repressionen gegen die Newroz-Feiern dokumentieren. »Mit unserer Anwesenheit wollten wir ein starkes Zeichen der Solidarität setzen«, heißt es. Die Situation war zu Reisebeginn schwer einzuschätzen. Einerseits hatte die türkische Regierung wenige Wochen zuvor verkündet, Gespräche mit dem inhaftierten Kurdenführer Abdullah Öcalan zu führen. Andererseits waren erst zwei Monate vergangen, dass drei kurdische Aktivistinnen in Paris ermordet worden waren.

Unterstützt wurde die Delegation unter anderem von der Linkspartei im Europaparlament. Jürgen Klute (MdEP, Die Linke) schreibt in einem Beitrag, dass die Dokumentation nicht nur »qualitativ gelungen« sei, sondern auch »zur rechten Zeit« erscheint. Die Türkei sei im vorigen Jahr »so sehr im Licht der internationalen Öffentlichkeit« gewesen wie lange nicht mehr. Im Zentrum standen das historische Friedensangebot der kurdischen Bewegung und die Gezi-Park-Bewegung, die sich von Istanbul in zahlreiche türkische Städte ausbreitete.

Besonders lesenswert in der Publikation ist das ausführliche Interview mit der kurdischen Parlamentsabgeordneten Emine Ayna (»Die kurdische Freiheitsbewegung ist eine Klassenbewegung«). Darüber hinaus gibt es Berichte zur Situation der Jugendlichen in Kurdistan sowie Hintergründe zur Rolle der Frauen in der Freiheitsbewegung und zu alternativen Bildungsangeboten. Thematisiert wird auch die ständige Angst vor Repression und die Situation der politischen Gefangenen. Herausragend ist wohl der Beitrag zur Queer-Bewegung. Die kurdische schwul-lesbisch-transgender-Organisation Hebûn kritisiert, dass sich »westliche« Partnerorganisationen viel zu wenig für die Situation in Kurdistan interessieren würden. ♦



Was machen die Frauen, wenn sich ihr Volk für ihre bedrohte Existenz im Aufstand befindet und gegen die Unterdrückung Widerstand leistet? Der Film portraitiert vier Kurdinnen, die auf sehr verschiedene Weise ihre Antwort auf diese Frage gefunden haben.

Die Menschenrechtsaktivistin Eren Keskin berichtet sehr persönlich von ihren Erinnerungen als Anwältin in den 90er Jahren, von Menschenrechtsverletzungen besonders an kurdischen Frauen, als der bewaffnete Krieg zwischen den kurdischen Guerillas und dem türkischen Staat immer heftiger wurde und der Staat sexuelle Gewalt gegen Frauen als Mittel der Kriegspolitik einsetzte.

Die Politikerinnen Gülten Kışanak und Aysel Tuğluk schildern den unermüdlichen Kampf der Kurden, trotz staatlicher Repressalien sich auf der demokratischen politischen Bühne zu etablieren. Der Film begleitet sie, während sie sich aus Solidarität dem Hungerstreik der politischen Gefangenen anschließen.

Die ehemalige Guerillakämpferin und politische Aktivistin Sakine Cansız wurde während der Dreharbeiten zu diesem Film am 9. Januar 2013 zusammen mit zwei ihrer Freundinnen in Paris ermordet. Schon zu ihrer Lebzeiten war sie eine Ikone des kurdischen Widerstandes. Der Film erzählt von ihrem Leben und geht der Frage nach, warum sie ermordet wurde.

Regie/Buch: Yüksel Yavuz, Kamera: Cemil Kızıldağ,
Schnitt: Cemil Kızıldağ, Franziska von Berlepsch
Produktion: Zülfiye Akkulak

Dokumentarfilm, 2013, 99 min. HD
Kinostart: 6. März 2014
http://newafilm.net/

Periodika



Civaka-Azad-Infoblätter
civakaazad.com



Cenî Info
ceni-kurdistan.com

Nûçe
wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Nûçe
isku.org



AZADÎ infodienst
nadir.org/azadi/

Impressum
Der Kurdistan Report erscheint regelmäßig alle zwei Monate.

Redaktion:
W. Struwe (V.i.S.d.P.),
S. Karabulut, D. Çimen,
B. Ruprecht, E. Millich

Kontaktadresse:
Kurdistan Report
c/o ISKU – Informationsstelle Kurdistan e.V.
Spaldingstr. 130-136
20097 Hamburg
www.kurdistanreport.de
kr@nadir.org

Bankverbindung:
Dr. H. J. Schneider
IBAN: DE41 2005 0550 1020 2121 20
BIC: HASPDEHHXXX
Hamburger Sparkasse
Kto.-Nr. 102 021 21 20
BLZ 200 505 50

Preise:
Einzelexemplar: 3,– Euro
Jahresabonnement
6 Exemplare: 15,– Euro
plus Portokosten

Titelbild:
Proteste am 15. Jahrestag der Inhaftierung Abdullah Öcalans

Rückseite:
Kampagne zur Freilassung der Haftunfähigen Gefangenen
Fotos: DIHA

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion.
Wir bedanken uns für die Unterstützung zahlreicher Freundinnen und Freunde.



Kampagne des Vereins der Angehörigen der Gefangenen zur Freilassung der Haftunfähigen:

Sie sterben – wie lange wollt ihr noch schweigen? Freiheit für die kranken Gefangenen!

ISSN 0935-5375